



## 17. Sitzung

Mittwoch, 9. November 2011

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel und Vizepräsidentin Kersten Artus

### Inhalt:

<b>Mitteilungen der Präsidentin</b> Abwicklung und Änderung der <b>Tagesordnung</b>	1207	Jens Kerstan GAL	1222
<b>Aktuelle Stunde</b>	1207	Fraktion der CDU: <b>Scheeles Notprogramm: 530 000 Euro Steuergeld für Abbruchhaus</b> (Fortführung am 10.11.2011)	
Fraktion DIE LINKE: <b>Mietenwahnsinn stoppen: Mie- tenspiegel wieder zum Schutz- instrument machen! Keine Mieterhöhungen bei SAGA/ GWG!</b> mit		Fraktion der GAL: <b>Kein Partner für Hamburg: Vat- tenfall klagt gegen die Energie- wende!</b> (Fortführung am 10.11.2011)	
Fraktion der SPD: <b>Wohnungsbau und Mieter- schutz – mit klarem Kurs aus der Wohnungskrise</b>		Fraktion der FDP: <b>Pleiten, Pech und Pannen: Kis- sellers Kurs zur Elbphilharmo- nie</b> (Fortführung am 10.11.2011)	
Heike Sudmann DIE LINKE	1207, 1215, 1219		
Andy Grote SPD	1208		
Jörg Hamann CDU	1209		
Olaf Duge GAL	1210, 1217		
Dr. Kurt Duwe FDP	1212, 1223		
Jutta Blankau, Senatorin	1212		
Jan Balcke SPD	1216		
Hans-Detlef Rook CDU	1216		
Olaf Scholz, Erster Bürgermeister	1218		
Dietrich Wersich CDU	1219		
Dr. Andreas Dressel SPD	1220		
		Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft: <b>Wahl eines Deputierten der Be- hörde für Wissenschaft und Forschung</b> – Drs 20/1966 –	1223

Ergebnis	1260	<b>Zweckbindung der Entflechtungsmittel in Hamburg für Verkehrsprojekte sicherstellen</b>	
Antrag der SPD-Fraktion:		– Drs 20/1968 –	1238
<b>Verbesserung der Lehrerfortbildung für eine gelungene Inklusion</b>		dazu	
– Drs 20/1967 –	1224	Antrag der CDU-Fraktion:	
mit		<b>Zweckbindung der Entflechtungs- und Regionalisierungsmittel für Hamburg sichern</b>	
Antrag der CDU-Fraktion:		– Drs 20/2100 –	1238
<b>Umsetzung von § 12 des Hamburgischen Schulgesetzes (HmbSG) auf der Grundlage des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen</b>		Martina Koeppen SPD	1238
– Drs 20/1945 –	1224	Klaus-Peter Hesse CDU	1239
und		Dr. Till Steffen GAL	1240
Große Anfrage der GAL-Fraktion:		Dr. Wieland Schinnenburg FDP	1241
<b>Inklusion an Hamburger Schulen</b>		Heike Sudmann DIE LINKE	1242
– Drs 20/1716 –	1224	Beschlüsse	1242
Lars Holster SPD	1224	Antrag der SPD-Fraktion:	
Dr. Walter Scheuerl CDU	1225	<b>Fortentwicklung der Stiftung Historische Museen Hamburg (SHMH)</b>	
Dr. Stefanie von Berg GAL	1226, 1232	– Drs 20/1969 –	1242
Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	1227, 1233	dazu	
Dora Heyenn DIE LINKE	1228, 1231	Antrag der CDU-Fraktion:	
Ties Rabe, Senator	1230, 1231	<b>Zukunft der Stiftung Historische Museen Hamburg sichern</b>	
Karin Prien CDU	1233	– Drs 20/2099 –	1242
Beschlüsse	1234	Gabi Dobusch SPD	1242
Antrag der CDU-Fraktion:		Dietrich Wersich CDU	1244
<b>Erfassung von WLAN-Nutzerdaten durch Google und erneute Erfassung von Daten durch Konkurrent BING.</b>		Christa Goetsch GAL	1245, 1254
– Drs 20/1793 –	1235	Katja Suding FDP	1246
Viviane Spethmann CDU	1235	Norbert Hackbusch DIE LINKE	1248, 1254
Hansjörg Schmidt SPD	1235	Barbara Kisseler, Senatorin	1250
Farid Müller GAL	1236, 1238	Dr. Andreas Dressel SPD	1251
Finn-Ole Ritter FDP	1237	Dennis Gladiator CDU	1252
Christiane Schneider DIE LINKE	1237	Dr. Kurt Duwe FDP	1254
Beschlüsse	1238	Beschlüsse	1255
Antrag der SPD-Fraktion:		Antrag der CDU-Fraktion:	
		<b>Straßenbenennung zur Deutschen Einheit</b>	
		– Drs 20/1792 –	1256
		dazu	
		Antrag der FDP-Fraktion:	

**Straßenbenennung zur Deutschen Einheit**

– Drs 20/2107 – 1256

Hans-Detlef Roock CDU 1256

Gerhard Lein SPD 1257

Christa Goetsch GAL 1258

Robert Bläsing FDP 1258

Norbert Hackbusch DIE LINKE 1259

Beschluss 1260

Antrag der GAL-Fraktion:

**A 26 auf Hamburger Gebiet sinnvoll vernetzen**

– Drs 20/1952 – 1260

Dr. Till Steffen GAL 1260, 1264

Frank Wiesner SPD 1262

Heiko Hecht CDU 1262

Dr. Wieland Schinnenburg FDP 1263

Heike Sudmann DIE LINKE 1263

Beschlüsse 1264

Antrag der FDP-Fraktion:

**Recht der Hamburger auf Informationszugang stärken**

– Drs 20/1971 – 1264

Finn-Ole Ritter FDP 1264

Urs Tabbert SPD 1265

Viviane Spethmann CDU 1266

Farid Müller GAL 1267

Christiane Schneider DIE LINKE 1268

Beschluss 1268

Bericht des Schulausschusses zum Thema:

**Wirtschaftsplan Schulbau Hamburg (Selbstbefassungsangelegenheit)**

– Drs 20/1901 – 1268

Dora Heyenn DIE LINKE 1268

Andrea Rugbarth SPD 1270

Dr. Walter Scheuerl CDU 1271

Dr. Stefanie von Berg GAL 1272

Robert Bläsing FDP 1272

Kenntnisnahme 1273



**Beginn: 15.00 Uhr**

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Ich darf Sie ganz herzlich zur 17. Sitzung der Hamburgischen Bürgerschaft begrüßen, die ich hiermit eröffne.

Bevor wir zur Aktuellen Stunde kommen, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die Fraktionen abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats übereingekommen sind, die Debatten zu den Tagesordnungspunkten 19 und 23 zu tauschen. Die ursprünglich für morgen vorgesehene Debatte zu Punkt 23 findet heute als fünfte Debatte statt und die ursprünglich für heute geplante Debatte zu Punkt 19 wird morgen als fünfter Debattenpunkt aufgerufen.

Wir kommen nun zur

**Aktuellen Stunde**

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der Fraktion DIE LINKE

Mietenwahnsinn stoppen: Mietenspiegel wieder zum Schutzinstrument machen! Keine Mieterhöhungen bei SAGA/GWG!

von der SPD-Fraktion

Wohnungsbau und Mieterschutz – mit klarem Kurs aus der Wohnungskrise

von der CDU-Fraktion

Scheeles Notprogramm: 530 000 Euro Steuergeld für Abbruchhaus

von der GAL-Fraktion

Kein Partner für Hamburg: Vattenfall klagt gegen die Energiewende!

und von der FDP-Fraktion

Pleiten, Pech und Pannen: Kisselers Kurs zur Elbphilharmonie

Die Fraktionen sind übereingekommen, das erste und zweite Thema gemeinsam zu debattieren. Wer wünscht das Wort? – Frau Sudmann, Sie haben es.

**Heike Sudmann DIE LINKE:** Schönen guten Tag allerseits! 4,3, 3,6, 5,8 – wenn Sie das für Noten eines Preisgerichts zum Beispiel im Tanzsport halten, liegen Sie falsch. Das sind die Mietsteigerungen der letzten Mietenspiegel. In einzelnen Stadtteilen, Sie werden es kaum glauben, die Mietsteigerungen sind noch wesentlich höher, zum Beispiel 20 bis 30 Prozent bei Neuvermietungen in St. Georg und St. Pauli.

Nicht nur die Mieten steigen, es wächst auch die Zahl der Menschen, die Anspruch auf einen Para-

graf-5-Schein haben. Mittlerweile sind es 50 Prozent der Hamburger Haushalte, jeder zweite Haushalt in Hamburg hat Anspruch auf einen Paragraf-5-Schein. Und auch die Zahl der Menschen, die Wohngeld beziehen, wächst.

Ich habe einmal eine Frage an Sie, vielleicht bekomme ich dann ein bisschen mehr Aufmerksamkeit: Wer von Ihnen wohnt eigentlich zur Miete? Wir machen das ein bisschen interaktiv, bitte heben Sie einmal die Hand.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

– Das ist interessant.

(Dirk Kienscherf SPD: Wie ist es denn bei Ihnen?)

– Ich wohne auch zur Miete.

Ich habe das deshalb gefragt, weil wir alle immer darüber sprechen, dass Mieterinnen und Mieter geschützt werden sollen. Das macht natürlich besonders dann Sinn, wenn man selbst Mieterin oder Mieter ist.

Ich fahre fort, wenn ich Ihre Aufmerksamkeit wieder habe.

(Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Sie haben recht. Das gibt sicher Anregung zu vielen Gesprächen, aber die sollten vielleicht danach geführt werden.

**Heike Sudmann** (fortfahrend): – Danke schön.

Ich habe Ihnen noch nicht genannt, was nicht wächst, das ist die Zahl der Sozialwohnungen. Ganz im Gegenteil, in den letzten knapp zehn Jahren ist die Zahl der Sozialwohnungen von 160 000 auf 100 000 gesunken. Das heißt ganz eindeutig, dass wir ein zu geringes Angebot an preisgünstigen Wohnungen haben. Der Mietenspiegel, den wir alle zwei Jahre präsentiert bekommen, ist leider ein Mieterhöhungsinstrument geworden. Er macht vor allen Dingen Investorinnen und Investoren, Vermieterinnen und Vermietern Freude. Bei den Mieterinnen und Mietern löst er eher große Ängste aus. Wir fordern, dass der Mietenspiegel wieder zu einem Schutzinstrument werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich hoffe, dass auch die SPD an diesem Punkt bei uns ist, weil der Mietenspiegel nur dann ein Schutzinstrument werden kann, wenn er nicht nur die Erhöhungen einbezieht. Das heißt, es müssen auch die Bestandsmieten in den Mietenspiegel einbezogen werden und – was die Wohnungswirtschaft gar nicht gerne hört – auch die Mieten für die Sozialwohnungen. Und wenn Sie jetzt sagen, das können wir nie durchsetzen, dann frage ich Sie: Warum kann es die Wohnungswirtschaft durchset-

**(Heike Sudmann)**

zen, dass die teuren Luxuswohnungen in den Mietenspiegel mit einfließen, aber die günstigen Sozialwohnungen nicht? Da müssen wir ansetzen und da hoffe ich, Herr Hamann, dass auch Sie sich für Ihre Klientel, die vielleicht nicht gerade immer arm ist, einsetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt habe ich über Punkte gesprochen, die auf Bundesebene zu bewegen sind. Aber auch in Hamburg gibt es Möglichkeiten zu handeln. Und da hat die SPD uns einen Antragsentwurf zukommen lassen, der noch etwas zu schwach ist, denn es geht nicht um das Thema Mietenstopp bei SAGA GWG. Nun werden Sie sagen, Sie hätten doch hineingeschrieben, es solle möglichst nicht der volle Umfang ausgeschöpft werden. Das reicht uns nicht. Zu Ihrer Erinnerung: Im Jahr 2009, als der letzte Mietenspiegel erschienen ist, hat die SAGA innerhalb kürzester Zeit 23 000 Mieterhaushalten eine Mieterhöhung zugeschickt. Das darf nicht wieder passieren. Wir wollen gar keine Mieterhöhungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Und noch einmal zur SAGA GWG: Sie hat innerhalb von zehn Jahren, von 1997 bis 2007, die Nettokaltmieten um durchschnittlich 33 Prozent erhöht; hamburgweit waren es nur 17 Prozent. Hier haben Sie die Möglichkeit zu handeln, liebe SPD, bitte machen Sie das auch.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte etwas zitieren:

"Eine Stadt wächst nur mit Weitsicht, wenn soziale Konflikte vermieden und die Bürger und Bürgerinnen sich eines ihrer sensibelsten Güter sicher sein können – ihres Wohnraums."

Die CDU guckt unbeteiligt.

(Zuruf von *Klaus-Peter Hesse* CDU)

– Genau, Herr Hesse, das haben Sie gesagt, das ist sehr schön ausgedrückt.

Des Weiteren haben Sie gemeinsam mit der GAL auch gesagt, die Verhinderung negativer und spekulativer Auswüchse eines überhitzten Immobilienmarktes in Hamburg müsse gelingen. Das ist in zwei Jahren nicht gelungen. Ich habe das jetzt vorausgeschickt, weil ich Ihre Reaktionen ein bisschen dämpfen will. Denn wir können ganz eindeutig feststellen, dass das kapitalistische Marktsystem hier komplett versagt hat,

(Zurufe von allen Fraktionen: Oh, oh!)

nämlich dann, wenn es um die Mieterinnen und Mieter geht; sie zahlen immer mehr. Die Vermieterinnen und Vermieter haben durchaus voll kapitalistisch profitiert, weil sich ihre Profite und ihr Kapital

vermehrt haben. Wir sagen, Wohnungen sind keine Ware.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen fordern wir, dass die Mieterhöhungen gedeckelt werden müssen. Das ist der erste Schritt. Wir fordern, das habe ich eben schon gesagt, dass der Mietenspiegel ein Schutzinstrument werden soll. Und wir fordern, dass Wohnen perspektivisch ein soziales Grundrecht werden muss. Es kann nicht sein, dass ich mir das sensibelste Gut, Herr Hesse, wie Sie so schön formuliert haben, irgendwann nicht mehr leisten kann, weil die Mieten exorbitant gestiegen sind.

(Glocke)

– Jetzt habe ich das rote Licht nicht gesehen, Entschuldigung.

Perspektivisch wünschen wir uns eine Vergesellschaftung des Wohnraums. Jetzt haben Sie etwas, worüber Sie reden können. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort erhält Herr Grote.

**Andy Grote** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Sudmann, das war ein kleiner Ausflug in die Welt des demokratischen Sozialismus.

(Beifall bei *Dr. Andreas Dressel* SPD und der CDU)

Ich hoffe, dass wir auch mit den realen Instrumenten ein bisschen weiterkommen.

Der aktuelle Mietenspiegel dokumentiert die dramatische Situation auf dem Hamburger Wohnungsmarkt ziemlich genau zum Zeitpunkt des Regierungswechsels. Das ist das, was wir vorgefunden haben. Und die Zahlen des Mietenspiegels bestätigen einmal mehr, wie bitter nötig und wie überfällig der radikale Kurswechsel war, den der neue Senat in der Wohnungspolitik vollzogen hat.

(Beifall bei der SPD)

Binnen weniger Monate sind zentrale neue Voraussetzungen für den Bau von mehr und vor allem von deutlich mehr bezahlbaren Wohnungen geschaffen worden. Sie kennen die Vereinbarung mit den Bezirken und der Wohnungswirtschaft, die Ausweitung des geförderten Wohnungsbaus, das ehrgeizige Neubauprogramm der SAGA und vieles mehr. Und nach einem halben Jahr beginnt dieser neue Kurs Wirkung zu zeigen. Wir haben im Wohnungsbau eine echte Aufbruchstimmung in der Stadt, wie wir sie lange nicht gehabt haben. Wir werden wahrscheinlich noch in diesem Jahr über 6000 neue Baugenehmigungen erreichen. Die Bezirke benennen in ihrem Wohnungsbauprogramm

**(Andy Grote)**

konkrete Flächen für über 20 000 neue Wohnungen. Die SAGA hat im Jahr 2011 mit dem Bau von 570 Wohnungen begonnen, 2012 werden es 750 und 2013 und in den Folgejahren jeweils 1000 Wohnungen sein.

Das sind unbestreitbare Erfolge und es sind auch vor allem die Erfolge von Jutta Blankau, mit der Hamburg endlich wieder eine richtige Wohnungsbausenatorin hat.

(Beifall bei der SPD – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Das ist nicht Ihr Erfolg!)

Wir sind bei der Bekämpfung des Wohnungsmangels auf dem richtigen Weg und wir werden diesen Weg konsequent fortsetzen. Dazu müssen wir die Potenziale beim geförderten Wohnungsbau noch besser ausschöpfen, auf Privatgrundstücken 30 Prozent geförderten Wohnungsbau umsetzen, städtische Grundstücke noch gezielter für bezahlbaren Wohnungsbau einsetzen und auch als Stadt aktiv Flächen für den Wohnungsbau entwickeln. Und wir müssen und wollen zusätzlich etwas für den Mieterschutz tun, das ist uns wichtig, einmal im Bereich soziale Erhaltungsverordnung in den innerstädtischen Altbauquartieren, dann bei der Mietpreisüberhöhung nach Paragraf 5 Wirtschaftsstrafgesetz, bei der Kostenverteilung bei energetischer Sanierung und bei der Bekämpfung des Lehrstandes. All das sind gezielte Maßnahmen gegen konkrete Fehlentwicklungen. Neubau und Mieterschutz sind unsere Leitplanken für Hamburgs Weg aus der Wohnungskrise.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir sollten keine populistischen Gespensterdebatten führen und da sind wir bei den Vorschlägen der LINKEN. Zum Mietenspiegel: Wer so tut, als sei der Mietenspiegel das eigentliche Problem, der macht den Menschen etwas vor. Der Mietenspiegel spiegelt die Mieten wider, und zwar die realen und nicht die politisch wünschenswerten. Wenn Ihnen Ihr Spiegelbild nicht gefällt, dann können Sie auch nicht anfangen, den Spiegel zu manipulieren.

(Beifall bei der SPD)

Und es ist schlicht nicht wahr, dass nur erhöhte Mieten und Neuvermietungsmieten einfließen. Etwa 75 Prozent der Bestandsmieten fließen in den Mietenspiegel ein, nicht nur die Neuvermietungsmieten, auch die Bestandsmieten. Das heißt, wenn Sie dort etwas verändern – das mögen Sie nun glauben oder nicht –, dann wird der Effekt überschaubar sein.

Und Sie wissen auch, dass das Gesetz noch andere Alternativen bereithält, um die ortsübliche Vergleichsmiete festzustellen. Das heißt, wenn wir auf dieses Instrument verzichten oder daran aus politischer Motivation herumschrauben,

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Macht es besser!)

kann der Vermieter auf andere Instrumente zurückgreifen, die zu höheren Vergleichsmieten führen. Das wissen Sie ganz genau, deswegen taugt der Mietenspiegel nicht zur politischen Herumschrauberei.

(Beifall bei der SPD)

Noch größerer Unsinn ist Ihre Forderung nach einem allgemeinen Mietenspiegel der SAGA. Die SAGA wirkt heute erheblich mietpreisdämpfend auf den Hamburger Wohnungsmarkt ein. Natürlich muss die SAGA dieser Verantwortung durch eine sozialverträgliche Mietpolitik, auch im Umgang mit dem neuen Mietenspiegel, gerecht werden. Ich gebe gerne zu, dass ich da nicht mit allem – Sie freuen sich gerade so, Frau Hajduk –, was in den letzten zehn oder auch in den letzten drei Jahren passiert ist, einverstanden war. Aber alle Rückmeldungen, die wir aktuell von der SAGA bekommen, lassen darauf schließen, dass es keine flächendeckenden Mieterhöhungen, sondern sozialverträgliche, moderate und quartiersverträgliche Anpassungen geben wird. Die muss die SAGA aber auch vornehmen können, wenn sie leistungsfähig bleiben soll. Und wir brauchen eine leistungsfähige SAGA, wir brauchen Investitionen in Instandhaltung und Neubau. Wer einen allgemeinen Mietpreisstopp fordert, der beschädigt das Unternehmen in seiner Fähigkeit, diese wichtigen Aufgaben zu leisten. Das wollen wir nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Anja Hajduk* und *Jens Kerstan*, beide GAL)

**Präsidentin Carola Veit**: Das Wort hat nun Herr Hamann.

**Jörg Hamann CDU**:\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Sudmann, den sehr naheliegenden Vergleich Ihrer Vorstellungen mit der Welt des Sozialismus, den auch der Kollege Grote schon gebracht hat, will ich jetzt nicht wiederholen, obwohl man das sicherlich im Einzelnen wunderbar hätte darlegen können. Aber ich möchte Ihnen doch ganz deutlich zu sagen, dass das, was Sie als Medizin gegen Mieterhöhungen betrachten, letztlich nichts anderes als Gift für den gesamten Wohnungsstandort und auch für den gesamten Wohnungsbau in Hamburg ist.

(Beifall bei der CDU)

Damit werden wir in Hamburg keine Probleme lösen. Und auch in dem Punkt hat Herr Kollege Grote völlig recht, dass der Mietenspiegel kein einseitiges Erhöhungsinstrument der Vermieter ist. Auch Sie sollten wissen, dass der Mietenspiegel in den Siebzigerjahren in Hamburg erstmals aufgestellt wurde auf Druck und Wunsch der Mietervereine.

**(Jörg Hamann)**

Ohne den Mietenspiegel – Herr Kollege Grote, auch in dem Punkt haben Sie recht – hätten die Vermieter die Möglichkeit, mit ganz anderen Beweismitteln im Einzelnen die Erhöhung der Miete zu begründen, was für die Mieter im Ergebnis wesentlich höhere Kosten bedeuten würde und wahrscheinlich auch wesentlich höhere Mieten zur Folge hätte.

Ihre Beispiele sind daher von Anfang bis Ende letztlich nur kontraproduktiv und auch in der Sache falsch. Richtig ist, dass die Zahl der Sozialwohnungen deutlich zurückgegangen ist. Das ist aber eine Situation, die wir in Hamburg schon seit Langem haben. Während wir in den Siebzigerjahren aufgrund der großen Förderwelle nach dem Zweiten Weltkrieg noch um die 200 000 Sozialwohnungen in Hamburg hatten, hatten wir im Jahr 1998 nur noch 150 000 Sozialwohnungen, also einen Rückgang von über 50 000 Wohnungen. In den Jahren danach hat sich der Rückgang erheblich beschleunigt, weil eben die öffentlichen Förderungen aus den Fünfziger- und Sechzigerjahren im Einzelnen ausliefen.

In einem Punkt hat aber auch die Kollegin Sudmann nicht so ganz unrecht.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ja, guck an!)

Was SAGA GWG anbelangt, könnte man sich durchaus vorstellen, dass sie in Anbetracht der zurzeit doch sehr schwierigen Marktsituation und des starken Anstiegs der Hamburger Mieten eine kleine Atempause bei den Mieterhöhungen einlegt. Die SAGA hat es im letzten Jahr völlig problemlos geschafft, ohne den Bau neuer Wohnungen auszukommen.

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist ein Fehler! Das ist doch nicht positiv!)

Ich denke, wenn sie jetzt geringere Mieterhöhungen vornimmt als vielleicht in der Vergangenheit, würde das der SAGA genauso wenig schaden.

(Beifall bei der CDU)

Dann möchte ich noch auf einen weiteren Punkt hinweisen, nämlich wie viele Wohnungen Hamburg eigentlich braucht. Wir haben jetzt die Situation, dass allgemein gefühlt und auch tatsächlich eine gewisse Knappheit eingetreten ist. Der eine oder andere Politiker hat das schon einmal Wohnungsnotstand genannt. Über dieses Wort wurde viel diskutiert. Aus der Sicht der Mietervereine sind auch 6000 Wohnungen eigentlich noch deutlich zu wenig, sie fordern 8000 Wohnungen. Und wenn ich mir gerade in dieser Woche die aktuellen Zahlen der Zuzüge nach Hamburg anschau, dann könnte es durchaus richtig sein, dass die Zahl der Wohnungen, die wir jährlich brauchen, tatsächlich mehr in Richtung 8000 geht als in Richtung 6000. Das heißt, die Schwierigkeiten, die wir alle zu stemmen haben, werden wahrscheinlich noch viel größer,

denn bei der Zahl 6000 muss man eines bedenken: Es sind Bruttozahlen, das ist in der Öffentlichkeit noch gar nicht so richtig angekommen. Der Senat setzt sich zum Ziel, 6000 Wohnungen brutto zu bauen. Die Zahl der Wohnungen, die für den Bau dieser Wohnungen abgerissen werden müssen, wird nicht abgezogen. Werden bei einem Bauvorhaben also beispielsweise 100, 200 oder 300 Wohnungen neu gebaut, aber im gleichen Atemzug 300 Wohnungen abgerissen, weil die Fläche freigemacht wird und weil neuer Wohnungsbau notwendig ist, dann kann der Senat de facto sagen, wir haben 300 Wohnungen gebaut. Tatsächlich sind im selben Zug aber 300 Wohnungen vom Markt verschwunden, in der Regel auch günstigere Wohnungen. Das heißt, wir haben im Ergebnis nicht mehr Wohnungen auf dem Markt.

(Beifall bei der CDU – Andy Grote SPD: Aber erst seit Neuestem! Wie viele waren denn von den 3000 übrig, die Sie gebaut haben? – Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist gerade die Wohnung, die wir brauchen, Herr Hamann!)

Das spricht dann letztlich dafür – da stimmen Sie mir sicherlich zu, Herr Kollege Grote –, dass man noch einmal darüber nachdenken muss, ob die Zahl 6000 tatsächlich ausreichend ist.

(Beifall bei der CDU)

Es gäbe noch diverse andere Punkte, über die wir sprechen müssten, auch über Teile Ihres Programms. Ihre Vorstellung, dass bei jedem Wohnungsbauvorhaben jetzt auch ein Anteil Sozialwohnungen vorgesehen sein muss, erscheint mir etwas absurd. Einen Zwang zum öffentlich geförderten Wohnungsbau halten wir nicht für richtig.

Letzter Satz dazu: Wir wünschen dem Senat auch weiterhin viel Erfolg bei seinem Programm und wir werden ihn dabei gerne unterstützen, aber wir fürchten, dass der eingeschlagene Weg nicht in allen Punkten richtig ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun Herr Duge.

**Olaf Duge GAL:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist wirklich erfreulich, dass die SPD es geschafft hat, etwas ganz Eigenes zum Thema Wohnungsbau und Mieterschutz fertigzubringen, das Eckpunktepapier. Und was finden wir dort? Schauen wir einmal hinein. Wir sehen eine ganze Reihe von Punkten, die schon im letzten Jahr gefordert, angeschoben oder auch durchgeführt worden sind. Ich möchte Ihnen dazu ein paar Beispiele nennen.

Erstes Beispiel: 1500 Wohnungen im 1. Förderweg im Jahr 2010. Sie wollen im nächsten Jahr auf

**(Olaf Duge)**

diesem Förderweg 1200 Wohnungen fördern, auch das hatten wir bereits vorgesehen. Ich vermissen im Eckpunktepapier die 800 Wohneinheiten im 2. Förderweg, den wir durchaus begrüßen. Ich vermissen auch, dass Sie endlich einmal sagen, wie Sie das finanzieren wollen. Das bleibt ein Rätsel.

Zweites Beispiel: Konzeptqualität statt Höchstpreisverfahren bei der Grundstücksvergabe. Das war bereits in der letzten Legislaturperiode im Wohnungsbauentwicklungsplan schon vorgesehen.

*(Andy Grote SPD: Ist nur nicht umgesetzt worden! – Dirk Kienscherf SPD: Wie viele denn? Zwei Stück waren es!)*

– Es ist auch umgesetzt worden. Wir haben dazu eine Schriftliche Kleine Anfrage gestellt, Sie werden es sehen, warten Sie ab.

Drittes Beispiel: Sie führen ein aktives Flächenmanagement an. Damit haben wir bereits im Jahr 2010 begonnen, eigentlich schon vorher mit der Verlagerung der Liegenschaften in die Finanzbehörde hinein. Natürlich können die Umstrukturierungsmaßnahmen nicht von einem Tag auf den anderen umgesetzt werden, sondern müssen jetzt weitergeführt werden. Also, Herr Grote, machen Sie einfach weiter so an der Stelle.

Im Übrigen können Sie sozialen Wohnungsbau auf privaten Flächen nicht erzwingen. Sie können das letztlich nur dort umsetzen, wo das Planungsrecht von uns gemacht wird.

*(Andy Grote SPD: Warum hat das zu nichts geführt? – Das macht die GAL, das Planungsrecht!)*

Da haben wir Möglichkeiten, ansonsten ist das kaum umzusetzen.

Viertes Beispiel: In den von Gentrifizierung bedrohten Stadtteilen soll die soziale Erhaltungsverordnung zum Schutz der gewachsenen Nachbarschaft angewandt werden. Endlich geht es da weiter. Das ist etwas, was wir schon in der letzten Legislaturperiode in einigen Stadtteilen umgesetzt haben. Ich kann nur sagen, machen Sie an der Stelle weiter, das ist richtig.

*(Dirk Kienscherf SPD: Eigentlich war alles gut!)*

Fünftes Beispiel: Sie wollen auch die integrierte Stadtteilentwicklung weiter fortsetzen, trotz der Widrigkeiten. Auch an dieser Stelle sage ich Ihnen, das ist prima, machen Sie weiter.

Im Ergebnis sehen wir nichts substantiell Neues, keine neuen Elemente, keine Innovationen. Die eigenen Ideen beschränken sich auf eine Veränderung des Labels, aus einem "Raider" wird ein "Twix". Ich nenne Beispiele: Aus "Stadt im Dialog" wird "Stadtwerkstatt",

*(Jan Quast SPD: Stadtwerkstatt ist älter!)*

Ihr Eckpunktepapier enthält die alt bekannten Maßnahmen, die im Wohnungsbauentwicklungsplan stehen, statt "Zielvereinbarung" heißt es jetzt "Vertrag für Hamburg". Wo bleiben Ihre Innovationen? Beispielsweise könnten Sie die Möglichkeit unterbinden, durch ständigen Weiterverkauf den Wert freier Grundstücke spekulativ zu erhöhen und damit die Preise für Wohnungen auf diesen Grundstücken nach oben zu treiben.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Das haben Sie nicht gemacht bis 2010!)*

– Ja, das ist doch ein neuer Ansatz. Dann gehen Sie doch einmal daran.

Eine völlige Nullnummer ist, schaut man sich einmal den Ausbildungsmarkt an, der Gott sei Dank für die Auszubildenden immer besser wird, die Bereitstellung von Wohnraum für diese Auszubildenden, die zunehmend von auswärts kommen und die natürlich in Hamburg auch gebraucht werden. Wo kommt da etwas von Ihnen? Ich höre nichts.

*(Dora Heyenn DIE LINKE: Mieten sind das Thema!)*

Setzen Sie sich doch im Mietrecht einmal dafür ein, dass die Modernisierungumlage gesenkt oder meinetwegen auch abgeschafft wird. Setzen Sie sich dafür ein, dass der Mietenspiegel überarbeitet wird.

*(Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD)*

Das sind Forderungen, die wir dann im Stadtentwicklungsausschuss im Weiteren besprechen werden. Die LINKE hatte dazu auch einen Antrag eingebracht.

Fassen wir noch einmal zusammen: Wir hören Erfolgsmeldungen, jetzt wieder zu den Grundstücksflächen und Ähnlichem, aber nichts, was substantiell schon umgesetzt wäre. Stattdessen werden bestimmte angemeldete und genehmigte Wohnungszahlen genannt, aber nicht die tatsächlichen Baufertigstellungen. Die Senatorin weiß gar nicht Bescheid, wie viele es eigentlich sind.

*(Jan Quast SPD: Frau Hajduk wusste alles besser, oder?)*

Daneben führen einige Möchtegernsenatsmitglieder weniger inhaltlich fundierte Werte an. Einige versuchen, mit Sheriffattitüden in Hamburg Politik zu machen und der soziale Konflikt wird dabei immer weiter verschärft. Es ist genug, vollmundige Sätze reichen uns. Wir wollen endlich Fakten und harte Zahlen auf dem Tisch haben.

*(Beifall bei der GAL)*

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Dr. Duwe, Sie haben das Wort.

**Dr. Kurt Duwe** FDP:\* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sollten uns die Ursachen unseres Wohnungsbauproblems anschauen

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Schauen Sie nach links!)

und nicht nur an den Symptomen herumdoktern und auch keine sozialistischen Wahnvorstellungen verbreiten, um es einmal so auszudrücken.

(Beifall bei der FDP)

Hamburg braucht angesichts des schon vorhandenen Wohnraum Mangels und des absehbaren Zugzugs in den kommenden Jahren mehrere Zehntausend bedarfsgerechte neue Wohnungen, ich betone, bedarfsgerechte neue Wohnungen und nicht nur neue Wohnungen.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Ja, wie stellt man das fest?)

Das ist ein Punkt, den wir ins Auge fassen müssen. Derzeit wird nach sozialistischer Manier ein Plansoll von Wohneinheiten angestrebt, ohne dass es ein Konzept dafür gibt, wo welche Wohnungen eigentlich gebraucht werden. Im Gegenteil, es gibt jetzt ein strategisches Flächenmanagement.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Wir machen jetzt mal einen Fünf-Jahres-Plan, oder?)

Dort wird behördenintern um Gewerbe- und Wohnbauflächen geschachert und die Bezirke haben nur noch Abnickfunktion. Die Planungshoheit der Bezirke wurde mit diesem Vertrag für Hamburg untergraben.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Fragen Sie mal Ihre Kollegen in Nord, da regieren Sie mit!)

Neue Initiativen für eine weitergehende Überregulierung des Wohnungsmarktes sind da überhaupt nicht hilfreich. Sie bedienen nur den wohl in dieser Stadt bestehenden Bedarf an linkem Populismus; an diesem Punkt scheint die Marktwirtschaft hier noch zu funktionieren.

Wo wir schon bei Marktwirtschaft sind: Es ist immer der beste Mieterschutz gewesen, wenn wir einen Mietermarkt haben und keinen Vermietermarkt. Da ist in der Quantität natürlich das Konzept des Senats richtig, mehr Wohnungen zu schaffen. Wir müssen allerdings schauen, wo diese Wohnungen geschaffen werden, und wir müssen auch schauen, dass die Stadtentwicklungspolitik endlich einmal eine Richtungsänderung vornimmt.

Zum aktuellen Mietenspiegel: Wir haben einen Anstieg der Kaltmieten innerhalb von zwei Jahren, der 2 Prozent über der Inflationsrate liegt. Das ist natürlich zu bedenken. Aber dieser Mittelwert sagt überhaupt nichts darüber aus, wo die Probleme liegen. Es gibt eben Bereiche, in denen diese Kalt-

mieten sehr stark angestiegen sind, aber welche Bereiche sind das? Das sind kleine Wohnungen in guten Wohnlagen und im voll ausgestatteten Altbau, sprich immer mehr Singles wollen in angesagten Stadtteilen wie Ottensen oder Uhlenhorst wohnen. Da ist augenscheinlich die Antwort des Senats, die meisten der 6000 Wohnungen in Stadtteilen wie Jenfeld oder Neugraben in Retortensiedlungen zu schaffen, nicht angemessen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD*: Das ist doch Blödsinn!)

Wir brauchen nicht nur mehr Wohnungen, wir brauchen auch mehr bedarfsgerechte Wohnungen in einem weiteren nachgefragten Umfeld, also nicht nur in den Szenevierteln, sondern auch drumherum. Das bedeutet eine andere Stadtentwicklungspolitik als in den letzten Jahren. Denn einiges an der starken Nachfrage in einigen kleinen Stadtteilen ist hausgemacht, das müssen wir einmal zur Kenntnis nehmen.

Besonders wichtig wäre es deshalb, das Standortmarketing für Stadtteile zu verbessern, die unmittelbar an diese Szeneviertel angrenzen – das ist gar nicht einmal so teuer –, und die Nebenzentren in dieser Stadt zu stärken, wie zum Beispiel Wandsbek oder Bergedorf. Diese Stadt schaut immer nur in die innenstadtnahen Bereiche, auf St. Pauli, St. Georg, Ottensen und drumherum. Wir sollten den Wohnungsbau in der Fläche ausweiten und in den Stadtteilen auch das Umfeld qualitativ verbessern. Das würde viel Dampf aus dem Kessel nehmen.

(Beifall bei der FDP und bei *André Trepoll CDU* – *Andy Grote SPD*: Aber staatlich lenken kann man das nicht, oder?)

– Man kann zum Beispiel Stadtentwicklungsprogramme auflegen, die sich nicht nur auf die GAL-Hochburgen in dieser Stadt konzentrieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit**: Das Wort erhält nun Frau Senatorin Blankau.

**Senatorin Jutta Blankau**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Duwe, nun haben wir schon so oft darüber geredet, dass wir auch den Süden Hamburgs stärken müssen, und Sie können davon ausgehen, dass wir das gemeinsam anpacken werden. Auch der Bezirk Harburg ist sehr schön und man kann da auch sehr gut wohnen; da sind wir uns einig. Und da ist auch in den letzten Jahren schon einiges entstanden, was es auszubauen gilt.

(Beifall bei *Sabine Steppat SPD*)

**(Senatorin Jutta Blankau)**

Meine Damen und Herren! Vor genau einer Woche haben wir den Mietenspiegel veröffentlicht. Stichtag für die Daten war der 1. April 2011, da war dieser Senat gerade acht Tage im Amt. Wenn man sich die Ergebnisse des Mietenspiegels anschaut, dann stellt man fest, dass der Anstieg von 5,8 Prozent gegenüber dem Jahr 2009 sehr deutlich macht, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Die SPD hatte in der Opposition und im Wahlkampf bereits auf diesen dringenden Handlungsbedarf hingewiesen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Hamann, ich fand Ihren Beitrag heute sehr versöhnlich,

(Zurufe von der CDU: Oh! – *Ole Thorben Buschhüter SPD*: Der kann auch anders!)

weil wir auch schon andere Diskussionen miteinander hatten. Aber wir mussten natürlich zur Kenntnis nehmen, dass das auch die Folge einer zehnjährigen Wohnungsbaupolitik in Hamburg war, die eigentlich nicht stattgefunden hat und schon gar nicht sozial gerecht war.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Und, Herr Hamann, ich bedanke mich bei Ihnen für den Hinweis, dass die Mietsteigerungen unter anderem deshalb nicht noch höher waren, weil wir nach wie vor einen sehr hohen Bestand an Sozialwohnungen haben.

Das ist natürlich eine Wohnungsbaupolitik der sozialdemokratischen Senate vor 2001 gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Das ist jetzt auch ein Appell an alle Parteien: Es ändert nichts daran, dass wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Situation außerordentlich angespannt ist, vor allen Dingen im Altbaubestand, in den Szenevierteln, wie Herr Duwe immer so schön sagt, und darüber hinaus bei kleineren Wohnungen.

(Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hamann?

**Senatorin Jutta Blankau** (fortfahrend): Nein, heute nicht, Herr Hamann.

(Zurufe von der CDU: Oh! – *Klaus-Peter Hesse CDU*: Und ich dachte, wir wären Freunde geworden! – Heiterkeit bei der CDU)

Die dramatische Lage in Teilen des Wohnungsmarkts ist unverkennbar und wir müssen feststellen, dass ein dringender Handlungsbedarf im Bereich der bezahlbaren und preiswerten Wohnungen besteht, und da müssen wir etwas tun. Dieser

Situation hat sich dieser neue Senat gestellt. Es sind hier schon einige Stichworte gefallen, aber ich will sie noch einmal erwähnen.

Erstens: Wir haben in vergleichsweise kurzer Zeit einen Vertrag mit den Bezirken auf die Beine gestellt, in dem wir uns mit den Verantwortlichen, im Übrigen auch mit den Bezirksversammlungen, auf die Zielzahlen für die Erteilung von Baugenehmigungen verständigt haben. Die Bezirke haben die Aufgabe angenommen und sie arbeiten mit Hochdruck an ihren jeweiligen Wohnungsbauprogrammen. Die steigende Zahl erteilter Baugenehmigungen ist ein deutlicher Beleg dafür, dass sich etwas geändert hat.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Das ist doch Quatsch! Baugenehmigungen entstehen doch nicht in einem halben Jahr!)

Wir haben mit dem Stand vom 30. Oktober mittlerweile über 5500 erteilte Baugenehmigungen.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Wir haben umgehend die Gespräche mit der Wohnungswirtschaft gesucht und nicht nur mit den Wohnungsbaugenossenschaften und der SA-GA GWG, sondern auch mit der privaten Wohnungswirtschaft, und wir haben die Mietervereine einbezogen.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Wie kann man nur ein ganzes Parlament für blöd verkaufen?)

Ein Drittel der 6000 neuen Wohnungen wird im 1. und 2. Förderweg künftig öffentlich gefördert. Damit beleben wir endlich wieder das, was noch die Senate in den Neunzigerjahren ausgezeichnet hat: Es wird wieder sozialer Wohnungsbau in Hamburg stattfinden.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus wird es einen zweiten öffentlich geförderten Weg geben, der bedeutet, dass auch mittlere Einkommenshaushalte wieder in innerstädtischen Bereichen Wohnraum finden werden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von *Olaf Duge GAL*)

– Herr Duge, es ist richtig, dass schon vieles begonnen worden ist. Der Wohnungsbaukoordinator ist 2010 eingesetzt worden und er ist weiterhin Wohnungsbaukoordinator und Staatsrat.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Woher kommen denn die Baugenehmigungen? – Gegenruf von *Dirk Kienscherf SPD*: Vom Bezirk, das wissen Sie doch!)

Das strategische Flächenmanagement ist deutlich fortgeschritten, die Konzeptausschreibung findet statt und wir haben eine Senatskommission geschaffen, die Entscheidungen trifft.

**(Senatorin Jutta Blankau)**

Die Wohnungsverbände – darauf kommt es auch an – bekennen sich im Bündnis zu diesen Zahlen und die Wohnungswirtschaft verhandelt mit uns über städtebauliche Verträge, die garantieren sollen, dass auch auf privaten Grundstücken ein Drittel öffentlicher Wohnungsbau stattfinden wird. Die Wohnungswirtschaft verpflichtet sich nach wie vor, energetische Sanierungen vorzunehmen, und sie hat sich auch bereit erklärt, was uns außerordentlich wichtig war, gemeinsam mit den Mieterverbänden an Lösungen zu arbeiten, um die energetischen Zielsetzungen sozialverträglich umsetzen zu können. Da sind wir dabei.

(Beifall bei der SPD)

Auch die Frage von Sozialen Erhaltungsverordnungen haben wir beschleunigt. Es gibt eine Soziale Erhaltungsverordnung in Hamburg, die seit 1995 in der südlichen Neustadt existiert. Sechs sind auf den Weg gebracht und ich gehe davon aus, dass sie Anfang nächsten Jahres Schritt für Schritt umgesetzt werden.

*(Hans-Detlef Roock CDU: Wer hat sie denn auf den Weg gebracht? Sie doch nicht!)*

Drei sind bereits in der Prüfung in Gebieten, die sich zukünftig genauso entwickeln, wie andere Stadtteile sich auch entwickelt haben, wie Wilhelmsburg, Dulsberg und Barmbek.

Darüber hinaus sind wir dabei, die Frage der Novellierung des Wohnraumbewirtschaftungsgesetzes auf den Weg zu bringen. Wir haben eine Arbeitsgruppe mit den Bezirken gebildet, um den Einsatz der Asklepios-Rückkehrer zu klären für die Überprüfung von Zweckentfremdung, Leerständen und letztendlich auch für andere Fälle, die in der Öffentlichkeit immer wieder eine Rolle spielen. Selbstverständlich, das habe ich auch in der vergangenen Woche bei der Landespressekonferenz bereits gesagt, werden wir schauen, in welcher Weise wir Bundesratsinitiativen ergreifen können. Es wird hilfreich sein, im Januar darüber im Stadtentwicklungsausschuss zu diskutieren, in welchen Punkten wir als Hamburg versuchen, Initiativen zu ergreifen. Ich möchte nur eines hier sehr deutlich machen: Etwas im Bundesrat einzubringen, heißt noch nicht, dass wir irgendetwas durchsetzen. Da gibt es die eine Gruppe, die die Bundesregierung stellt und die sich für das liberale Mietrecht stark macht,

*(Dietrich Wersich CDU: Die Länder stellen den Bundesrat!)*

und dann gibt es die andere Gruppe, die sich für soziales Mietrecht einsetzt, und da muss man immer Kompromisse finden und auch die Frage stellen, in welchen Punkten wir glauben, mehrheitsfähig zu sein. Im Übrigen möchte ich daran erinnern, dass die Situation der Verknappung am Wohnungsmarkt in Hamburg bedauerlicherweise auf andere Situationen in Flächenländern trifft, wo es

um Rückbau von Wohnraum geht, beispielsweise im nördlichen Schleswig-Holstein oder in vielen ostdeutschen Ländern, die völlig andere Probleme haben als wir als wachsende Stadt. Dass wir wachsen, ist gut, aber dafür müssen wir Wohnraum schaffen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Mietenspiegel ist eigentlich alles gesagt. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es eine Arbeitsgruppe gibt, die diesen Mietenspiegel unter Federführung der BSU entwickelt. Da sind die Mietervereine dabei, die Grundeigentümer, die Wohnungswirtschaft – öffentlich, genossenschaftlich und privat – und da sind auch Richter dabei. Herr Pahlke hat noch in der letzten Woche sehr deutlich gemacht, dass dieser Mietenspiegel jedenfalls für Mieter nach wie vor hilfreicher ist als das, was den Mietern früher passiert ist, bevor es den Mietenspiegel gab. Insofern ist es eine gute Basis, die immer wieder überprüft wird, und das wird auch beim nächsten Mal erfolgen, aber – das sage ich auch – die Ergebnisse des Mietenspiegels sind Folge, nicht Ursache der kritischen Lage am Wohnungsmarkt.

Die SAGA GWG will ich ansprechen, denn darauf würden Sie auch in der Diskussion kommen. Erstens muss man festhalten, dass die SAGA-GWG-Mietenpolitik unverändert dämpfend auf den Mietenspiegel einwirkt. Wenn wir die SAGA GWG nicht hätten, wäre es nicht um eine Steigerung von 5,8 Prozent gegangen, sondern dann wäre sie deutlich höher gewesen. Insofern ist die Mietenpolitik in den letzten Jahren eine sozial ausgewogene gewesen. Die Durchschnittsmieten des Wohnungsbestandes der SAGA haben, über einen Zeitraum von zehn Jahren betrachtet, 20 Prozent unter dem Mittelwert bisheriger Mietenspiegel gelegen. Der größte Teil aller Wohnungen liegt unter den Eingangsmieten des sozialen Wohnungsbaus.

*(Dietrich Wersich CDU: Das ist keine Regierungserklärung, Frau Blankau!)*

Aber – das ist mit der SAGA GWG abgestimmt – es wird keine Mieterhöhung auf Knopfdruck geben.

*(Jörg Hamann CDU: Was soll das denn heißen?)*

Seien Sie gewiss, dass das Unternehmen die neuen Daten vor dem Hintergrund der Stadtteil- und Quartiersentwicklung sowie der sozialen Entwicklung eingehend bewerten und intern abstimmen wird. Diese Orientierung unterstütze ich ausdrücklich, auch weil in die Bewertung die außergewöhnliche Steigerung dieses Mietenspiegels einfließen wird. Das sage ich Ihnen zu und ich würde mich freuen, wenn der Beginn der versachlichten Debatte jetzt stattfände und wir gemeinsam an einem Strang ziehen würden, um den Wohnungsbau in Hamburg voranzubringen. – Vielen Dank.

**(Senatorin Jutta Blankau)**

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Frau Senatorin, ich muss Sie darauf hinweisen, dass Sie mehr als das Doppelte der Redezeit in Anspruch genommen haben, die den Abgeordneten in der Aktuellen Stunde zu steht. – Das Wort hat nun Frau Sudmann.

**Heike Sudmann DIE LINKE:** Ach, hätten wir Abgeordnete doch auch so viel Zeit zum Reden.

Frau Blankau, Sie haben gesagt, dass die Wohnungspolitik der SPD wesentlich besser sei als die der Vorgängersenate. Da haben Sie recht, aber wenn man einen so schlechten Maßstab wählt, werden Sie immer besser sein, da kann man gar nicht mehr schlechter sein.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

– Ich sehe, die SPD ist begeistert.

Zu Ihren Ausführungen zum Bundesrat: Natürlich werden Sie Kompromisse schließen müssen, aber um Kompromisse zu schließen, müssen Sie erst einmal gute Positionen beziehen und da haben wir Ihnen schon sehr viel geliefert.

Aber jetzt zu meiner Freude: Herr Grote, Sie haben mir wirklich Spaß gemacht, wobei ich mich ehrlich gesagt ein bisschen um Sie und die SPD sorge. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie uns vorgeworfen, dass wir dem demokratischen Sozialismus anhängen. In dem sogenannten Hamburger Programm der SPD, im Jahre 2007 hier in Hamburg beschlossen – die einen gucken schon errötend –, sagt die SPD, dass sie in der stolzen Tradition des demokratischen Sozialismus stehe.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Ich hoffe, Sie wollen die SPD nicht verlassen; zu uns können Sie jedenfalls nicht kommen.

Aber was mich wirklich ärgert, Herr Grote, ist, dass Sie hier gerade behauptet haben, 75 Prozent der Bestandsmieten fließen in den Mietenspiegel ein. Ich zitiere jetzt zwei Senate. Der erste Senat, schwarz-grün, hat in einer Ausschusssitzung gesagt:

"Die ortsübliche Vergleichsmiete basiere auf Daten der Neuvermietungen oder Anpassungen der Bestandsmieten [...]."

Für Sie, Herr Grote: Das heißt Erhöhungen, ganz selten weniger, also nicht die Bestandsmieten.

"Die Berücksichtigung unveränderter Mieten sei im Bundesgesetz nicht vorgesehen",

sagten CDU und GAL.

Jetzt kommen wir zu Ihrem Senat, Herr Grote. Ich zitiere aus der Pressemitteilung der BSU:

"Relevant für den Mietenspiegel 2011 waren ca. 537 000 Wohnungen. Das ist mehr als die Hälfte des Gesamtbestandes. Erhoben wurden nur die Mieten, die innerhalb der letzten vier Jahre erhöht oder neu vereinbart worden sind. 42 % der erhobenen Mieten waren Neuvertragsmieten."

Dazu fällt Ihnen wahrscheinlich nicht mehr allzu viel ein.

(Beifall bei der LINKEN)

Zu behaupten, ein Mietenspiegel bei der SAGA sei Unsinn, ist eine Fortsetzung der fehlerhaften Politik der CDU und auch von CDU und GAL. Die SAGA GWG musste jährlich 100 Millionen Euro an die Stadt zahlen für ein Geschäft nach dem Prinzip "linke Tasche, rechte Tasche", weil die Tochter der Stadt SAGA die Tochter der Stadt GWG aufgekauft hat. Diese 100 Millionen Euro, das habe ich Ihnen vorhin schon gesagt, wurden aus den Mieterinnen und Mietern herausgepresst, von daher haben sie jetzt einen Mietenspiegel verdient. Sie verkünden großartig, wie Sie Ihre Probleme im Wissenschaftsbereich lösen wollen, und sagen, die SAGA GWG, die eigentlich ein Wohnungsunternehmen ist, solle jetzt auch noch die Uni bauen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die GWG Gewerbe!)

– Die GWG Gewerbe ist aber eine hundertprozentige Tochter der SAGA und auch die haben keine getrennten Haushalte, meine lieben Herren. Insofern ist natürlich klar, warum Sie einen Mietenspiegel für Unsinn halten. Wir finden den Mietenspiegel absolut notwendig.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt zum Thema Wohnungsmangel: Herr Pahlke hat mittlerweile auch schon von 40 000 fehlenden Wohnungen gesprochen und irgendein Immobilienunternehmen – ich glaube, es war Engel & Völkers – redet von 90 000 fehlenden Wohnungen. Was aber vor allen Dingen fehlt, das hat auch Frau Blankau eben schon gesagt, sind günstige und preiswerte Wohnungen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Warum waren Sie dann gegen Langenhorn 73?)

Wohnungen unter 6 Euro pro Quadratmeter gab es im Jahre 2009 noch 48 Prozent, im Jahre 2011 lagen nur noch 33 Prozent der Wohnungen unter 6 Euro pro Quadratmeter. Und jetzt schreiben Sie in Ihrem Antrag, den wir demnächst bekommen werden, man könne einmal schauen, ob man ein bisschen mehr als die 1200 Wohnungen im 1. Förderweg und 800 Wohnungen im 2. Förderweg baue. Ein bisschen mehr reicht überhaupt nicht, Sie müssen fast alles im 1. Förderweg bauen. Dann können die Menschen, die zu wenig Einkommen haben, auch die Miete bezahlen. Das sollten Sie sich gut überlegen.

**(Heike Sudmann)**

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort erhält Herr Balcke.

**Jan Balcke SPD:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute erneut die politische Schadensbilanz von zehn Jahren CDU unter tatkräftiger Beteiligung in den letzten drei Jahren der GAL.

(Beifall bei der SPD)

Frau Sudmann, Sie gehören zwar nicht den beiden eben genannten Fraktionen an, aber ich bin etwas enttäuscht. Sie haben sich zwar ausgelassen über den demokratischen Sozialismus im SPD-Partei-programm – über den angeblichen, füge ich hinzu –, aber ich war gespannt darauf, was Sie sagen würden im Hinblick auf die Vergesellschaftung des Wohnraums. Ich habe gedacht, jetzt würden wir endlich in der zweiten Runde konkret Frau Sudmann hören, vielleicht auch in leichter Abstimmung oder Veränderung zu dem, was Herr Bischoff in der letzten Legislaturperiode hier von sich gegeben hat; aber da kam substantiell nichts. Außerdem, Frau Sudmann, haben Sie die Rechnung nicht verstanden. Wenn Sie Herrn Pahlke zugehört hätten, dann wüssten Sie, dass er sich sehr dezidiert dazu geäußert hat, wie diese 75 Prozent zustande kommen. Die 25 Prozent, die nicht erfasst sind, sind jene Mieten, die nicht erhöht wurden. Das ist die Systematik des Mietenspiegels, lesen Sie da noch einmal nach.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe von der politischen Schadensbilanz von Schwarz-Grün gesprochen, beide sind hier genannt. Herr Hamann ist darauf eingegangen und hat genau die Punkte angeführt, Frau Senatorin, die die SPD-Fraktion nicht erst während des Wahlkampfes um die Jahreswende 2010/2011 beklagt hat, sondern während der gesamten Legislaturperiode, wo Sie und Sie Verantwortung in dieser Stadt hatten.

(Beifall bei *Hansjörg Schmidt SPD* – *Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Was haben Sie jetzt verändert?)

Die Anträge der SPD genau zu den Themen, zu denen Herr Duge dezidiert Stellung genommen hat – ihm muss man zugestehen, dass er noch nicht dabei war, aber immerhin hätte er sich schlaun machen können –, haben Sie abgelehnt, Sie sind nicht darauf eingegangen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Hamann sagt, die Zahl der Sozialwohnungeninge zurück. Das stimmt, das ist Ihre Bilanz. Die Antwort von Frau Senatorin Blankau darauf ist: Wir tun etwas. Der Vertrag für Hamburg und das Bündnis für Wohnen sind konkrete Schritte, Herr Duge,

mit Zahlen hinterlegt. Lesen Sie nach, das Werk lohnt sich.

Hamburg braucht Wohnungen, analog der wachsenden Stadt. Das ist völlig richtig, wir haben nichts dagegen. Das war ein schöner Marketing-Gag, aber nicht substantiell unterfüttert. Das hat die Frau Senatorin ebenfalls gesagt. Die SPD und der Senat liefern.

(*Jens Kerstan GAL*: Das wollen wir mal sehen!)

6000 Wohnungen sind genannt worden, das ist ein so ehrgeiziges Programm, das sich jetzt schon in der Umsetzung befindet. Solche Zahlen haben wir in der letzten Legislaturperiode nicht einmal diskutiert.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Wer? Die SPD?)

Knappheit an Wohnraum, das ist genau das Thema.

(Zuruf von *Jens Kerstan GAL*)

– Herr Kerstan, anstatt hier herumzuschimpfen, erinnern Sie sich vielleicht einmal daran, dass Sie dafür verantwortlich waren.

Bei den Abrisszahlen haben wir immer moniert, dass genau das das Problem bei SAGA GWG ist, dass natürlich die Berechnung nicht stimmt, weil sie – wie Sie völlig zu Recht sagen, Herr Hamann – brutto und netto hin und wieder vertauschen. Da müssen wir ran, das ist erkannt worden und wir tun etwas.

Von der GAL kommen leider nur Floskeln und das, was eingefordert wird, haben wir auf den Weg gebracht. Der FDP kann ich nur sagen: Willkommen im Klub, kommen Sie herein, Sie haben die Politik des Senats gelobt, das tun wir auch, weiter so.

Wir haben mit den beiden Werken und mit den Partnern gemeinsam etwas auf den Weg gebracht, was es so in Hamburg in den letzten 20 Jahren nicht gab. Insofern knüpft die SPD auch an eine gute Tradition Hamburger Wohnungsbaupolitik an. Wir werden den Senat tatkräftig unterstützen und gottlob hat er dazu auch die Mehrheit. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Nun bekommt Herr Roock das Wort.

**Hans-Detlef Roock CDU:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Balcke, Ihre billigen Schulduweisungen werden allmählich langweilig.

(Beifall bei der CDU)

Herr Grote, ich möchte noch einmal auf Ihren Beitrag eingehen. Ich hatte schon vermutet, dass Sie

**(Hans-Detlef Roock)**

heute einmal wieder medienwirksam Ihre Verträge und das Eckpunktepapier abfeiern wollen. Das haben Sie mit dem Vertrag für Hamburg auch versucht und sind kläglich gescheitert.

*(Ksenija Bekkeris SPD: Da haben Sie aber eine andere Wahrnehmung!)*

Zu der Zeit, als Sie den Aufschlag gemacht haben, geisterten noch unterschiedliche Exemplare durch die Bezirke, die nicht einmal unterschrittsreif waren. Ihre Senatorin ging so weit zu behaupten, dass aufgrund des Vertrages, auf dem die Tinte noch nicht trocken war, die Baugenehmigungen in die Höhe geschossen sind. Welch ein Quatsch, denn jeder, der etwas davon versteht, weiß, dass die Genehmigungsverfahren mindestens zwei bis drei Monate dauern und Planungsverfahren Jahre.

*(Beifall bei der CDU – Andy Grote SPD: Es ist alles ein bisschen schneller geworden!)*

Hinzu kommt, Herr Grote, das dreimalige Zurückrudern der Senatorin hinsichtlich der Erreichung der Zielzahl von 6000 Wohneinheiten pro Jahr. Heute gibt es wieder etwas anderes und die Zahlen werden wieder erreicht. Was gilt denn nun? Ein klarer Kurs sieht anders aus.

*(Jan Quast SPD: Sie eiern aber auch ganz schön, Herr Roock!)*

Wir wundern uns schon sehr, Herr Bürgermeister, dass Sie da nicht eingreifen.

*(Beifall bei der CDU)*

Hinzu kommt, dass die Senatorin nicht weiß, wie viele Wohnungen genehmigt oder gebaut worden sind, obwohl in dem Vertrag für Hamburg eine monatliche Berichtspflicht festgelegt ist. Das belegen auch meine Schriftlichen Kleinen Anfragen zu diesem Thema, aus denen keine klaren Aussagen zu entnehmen sind. Das ist ein unerträgliches Herumgeeiere und ein Wirrwarr ohne Ende,

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Das haben Sie doch verursacht! – Dirk Kienscherf SPD: Das ist in Ihren Zeiten verursacht worden!)*

ein klarer Kurs und gutes Regieren sehen anders aus.

*(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)*

Eine große Tageszeitung bezeichnet das als Behördenunsinn; dem kann ich nur zustimmen. Ihre Zahlenspiele, Herr Balcke, sind hier sehr schön dargestellt.

*(Andy Grote SPD: Halten Sie die Zeitung doch auch mal hoch!)*

Meine Damen und Herren! Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, Herr Grote, dass Sie kräftig am Stuhl von Frau Blankau sägen, obwohl Sie sie heute hoch gelobt haben. Sie haben recht, denn sie bekommt die Wohnungsbaupolitik nun

wirklich nicht in den Griff, aber eigentlich wäre der Bürgermeister gefordert, klare Kante zu zeigen.

*(Beifall bei der CDU)*

Nun zu Ihrem sogenannten Eckpunktepapier: Die Maßnahmen, die Sie anführen, beruhen zum größten Teil auf unserem Wohnungsbauentwicklungsplan. Herr Duge hat bereits darauf hingewiesen, dass Marketinggeklingel noch keine Wohnungspolitik macht. Es ist also eine Fortschreibung der von uns eingeleiteten Maßnahmen, und da stellt sich doch wirklich die Frage, wo da nun der Neuigkeitswert ist.

*(Beifall bei der CDU)*

Daneben kommen Sie mit alten Hüten wie der Sozialen Erhaltungsverordnung, die ein stumpfes Schwert und rechtlich höchst kompliziert ist. Das ist durch externe Gutachten in der Vergangenheit festgestellt worden, es ist also keine Wunderwaffe gegen Verdrängung aus den Quartieren. Auch die Zweckentfremdung von Wohnraum ist nun wirklich kein ernsthaftes Problem, wie die Fachbehörde in der Vergangenheit feststellte. Aber, Herr Grote, wir freuen uns natürlich darüber, dass Sie vieles von dem, was wir angeschoben haben, weiterführen wollen.

*(Andy Grote SPD: Sie haben gar nichts angeschoben!)*

Bei sinnvollen Maßnahmen haben Sie uns auch an Ihrer Seite. Auch wir haben das uneingeschränkte Interesse, den Wohnungsbau voranzubringen.

*(Dirk Kienscherf SPD: Das haben Sie in den letzten Jahren bewiesen!)*

Den Beweis, dass Ihre hoch gelobten Maßnahmen wie der Vertrag für Hamburg, das Bündnis mit der Wohnungswirtschaft und Ihr sogenanntes Eckpunktepapier greifen, müssen Sie allerdings noch antreten. – Danke schön.

*(Beifall bei der CDU)*

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort erhält Herr Duge.

**Olaf Duge GAL:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, wenn auf der einen Seite behauptet wird, in der Wohnungspolitik sei ein radikaler Kurswechsel vorgenommen worden,

*(Hans-Detlef Roock CDU: Das ist Unfug! – Dr. Andreas Dressel SPD: Bei den Ergebnissen gibt es einen radikalen Wechsel!)*

und auf der anderen Seite Frau Blankau bestätigt, dass die Maßnahmen, die im Wohnungsbauentwicklungsplan schon aufgegriffen worden sind, jetzt im Weiteren fortgeführt und konkretisiert werden. Da kann doch etwas nicht stimmen.

**(Olaf Duge)**

(Beifall bei der GAL)

Auch mit dem Umsetzen ist es so eine Sache, da müssen Sie noch ein bisschen genauer gucken, so ganz ohne ist das nicht.

(Zurufe von der SPD: Ach!)

Ich denke beispielsweise an die Verfahren für die Grundstücksvergabe.

Aber ich möchte noch ein paar Punkte ansprechen. Natürlich freuen wir uns, wenn die Zahlen für den Wohnungsbau nach oben gehen und wenn wir von 5500 genehmigten Wohnungen hören, etwas, das wir in den Bezirken, wo wir auch mit Ihnen in der Koalition stehen, befördern und wo wir versuchen, Flächen bereitzustellen und den Wohnungsbau voranzubringen. Aber Sie wissen genauso gut wie wir, dass das nicht immer ganz einfach ist, dass da viele Unwegsamkeiten sind und man nicht zu viel Hoffnung machen darf,

(Dirk Kienscherf SPD: Bürgerbegehren!)

wenn man so hohe Zahlen nennt und genau weiß, dass ein großer Teil dieser Zahlen letztlich nicht zur Umsetzung kommt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Da haben Sie sich in Volksdorf ja auch schon aus dem Fenster gelehnt!)

Keiner weiß nichts Genaueres und es wäre seriös, wenn man das bringt. Ich habe manchmal den Eindruck, als müsste die SPD ihre eigene Identität erst einmal wiederfinden, indem sie sich hoch lobend ständig auf die Schulter klopf und verkündet, alles sei auf ihrem Mist gewachsen. So ist es nicht, denn was jetzt an Wohnungsbauzahlen kommt, beruht im Wesentlichen auf den Instrumenten, die wir in den letzten zwei Jahren angeschoben haben und die Sie auch nachlesen können.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Im Vertrag für Hamburg ist die Senatskommission eingerichtet worden. Sie soll dort, wo Konflikte auftreten, Entscheidungen treffen. Bisher ist sie, soweit ich weiß, noch nicht in Aktion getreten und wir haben einige Konfliktsituationen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Noch gibt es keine Konflikte!)

Langenhorn ist ein Beispiel. Ich wünsche mir, dass in Hamm, wo Wohnungen abgerissen und Neubauwohnungen gebaut werden sollen, die dann zu höheren Mieten führen, endlich auch ein Schritt gemacht wird, um den Erhalt preisgünstigen Wohnraums zu sichern. Das sind Dinge, die Sie konkret anpacken sollten.

Zum Schluss möchte ich noch etwas zu den Mieten sagen. Bei der Erfassung der Mieten sind einige Veränderungen vorzunehmen und es ist Zeit, dass der Senat hier auf Bundesebene initiativ wird.

(Beifall bei der GAL – Andy Grote SPD: Das haben Sie in der letzten Legislaturperiode abgelehnt, Herr Duge!)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort erhält der Erste Bürgermeister Herr Scholz.

**Erster Bürgermeister Olaf Scholz:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Angesichts der drängenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt sollten wir aufhören, über die Vergangenheit zu sprechen, denn die Vergangenheit ist bereits bewertet. Sie ist bewertet worden von den Wählerinnen und Wählern im Frühjahr dieses Jahres, als sie natürlich auch die letzten zehn Jahre der Wohnungsbaupolitik bewertet haben. Sie ist bewertet worden von dem Mietenspiegel, den wir jetzt sehen und der zeigt, wozu es führt, wenn nicht genügend Wohnraum zur Verfügung steht. Selbstverständlich ist das etwas, worüber hier allseits Klarheit herrscht. Alle sagen, dass uns 30 000, 40 000 oder vielleicht noch mehr Wohnungen fehlen, und alle wissen auch gleichermaßen, dass die nicht von einem auf den anderen Tag entstehen können, aber jetzt mit größter Anstrengung gemeinsam vorangebracht werden müssen.

Warum ist das so? Weil Hamburg eine attraktive wachsende Stadt ist. Hamburg wächst, Hamburg ist in den letzten Jahren gewachsen und wird auch in den nächsten Jahren weiter wachsen. Die Bevölkerungsprognose sagt uns vorher, dass wir im Jahre 2030, obwohl überall in Deutschland die Bevölkerung abnimmt, in Hamburg möglicherweise 1,9 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner haben werden. Und keiner hat uns gesagt, dass es nur so wenige sein werden, es könnten auch mehr werden. Deshalb muss sich die Politik in Hamburg verabreden, jedem, der in dieser Stadt eine Wohnung sucht, auch eine bezahlbare attraktive Wohnung zu verschaffen, und diese Anstrengung muss jetzt von uns allen gemeinsam begonnen werden. Da darf nicht gegeneinander geredet werden, sondern das müssen wir miteinander zustande bringen.

(Beifall bei der SPD)

Auch deshalb habe ich vor einiger Zeit eine Debatte über Hamburg als große Stadt begonnen, weil ich möchte, dass wir das Wachstum Hamburgs und die Tatsache, dass mehr Menschen in Hamburg wohnen wollen, als Chance, als Bereicherung und als gute Möglichkeit begreifen und nicht als Bedrohung wahrnehmen oder uns in der Illusion wägen, das finde alles nicht statt.

Deshalb muss am Anfang der gemeinsamen Bemühungen, vor denen wir jetzt stehen, auch eine Klarheit herrschen: Wir dürfen nie wieder aufhören mit dem Wohnungsbau. Wenn wir uns jetzt zum Ziel setzen, jedes Jahr 6000 Baugenehmigungen zu erteilen und möglicherweise noch darüber zu

**(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)**

liegen, dann darf es nicht wieder Jahre geben, in denen wir darunter gehen mit der Begründung, es würden keine zusätzlichen Wohnungen benötigt. Wir müssen es schaffen, dass der Wohnungsbau in Hamburg wieder ganz massiv Realität wird. Darum geht es jetzt.

(Beifall bei der SPD)

Niemand in diesem Raum tut sich einen Gefallen und niemand tut den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt einen Gefallen, wenn das, was wir als ernsthafte Debatte über den Wohnungsbau in Hamburg zustande bringen müssen, daher kommt als das übliche Beschimpfen der Politiker untereinander, denn dann haben alle den Eindruck, dass zwar jeder etwas am anderen zu mäkeln hat, dass aber diese gemeinsame Kraftanstrengung jetzt nicht beginnt.

Das ist kein Ausschluss von Kritik und vor allem kein Ausschluss von konstruktiven Hinweisen, wie man etwas besser machen und voranbringen kann. Aber es muss doch so sein, dass die Bürger dieser Stadt den Eindruck haben, dass alle Abgeordneten dieses Hauses vor allem im Sinn haben, wie wir all denjenigen, die mit den Wohnungsmietpreisen nicht zurechtkommen, die eine Wohnung suchen und keine finden und die als Bewerberin oder Bewerber in einer Schlange stehen, möglichst bald zu einer entsprechenden geeigneten Wohnung verhelfen; das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie uns den Optimismus aufgreifen, der entstanden ist, als wir das Ziel formuliert haben, jährlich Wohnungen in der Größenordnung zu bauen, die jetzt in der Diskussion ist. Und ich sage ausdrücklich: gerne auch mehr, wenn es gelingt. Als wir dieses Ziel formuliert haben, haben viele gesagt, das kann gar nichts werden. Das werde am Widerstand der Bezirke scheitern und daran, dass die Wohnungswirtschaft nicht mitmache oder dass sich überall irgendjemand dagegen wehre. Meine persönliche Vorstellung war das nicht, denn die Not ist so drängend, dass selbst diejenigen, die in einem konkreten Vorhaben Bedenken anmelden, immerhin sagen, eigentlich seien sie für den Wohnungsbau. Das ist der erste Schritt, den wir jetzt zustande bringen müssen. Wir dürfen nicht verzagt sein, sondern müssen das, was gelungen ist, mit den Bezirken und der Wohnungswirtschaft nach vorne führen. Wir müssen dazu beitragen, dass die ganze Stadt überall daran arbeitet, baurechtliche Genehmigungen für Wohnungsbau zu schaffen, die Unternehmen von Investitionen zu überzeugen und diese gemeinsame Anstrengung jetzt anzupacken.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen, wir schaffen das. Es war nicht zu kühn, von 6000 Wohnungen im Jahr zu reden, es war das Mindeste, was erforderlich ist. Alle Partei-

en erklären, dass sie das auch wollen. Das ist ein guter Fortschritt. Jetzt müssen wir gemeinsam daran arbeiten, dass es gelingt. Die Bürgerinnen und Bürger – auch die künftigen – werden es uns danken. Wenn eine Stadt wachsen will, dann muss sie auch bei den Wohnungen wachsen. In Hamburg ist es nicht zu eng. Wir werden eine schöne Stadt bleiben, aber mit noch viel mehr Bürgerinnen und Bürgern, die diese attraktive Stadt mit uns teilen. – Schönen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Frau Sudmann.

**Heike Sudmann DIE LINKE:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ist heute schon Sonntag?

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Das war eine sehr versöhnliche Rede, aber teilweise etwas inhaltsleer. Sie haben angesprochen, dass wir einen Zuzug haben werden und zu wenige Wohnungen haben. Aber Sie haben nicht darüber gesprochen, was wir konkret für die Menschen tun können, die jetzt hier leben und keine Wohnung bekommen. Da hätte ich mir sehr gewünscht, dass Sie noch einmal deutlich machen, dass die SPD verstanden hat, dass wir sowohl Wohnungen bauen als auch die Mieterinnen und Mieter schützen müssen; das fehlt.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das ist ein zentraler Standpunkt unserer Regierungserklärung!)

Natürlich wollen Sie konstruktive Kritik weiterhin hören, das haben Sie geschickterweise gesagt. Es ist die Aufgabe der Opposition, sich an der Regierung abzuarbeiten. Wir sind nicht nur konstruktiv, sondern machen sogar viele Vorschläge, die Sie umsetzen können.

(Zuruf von *Thomas Völsch SPD*)

– Formulieren Sie es besser, Herr Völsch, auf alle Fälle wissen Sie, dass es richtig ist.

Noch ein Punkt zur SAGA GWG, zu dem, was Frau Blankau vorhin sagte. Die SAGA GWG ist mietpreisdämpfend mit den Wohnungen, die sie hat. Aber Sie wollen doch nicht dafür sprechen, dass sie weniger mietpreisdämpfend wirkt, als sie wirken könnte. Sagen Sie deswegen etwas zum Mietenstopp, seien Sie für den Mietenstopp, dann sind wir auch etwas zufriedener.

(Beifall bei der LINKEN – Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Wersich.

**Dietrich Wersich CDU:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, es war

**(Dietrich Wersich)**

bemerkenswert, dass man hier eine Show erleben konnte, in der die SPD zunächst die Schuld der Vergangenheit feierte und heftig beklatschte und dann einen Bürgermeister, der zwei Minuten später die Vergangenheit für tot erklärte, und die SPD dann noch mehr klatschte.

(Beifall bei der CDU, der GAL und der FDP)

Insofern war diese staatstragende Rede, wie wir sie auch von einem Bürgermeister erwarten, eine Rede an die eigene Fraktion. Es war nötig und verständlich, dass sie nach dem schwachen Auftritt ihrer Wohnungsbausenatorin selbst das Wort ergreifen, um noch einmal die Linie der Wohnungsbau politik klarzumachen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Ganze passt in die Linie der vergangenen Tage, in der wir Andy Grote in herzlicher Umarmung seiner Bausenatorin erleben konnten, sodass sie fast keine Luft mehr bekam. Hier wurde ein Satz der Solidarität gesagt, der lauthals beklatscht wird. Meine Damen und Herren von der SPD, Ihr Verhalten als Klatschende verrät viel mehr über Ihre inneren Probleme, als Sie glauben.

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

– Damit müssen Sie leben, wenn Sie es mit jemandem zu tun haben, der sowohl als Arzt als auch im Theater tätig war und ein bisschen zwischen den Zeilen lesen kann.

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Zur Sache.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ah, zur Sache!)

Herr Scholz, Sie haben 24 000 Wohnungen in der Amtsperiode versprochen und dass die Mieten günstiger werden. Sie haben zu Recht erkannt, dass dieses Versprechen ein ganz entscheidender Baustein Ihrer Glaubwürdigkeit ist. Das heißt aber auch, dass Sie sich den Argumenten stellen müssen. Dazu gehört das, was Herr Hamann vorgetragen hat. Man muss sich nicht nur die Zahl von 24 000 neuen Wohnungen, sondern auch die Brutto- und Nettobetrachtung anschauen. Vor dem Hintergrund ist es unerträglich, dass der Senat bis heute nicht einmal sagen kann, wie viele Wohnungen wirklich gebaut werden. Mit einem solchen Controlling können Sie die Ziele nicht erreichen.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Wie wurde denn bei Ihnen der Wohnungsbau gemessen? – *Dirk Kienscherf SPD*: Früher war alles besser!)

Das Zweite ist das Ergebnis des jüngsten Volksentscheid in Langenhorn. Wenn bei einer Wahlbeteiligung von 14 Prozent beide Vorlagen eine relative Mehrheit bekommen, die sich im Übrigen

diametral widersprechen, und im Ergebnis weniger als 10 Prozent darüber entscheiden, dass Mieter in alten unzureichenden Wohnungen wohnen bleiben müssen und keine neuen Wohnungen gebaut werden, dann ist das eines der großen Probleme, die wir in Hamburg haben. Hier müssen alle Parteien zusammenstehen. Hier müssen wir etwas ändern, denn sonst werden wir dieses Ziel, in Hamburg mehr Wohnungen zu bauen, nicht erreichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Drittens geht es beim Thema Wohnungsbau nicht nur um die Quantität, sondern auch um die Qualität. Es geht darum, dass die Stadt weder in neuen Hochhausfantasien schwelgt noch dass wir die Fehler der Vergangenheit mit dem verdichteten sozialen Wohnungsbau wiederholen, die uns noch heute schwere Probleme in der Stadt bereiten.

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Gar kein Wohnungsbau unter der CDU!)

Wenn ich auf die konkreten Bauprojekte zum Beispiel südlich der Elbe schaue, dann ist leider bislang nicht erkennbar, dass die SPD wirklich verstanden hat, dass der soziale Großwohnungsbau mit eine Ursache für die Verfestigung von Armut ist und nicht ein Lösungsbeitrag.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb geht es für uns immer um nachhaltiges Bauen. Sie haben unsere Unterstützung dabei, aber ich sage Ihnen auch ganz klar: Mehr Wohnungen zu bauen, mehr Menschen in Hamburg zu haben bedeutet auch, dass wir eine andere Infrastruktur brauchen. Das bedeutet konkret, dass wir auch eine andere Verkehrs-, Wissenschafts- und Sozialpolitik brauchen. Wenn diese Politikbereiche nicht stimmen, dann nützt auch das Wachstum an Einwohnern nichts. Hier ist noch eine Menge zu tun, Herr Bürgermeister, hier hat der Senat noch nicht geliefert. Sie haben unsere Unterstützung beim qualitativen Bauen, aber auch unsere Forderung, in den anderen Politikbereichen Antworten darauf zu geben, wie Hamburg als wachsende Stadt Lebensqualität, Beschäftigung, Ausbildung und soziale Sicherheit für diese Menschen garantieren will. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Duden**: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

**Dr. Andreas Dressel SPD**: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Wersich, Sie haben mit viel parteipolitischem Klein-Klein begonnen und damit eigentlich bewiesen, dass Sie den Appell des Bürgermeisters nicht verstanden haben. So ein parteipolitisches Klein-Klein kann nicht die Antwort auf die Wohnungssituation in dieser Stadt sein.

**(Dr. Andreas Dressel)**

(Beifall bei der SPD)

Dass wir beim Thema soziale Infrastruktur, das Sie angemahnt haben, keinen Nachholbedarf und keine Belehrungen nötig haben, sieht man daran,

*(Roland Heintze CDU: Jetzt wird es interessant!)*

dass der Schulsenator einen Schulentwicklungsplan mit Kapazitätsausbau im Bereich Schulen vorgelegt hat und wir im Bereich Kita richtig drauflegen. Das heißt, wir investieren in die soziale Infrastruktur und schaffen damit die Voraussetzungen, dass das Bevölkerungswachstum aufgenommen werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen ganz klar, wir lassen uns an diesen Zielen messen.

*(Finn-Ole Ritter FDP: Gott sei Dank!)*

An einigen Stellen müssen wir mit dem Controlling, das Sie uns hinterlassen haben, noch ein bisschen nacharbeiten. Das sind Controllinginstrumente, nach denen Herr Roock gefragt hat, wo noch ein bisschen nachgearbeitet werden muss. Es ist etwas, was zum Thema Erblast gehört. Auch diese Wahrheit muss ausgesprochen werden.

*(Dietrich Wersich CDU: Doch wieder die Vergangenheit!)*

Ich möchte aber den Appell des Bürgermeisters aufgreifen. Wir sind gemeinsam miteinander gefordert. Wir haben eine grundsätzliche Einigkeit, dass wir mindestens 6000 Wohneinheiten brauchen, aber wir müssen auch miteinander hinbekommen, dass das vor Ort im konkreten Handeln sichtbar wird, in den Stadtteilen, wo die Menschen dann auch neue Wohnungen finden sollen. Deshalb ist es gut, dass sich vor zwei Wochen 4000 Menschen in dieser Stadt zusammengefunden haben, die nicht nur für niedrigere Mieten, sondern auch für mehr Wohnungsbau demonstriert haben – so haben wir das jedenfalls verstanden.

*(Heike Sudmann DIE LINKE: Wir waren dabei!)*

Wohlgemerkt friedlich, das muss auch immer die Maßgabe sein. Nur ist es aus unserer Sicht wichtig, dass diejenigen sich nicht nur am Schulterblatt und an der Langen Reihe demonstrativ positionieren, sondern dass sie auch dort in die Auseinandersetzung gehen, wo Wohnungsbau in den Stadtteilen entstehen soll, und dass sie die Stimme der Wohnungssuchenden in die Diskussion mit einbringen. Daran fehlt es noch, das ist aber unverzichtbar, wenn man das realisieren will.

(Beifall bei der SPD)

Die Realität vor Ort ist leider an vielen Stellen eine andere.

*(Zuruf von Norbert Hackbusch DIE LINKE)*

Es gibt Anwohnerversammlungen in meinem Wahlkreis, Herr Duge, wo Sie zum Beispiel gewesen sind; darüber können wir noch einmal separat sprechen. Es ist beim Wohnungsneubau aber wichtig zu organisieren, dass jemand die Stimme der Wohnungssuchenden spricht, dass dort nicht nur die Nachbarn sagen, ich will nicht, sondern dass dort jemand aufsteht und sagt, ich bin ein Wohnungssuchender und ich möchte hier eine Wohnung für mich und meine Familie haben.

*(André Trepoll CDU: Machen Sie das doch!)*

Das wäre für den öffentlichen Diskurs in der Stadt wichtig, um ein gesellschaftliches Bündnis für Wohnungsbau hinzubekommen.

(Beifall bei der SPD)

Da sind wir alle miteinander gefordert. Das Beispiel Langenhorn haben Sie gebracht. Bei Langenhorn 73 war es so, dass es in der Bezirksversammlung eine breite Mehrheit für den Wohnungsbau unter Einbeziehung der Mieterverbände gab. Es hat trotzdem nicht gereicht; auf den Punkt komme ich gleich noch. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, gesellschaftliche Bündnisse für Wohnungsbau hinzubekommen. Sie können gleich etwas für Ihre Harburger Parteifreunde mitnehmen; Herr Trepoll sitzt dabei, Frau Stöver auch. Es geht um das wichtige Neubauvorhaben Neugraben/Fischbek 66 und das Vorhaben, Sozialwohnungen zu realisieren. Das Erste, was den Kolleginnen und Kollegen von der Harburger CDU einfällt, ist, ein Bürgerbegehren anzudrohen. Das kann nicht die Antwort sein.

*(André Trepoll CDU: Machen Sie einen anständigen Bebauungsplan und nicht so einen Mist!)*

Da haben einige offenbar die Notwendigkeit von zusätzlichem sozialem Wohnungsbau nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Weil es natürlich an einigen Stellen Konflikte geben wird, ist es wichtig, dass wir alles dafür tun, dass die Kommunikation und der Dialog ordentlich funktionieren. Der Vertrag für Hamburg ist angesprochen worden. Dort steht, dass die Bezirke mehr Planungsmittel für Bürgerbeteiligungsprozesse bekommen sollen und auch bekommen, damit es durch kluge Beteiligung und vorherigen Dialog gelingt, dass es nicht an jeder Stelle zu einem Bürgerbegehren kommt. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten.

*(Zuruf von Hans-Detlef Roock CDU – Glocke)*

Letzter Hinweis, wir arbeiten gemeinsam daran, bei Bürgerbegehren zu vernünftigeren Verfahren

**(Dr. Andreas Dressel)**

zu kommen. Wir sollten uns im gesamtstädtischen Interesse darum bemühen, einen gesellschaftlichen Konsens für mehr Wohnungsbau hinzubekommen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Kerstan.

**Jens Kerstan GAL:\*** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Angesichts der großen Bedeutung der Problematik der Wohnungssuche, der hohen Mieten und des mangelnden bezahlbaren Wohnraums ist es ein gutes Zeichen, wenn ein Bürgermeister sich hinstellt und deutlich macht, dass er dieses Problem ganz persönlich für ein wichtiges hält und sich dafür einsetzen will. Ich finde es richtig, Herr Scholz, wenn Sie sagen, das müsse doch unser aller Ziel sein. Wir Grüne verschließen uns dem gar nicht. Ich habe Ihre Rede aber anders verstanden. Wenn man die Debatte vorher verfolgt und dann Ihren Hinweis gehört hat, man solle die Vergangenheit ruhen lassen, dann muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, dass wir Grüne uns von diesem Appell nicht angesprochen fühlen. Denn die einzigen, die in dieser Debatte immer mit dem Finger auf die anderen Fraktionen gezeigt haben, auf die CDU und auf die GAL, das war Ihre Regierungsfraktion, Herr Grote, und noch viel stärker Herr Balcke.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Heino Vahldieck CDU:* So ist es!)

Insofern verstehe ich diesen Appell an Ihre eigene Regierungsfraktion. Vielleicht hätten Sie vor der Debatte mit Ihren eigenen Abgeordneten reden sollen, wenn Sie es ernst gemeint haben, was Sie eben gesagt haben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich würde mir auch wünschen, dass in dieser wichtigen Debatte, die im Interesse der Menschen zu einem konstruktiven Ergebnis geführt werden sollte, diese Art und Weise der Argumentation ein Ende findet. Die Regierungsfraktion schiebt angesichts der Missstände, die es ohne Zweifel gibt, die Schuld immer auf die Vorgängersenate und sagt, sie könne nichts dafür, was jetzt passiert. Aber die positiven Dinge, die in dem Bereich stattfinden, die steigende Zahl der Baugenehmigungen, die gerade angesprochen wurde, sind dann auf einmal nur auf die SPD-Aktionen zurückzuführen. Das ist eine unehrliche Debatte und so sollten wir nicht vorangehen, wenn Ihr Appell ehrlich gemeint ist, Herr Bürgermeister.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich verstehe das nicht als einen Appell an uns, sondern mehr an Ihre eigene Regierungsfraktion.

Ich würde mir im Sinne der Sache wünschen, dass die Botschaft dort vernommen wird.

Herr Bürgermeister, wenn Sie sagen, lassen wir die Vergangenheit ruhen, wäre es vielleicht auch ehrlich gewesen, nicht immer wieder den Eindruck zu erwecken, dass das Ziel, 6000 zusätzliche Wohnungen zu schaffen, erst von Ihnen im Wahlkampf in die Welt gesetzt wurde.

(*Heike Sudmann DIE LINKE:* 8000!)

Zur Wahrheit gehört, dass das Ziel im Wohnungsentwicklungsplan des Vorgängersenats bereits angestrebt wurde und dass daran gearbeitet wurde. Insofern würde ich mir wünschen, dass Sie diese Debatte anders starten. Es ist verschiedentlich angesprochen worden, warum es nicht gelungen ist, diese 6000 Wohnungen in den letzten Jahren, auch unter unserer Regierungsbeteiligung, zu realisieren. Diese Frage wäre wichtig gewesen, und auch dazu haben Sie leider nichts gesagt.

(*Andy Grote SPD:* Das müssen Sie doch beantworten!)

Es reicht nicht, wenn die parlamentarischen Mehrheiten, die Mehrheit der Bürgerschaft mit den Bezirken, einen Beschluss fassen; das haben wir doch festgestellt. Langenhorn 73 zeigt ganz deutlich – und das ist nicht das einzige Beispiel –, dass die parlamentarische Mehrheit nicht reicht, um zu mehr Wohnungsbau zu kommen. Das ist jetzt bei Langenhorn 73 so und das war auch zu der Zeit so, als Frau Hajduk Wohnungsbausenatorin war. Wenn man schöne Appelle an uns alle richtet, aber zu diesen entscheidenden Fragen nichts sagt, dann werden wir nicht weiterkommen. Ich würde mir wünschen, dass wir in Zukunft anders miteinander reden, damit wir bei diesem wichtigen Thema vorankommen.

Noch eine Bemerkung. Hier wurde gefeiert, auf welchem großen Weg die SPD in dem Bereich geschlossen und entschlossen vorangeht. Ich habe Ihre Rede wieder als einen Appell an die eigene Regierungsfraktion verstanden.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Was?)

In den letzten Wochen konnte man in der Öffentlichkeit verfolgen, was dort passiert; es ging um innerparteiliche Differenzen zum Wohnungsbau in der SPD.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Beim Wohnungsbau?)

– Ich kann auch Zeitung lesen wie viele andere.

(*Andy Grote SPD:* Sie müssen nicht alles glauben, was in der Zeitung steht!)

Mitglieder Ihrer Fraktion sind mit Kritik an Senatsmitgliedern aufgetaucht. Insofern war die Rede vielleicht eher ein Zeichen der Befriedung in die eigenen Reihen, der hier in einen Appell an die Op-

**(Jens Kerstan)**

positionsparteien verpackt wurde. Wir müssen alle viel deutlicher die Probleme ansprechen, viel weniger auf die große Geste verweisen und viel ernsthafter und härter an der konkreten Umsetzung arbeiten. Denn so schön der Pakt mit Hamburg oder die Vereinbarungen mit den Wohnungsbauverbänden auch sind, die eigentliche Arbeit ist mit dem Vertrag nicht getan. Die Arbeit besteht in der Umsetzung. Wir alle erleben jeden Tag, dass das schwierig ist. Das war auch in der letzten Legislaturperiode so. Wir sollten viel mehr an diesen praktischen Problemen bezüglich der Überzeugung der Menschen und der Zielkonflikte arbeiten, als große pathetische Appelle zu starten.

(Glocke)

– Ich komme zum Schluss.

Diese Appelle ändern letztendlich an der Situation leider nichts. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Dr. Duwe.

**Dr. Kurt Duwe** FDP:\* Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe eine kleine Nachfrage. Unser Herr Bürgermeister hat von 5000 Baugenehmigungen gesprochen – ich habe einmal 6000 Wohneinheiten gehört. Ich hoffe, diese Aussagen widersprechen sich nicht. Dass wir in den nächsten Jahren mindestens 6000 fertiggestellte Wohnungen in Hamburg haben werden, nehme ich zur Kenntnis und zu Protokoll.

Es wurde gerade ein Bebauungsplan erwähnt, 66 in Neugraben. Dazu muss ich sagen, dass ich vor einigen Monaten noch Mitglied der FDP-Fraktion in der Harburger Bezirksversammlung war.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Entschuldigen Sie, Herr Dr. Duwe, bislang war es relativ leise, jetzt ist es unerträglich laut. Vielleicht könnten all diese Coachinggespräche draußen durchgeführt werden. Herr Dr. Duwe hat das Wort.

**Dr. Kurt Duwe** FDP (fortfahrend): Es bestand in der Kommunalpolitik Einvernehmen bezüglich der ursprünglichen Planungen, die zum Beispiel einen Gewerberiegel an der B 73 vorsahen, dort auch geförderten Wohnungsbau zuzulassen. Es gab Fachbehörden, die das nicht so sahen. Bevor das neue Wohnungsbauprogramm angelaufen ist und wir diesen tollen Vertrag für Hamburg haben, in dem es eine Schlichtungsstelle namens Senatskommission gibt, sind Fachbehörden der Meinung, dass sie jetzt wieder die alten Vorstellungen durchdrücken können. Das ist meiner Meinung nach ein Anschlag auf die kommunale Selbstverwaltung in

Hamburg. Wenn man es schon in Kauf nimmt, Planungen ganz schnell durchzusetzen, dann sollte man das wenigstens intelligent machen und nicht gegen den Widerstand der lokalen Bevölkerung. Das wird immer wieder zurückschlagen.

Dann möchte ich betonen, dass wir in Hamburg endlich von unserer Leuchtturmpolitik auch in der Stadtentwicklung wegkommen sollten, weg von diesem Leuchtturm Innenstadt, und die Entwicklung in Hamburg im gesamten Stadtbereich forcieren sollten. Es gilt, Arbeit und Wohnen auch woanders zu erlauben und dort eine in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht positive Entwicklung zu gestalten, und nicht immer nur auf die paar Stadtteile zu fokussieren, die sich um dieses Rathaus herum befinden. Das wird uns viele Probleme erleichtern. Das wird auch viele Probleme in Bezirken, die nicht wachsen, erleichtern. Zum Beispiel hat der Bezirk Harburg nach den Statistiken in letzter Zeit kein Bevölkerungswachstum gehabt, zumindest nicht so stark.

(*Thomas Völsch SPD:* Das stimmt gar nicht, wir liegen ganz normal im Durchschnitt!)

– Da müssen Sie mal die Statistiken lesen. Es gibt Stadtteile, bei denen die Nachfrage nicht groß ist. Das liegt aber nicht daran, dass diese Stadtteile nicht lebenswert wären, sondern sie werden einfach nicht beachtet. Wir sollten uns darauf konzentrieren, welche schönen Stadtteile außerhalb dieses engen Radius um das Hamburger Rathaus liegen. Dann könnten wir sogar relativ preiswert viel Wohnraum schaffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann stelle ich fest, dass uns deutlich weniger als 15 Minuten verbleiben, um auch das zweite heute angemeldete Thema aufzurufen. Wird vonseiten der anmeldenden Fraktion, das ist die CDU-Fraktion, eine Vertagung der Aussprache beantragt? – Das ist der Fall. Dann werden wir morgen die Aktuelle Stunde mit dem zweiten Thema fortsetzen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 2, Drucksache 20/1966, der Wahl eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:  
Wahl eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung  
– Drs 20/1966 –]**

Der Stimmzettel liegt Ihnen vor. Er enthält jeweils ein Feld für Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung. Ich bitte Sie, den Stimmzettel jeweils nur mit

**(Vizepräsidentin Barbara Duden)**

einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig.

Ich bitte Sie, nun die Wahlentscheidung vorzunehmen. Ich darf dann die Schriftführer bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Wie immer ist es hilfreich, wenn die Stimmzettel so hoch gehalten werden, dass die Schriftführer sie sehen können. Besonders schnell geht es, wenn man die Schriftführer nicht in Gespräche verwickelt.

Sind jetzt alle Stimmzettel eingesammelt? – Das ist erkennbar der Fall. Ich schließe die Wahlhandlung.

Das Wahlergebnis wird nun ermittelt. Sie werden verstehen, dass wir es Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt geben.\*

Wir fahren nun mit den Tagesordnungspunkten 33, 27 und 7 fort, den Drucksachen 20/1967, 20/1945 und 20/1716: Antrag der SPD-Fraktion: Verbesserung der Lehrerfortbildung für eine gelungene Inklusion zusammen mit dem Antrag der CDU-Fraktion: Umsetzung von Paragraph 12 des Hamburgischen Schulgesetzes auf der Grundlage des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sowie der Großen Anfrage der GAL-Fraktion: Inklusion an Hamburger Schulen.

**[Antrag der SPD-Fraktion:  
Verbesserung der Lehrerfortbildung für eine gelungene Inklusion  
– Drs 20/1967 –]**

**[Antrag der CDU-Fraktion:  
Umsetzung von § 12 des Hamburgischen Schulgesetzes (HmbSG) auf der Grundlage des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen  
– Drs 20/1945 –]**

**[Große Anfrage der GAL-Fraktion:  
Inklusion an Hamburger Schulen  
– Drs 20/1716 –]**

Die CDU-Fraktion möchte die Drucksache 20/1967 an den Schulausschuss überweisen. Für die Drucksachen 20/1945 und 20/1716 liegt Ihnen ein Überweisungswunsch der SPD-Fraktion ebenfalls an den Schulausschuss vor. Wird das Wort gewünscht? – Herr Holster, bitte.

**Lars Holster** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Über die inklusive Bildung wird in Hamburg eine intensive Diskussion geführt. Auf der einen Seite steht wie bei fast jedem Thema die

Einführung einer Einheitsschule, auf der anderen Seite ruft man nach mehr Ressourcen. Bei der FDP habe ich etwas Merkwürdiges gefunden, sie spricht nur von den betroffenen Schulen.

Meine Damen und Herren! Es geht hier um Kinder, Kinder, die ein Recht auf Chancengleichheit haben. Ich erlebe diese Schülerinnen und Schüler jeden Tag. Sie berichten mir, dass sie ihren Freunden jetzt ganz stolz erzählen können, dass sie auf eine Stadtteilschule gehen. Wir lassen kein förderungsbedürftiges Kind zurück. Die SPD-Fraktion bekennt sich ausdrücklich zu einem inklusiven Bildungssystem.

(Beifall bei der SPD)

Uns ist wohl bewusst, dass die Beschulung von Kindern mit besonderem Förderbedarf eine enorme Herausforderung darstellt und mit vielen Sorgen und Ängsten bei Eltern, Lehrerinnen und Lehrern und Beschäftigten in den Förderschulen verbunden ist. Aber eines möchte ich klarstellen: Die Eltern haben die Wahlfreiheit, Herr Scheuerl, zwischen der Beschulung in einer allgemeinbildenden Schule – das sind die Grundschulen, das sind die Stadtteilschulen, das sind die Gymnasien – oder einer Förderschule. Die Diskussion über die Förderschulen muss beendet werden, sondern sie muss mit den Förderschulen geführt werden. Hier sind die Kompetenzen für das Gelingen einer inklusiven Bildung.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich mich mit Lehrerinnen und Lehrern unterhalte, die zum ersten Mal in einer Klasse mit Paragraph-12-Schülerinnen und -Schülern unterrichten, dann nehme ich eine große Offenheit für diesen Reformprozess wahr. Aber diese neue Heterogenität in den Schulklassen stellt die Lehrkräfte vor neue Herausforderungen in der Gestaltung ihres Unterrichts. Hier müssen wir die Lehrerinnen und Lehrer in Hamburg unterstützen. Unser Antrag für eine verbesserte Lehrerfortbildung soll kurzfristig den erhöhten Fortbildungsbedarf decken und langfristig die Inklusionsthematik in der Lehrerfortbildung verankern. Die CDU beantragt die Überweisung an den Schulausschuss. Ich und die SPD-Fraktion sind der Meinung, dass dieser Antrag jetzt beschlossen werden muss. Dieses Thema ist unstrittig und bedarf keiner weiteren Diskussion im Schulausschuss. Deshalb werden wir die Überweisung an den Schulausschuss ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

In der von der GAL-Fraktion gestellten Großen Anfrage erhalten wir wichtige Informationen zu den Eingliederungshilfen für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf und zu den langfristigen Planungsumsetzungen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Deshalb wollen wir diese Große An-

\* Wahlergebnis, siehe Seite 1260

**(Lars Holster)**

frage zur weiteren Diskussion an den Schulausschuss überweisen.

Ich komme jetzt zum Antrag der CDU, ein Antrag nach dem Motto: Lieber spät als nie. Nach dem Beschluss der schwarz-grünen Regierung im Oktober 2009, den Rechtsanspruch gemäß Paragraf 12 des Hamburgischen Schulgesetzes zu verankern, fordert die CDU-Fraktion jetzt, mehr als zwei Jahre nach der Gesetzesänderung, den Senat auf, ein Konzept zur Umsetzung von Paragraf 12 zu entwickeln. Warum tut sie das? Weil sie es in der vergangenen Legislaturperiode versäumt hat, ein schlüssiges Konzept zu erarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Lieber Herr Dr. Scheuerl, wenn ich dann Ihre selbstgestrickte Definition des Kindeswohls lese, die zum Ziel hat, dass Eltern ihre Kinder weiterhin nur an der Sonderschule oder alternativ an wenigen, speziell ausgesuchten Stadtteilschulen anmelden sollen, dann haben Sie den Auftrag, ein inklusives System lebenslanger Bildung für alle zu entwickeln, nicht verstanden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie weiterhin argumentieren, die UN-Konvention besage, dass Sonderschulen den Anspruch von inklusiver Bildung völlig abdecken, dann ist das einfach nur abenteuerlich.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Über Ressourcenausstattung und regionale Bildungszentren, die Sie in Ihrem Antrag beschreiben, diskutieren wir gern mit Ihnen im Schulausschuss, und werden deswegen auch Ihren Antrag an den Schulausschuss überweisen.

Abschließen möchte ich mit einem Zitat aus dem bekannten Film "Forrest Gump":

"Merk dir, was ich gesagt habe, Forrest. Du bist nicht anders als die anderen. [...] Du bist genauso wie alle anderen. Du bist nicht anders!

[...] Ihr Junge ist anders Mrs. Gump. Sein IQ liegt bei 75.

[...] Ja gut, aber sind wir nicht alle irgendwie anders [...]?"

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Farid Müller*, beide GAL)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Scheuerl.

**Dr. Walter Scheuerl** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Wohl des Kindes muss entscheiden. Darüber sind wir uns, denke ich, alle einig. Herr Holster

nickt, aber es werden wohl alle Fraktionen zustimmen. Das Wohl des Kindes muss entscheiden, und wenn wir über das Modewort Inklusion sprechen, dann sprechen wir darüber, wie wir die bestmögliche Bildung und Teilhabe am staatlichen Schulsystem für Kinder mit Behinderungen garantieren. Die UN-Konvention für Menschen mit Behinderungen sagt, bei allem, was veranlasst wird, ist das Wohl des Kindes entscheidend, und sie sagt auch sehr klar, dass alle Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, Kinder und Jugendliche zu fördern, nicht als Diskriminierung anzusehen sind. Weil in dieser Diskussion so viel von der UN-Konvention die Rede ist, müssen wir uns an einer Stelle, am besten jetzt zu Anfang der Debatte, klar machen, was die UN-Konvention eigentlich bedeutet. Die UN-Konvention ist ein völkerrechtlicher Vertrag, den inzwischen rund 155 Staaten der Welt unterschrieben haben. Das ist gut so. Ziel der UN-Konvention war aber nicht, etwas über das deutsche Schulsystem zu sagen, sondern Ziel war, zum Zeitpunkt der Verhandlungen vor allem dafür zu sorgen, dass die damals weltweit 40 Millionen Kinder mit Behinderungen, die keinen Zugang zum Schulsystem in ihrem jeweiligen Land hatten, überhaupt einen Zugang zum Schulsystem bekommen.

Artikel 24 der UN-Konvention sagt auch nichts über Schulformen aus, sondern spricht schlicht von einem "Inclusive Education System" oder einem "General Education System". Paragraf 12 des Hamburgischen Schulgesetzes sieht jetzt ein Wahlrecht und individuelle sonderpädagogische Diagnosen vor. Das ist gut so, denn es gibt Kinder, für die die Beschulung in den allgemeinbildenden Schulen gut ist, obwohl sie eine Behinderung haben, wenn die Schule entsprechend ausgestattet ist. Es gibt aber auch viele Kinder, für die es nicht gut ist, für die das besondere Förderangebot in einer Sonderschule die bessere Wahl darstellt. Deswegen ist es wichtig, dass wir die Sonder- und Förderschulen erhalten.

Das Wahlrecht bedeutet also konkret, dass wir bestehende Integrationsklassen an den Schulen erhalten müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass in Stadtteilschulen, aber auch in Grundschulen und auch schon im Vorschulbereich die sonderpädagogische Förderung einsetzt und die Kinder, die dort von ihren Eltern angemeldet werden, erreicht. Und wir müssen die Sonderschulen in Hamburg erhalten. Jedes Kind mit einer Behinderung muss die Möglichkeit haben, in zumutbarer Entfernung auch eine Sonderschule erreichen zu können.

Noch kurz zur Auslegung der UN-Konvention. Die Kultusministerkonferenz – Herr Senator Rabe, Sie werden der ja demnächst vorstehen – hat in einem Beschluss vom November vorigen Jahres ausdrücklich gesagt, dass die UN-Konvention keine Aussagen zur Gliederung des Schulwesens enthält. Wir lesen in einer Senatsantwort der SPD, Herr Holster, dass Gutachten, die zu Nordrhein-

**(Dr. Walter Scheuerl)**

Westfalen und Bremen von den Professoren Klemm und Preuss-Lausitz erstellt worden sind, wertvolle Anregungen auch für das Hamburger Schulsystem enthalten. Wenn wir im Gutachten von Preuss-Lausitz, den wir auch im Schulausschuss hören werden, lesen, dass Inklusion eigentlich nur dann funktioniert, wenn wir in einer Schule für alle das gemeinsame Lernen auch in der Sekundarstufe praktizieren, dann ist das Ziel klar. Wenn wir in dem Gutachten, dem die SPD folgen möchte, weiter lesen, dass man eigentlich sämtliche Sonderschulen für den Bereich Lernen, Sprache und soziale Entwicklung schließen sollte und 80 Prozent der Schüler geradezu zwanghaft in das allgemeine Schulsystem herüberholen sollte, dann erfüllt uns das mit Sorge. Es erfüllt uns genauso mit Sorge wie der Umstand, dass für die Sachverständigenanhörung am kommenden Freitag im Schulausschuss heute plötzlich vom Senator mitgeteilt wurde, dass zwei namhafte Sachverständige, nämlich der stellvertretende Schulleiter der Erich-Kästner-Stadteilschule, Herr Katzer, und der Schulleiter der Kielkoppelstraße, eine Sonderschule mit Sprachförderzweig – beide hatten schon zugesagt – nicht gehört werden können. Warum? Das Motiv ist klar. Er sagt zwar, man habe noch nie Lehrer einladen dürfen, Lehrer dürften nur als Vertreter der Gewerkschaft kommen, aber dahinter steckt aus meiner Sicht ganz klar eine Motivation. Herr Katzer sagt selbst, dass Inklusion für die Stadteilschulen bestimmte Quoten für die Klassen voraussetzt und eine bestimmte Ausstattung. Er stellt sehr klar dar, wo die Probleme für die Stadteilschulen beim Thema Inklusion liegen. Und Herr Schmidt von der Kielkoppelstraße sagt auch sehr deutlich, wir müssen im Interesse der Kinder die Förderschulen und die Sonderschulen erhalten. Wenn diese beiden jetzt also auf Betreiben des Senators nicht kommen dürfen – es sei denn, wir finden noch einen Weg, sie trotzdem einzuladen –,

*(Dirk Kienschurf SPD: Das hat Ihr Parteikollege, Herr Heinemann, doch schon vermutet!)*

dann erfüllt uns das erheblich mit Sorge. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, für das Wohl aller Kinder dieser Stadt, auch der mit Behinderungen, zu sorgen und nicht im Sinne von Ideologien oder Parteigezänk zu diskutieren. Lassen Sie uns dafür sorgen, dass wir die Sonderschulen erhalten, dass durch frühe Diagnose jedes Kind mit Behinderungen in der Schule individuelle Förderung bekommt; dann kann es klappen. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der CDU)*

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau von Berg.

**Dr. Stefanie von Berg GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es wurde schon ange-

sprochen, dass die UN-Behindertenrechtskonvention tatsächlich ein dickes Brett ist, was wir gemeinsam bohren müssen. Ich möchte darauf hinweisen, dass das keine ideologische Frage ist. Es geht schlicht und ergreifend darum, Kinderrechte umzusetzen. Es macht mich ärgerlich, wenn an diesen Kinderrechten herumgedoktert wird und alles infrage gestellt wird. Bei der Behindertenrechtskonvention und auch bei Paragraph 12 des Hamburgischen Schulgesetzes geht es nicht um das Ob, es geht schlicht und ergreifend um das Wie. Dem wollen wir uns gemeinsam widmen. Es geht darum, allen Kindern in einem inklusiven Schulsystem eine allgemeine Bildung zukommen zu lassen.

Zum CDU-Antrag. Ich glaube, Sie machen zwei entscheidende Fehler. Sie machen den Fehler, dass Sie die Ressource an das Kind binden wollen. Es ist mehrfach in der Literatur beschrieben worden, wozu das führt. Es führt nämlich dazu – das merken wir in Hamburg übrigens auch –, dass Kinder immer häufiger als förderbedürftig etikettiert werden, damit die Schulen die Ressource bekommen. Das ist ein Etikettierungsschwindel und nichts anderes und dagegen müssen wir uns eindeutig aussprechen.

*(Beifall bei Jens Kerstan GAL)*

Ein weiterer Punkt, Herr Holster hat ihn schon angesprochen, ist der Erhalt der Sonderschulen. Mir kommt es so vor, als ob die Sonderschulen unter Artenschutz gestellt werden sollen. Artenschutz soll das Aussterben einer bedrohten Art verhindern. Okay, die Sonderschule ist tatsächlich vom Aussterben bedroht, aber bei diesem Artenschutz machen die Grünen nicht bedingungslos mit. Es gibt Ausnahmen. Ich habe mit vielen Schulleiterinnen und Schulleitern Gespräche geführt und sehe ein, dass es tatsächlich noch Angebote für gewisse Behinderungen geben muss, damit diese Kinder auch mit Peers lernen können und sich verständigen können. Aber den bedingungslosen Erhalt von allen Sonderschulen, besonders denen, in die Kinder mit Lern-, Sprach- und sozialen Entwicklungsstörungen gehen, halten wir von der Fraktion der GAL für absolut falsch. Das ist teuer und unnötig.

*(Beifall bei der GAL)*

Zum SPD-Antrag. Das ist der richtige Ansatz, da können wir absolut mitgehen. Es ist dringend notwendig, dass die Lehrerfortbildung entsprechend nachgebessert wird. Wir in der Fraktion haben diesen Gedanken natürlich auch gehabt. Wir haben nur gedacht, das zu fordern trauen wir uns gar nicht angesichts der Tatsache, dass im Landesinstitut gerade Stellen gestrichen werden. Laut meinen Informationen wandern 54 Stellen aus dem LI ab und 20 Stellen sollen de facto ersatzlos gestrichen werden. Der Leiter der Abteilung Fortbildung, Herr Heinrichs, ist jetzt in der Abteilung B 5, also gar nicht mehr am LI. Da frage ich mich, wie das

**(Dr. Stefanie von Berg)**

strategisch aufgestellt werden soll. Falls noch eine Nachbesserung kommt, ist es gut. Ansonsten finde ich es schwierig vor dem Hintergrund, dass im Landesinstitut so viele Stellen gestrichen werden, zu fordern, dass diese Aufgabe auch noch auf sie zukommt.

Conclusio. Die Schulen stehen unter Aufsicht des Staates, das steht so im Grundgesetz, und unsere Aufgabe als Politikerinnen und Politiker ist, die Behindertenrechtskonvention – ich weise noch einmal darauf hin: das sind Kinderrechte – im Schulsystem umzusetzen. Deswegen freue ich mich, übermorgen im Schulausschuss darüber zu beraten und gemeinsam hoffentlich nicht über das Ob, sondern über das Wie sprechen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort hat Frau von Treuenfels.

**Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Holster, ich weiß nicht, wo Sie das her haben, Sie haben ja gesagt, Sie hätten das nur bei der FDP gefunden.

(Lars Holster SPD: Im Wahlprogramm!)

Im Wahlprogramm, alles klar. Das hätten Sie gern zitieren können. Ich bin immer offen für Kritik, aber ich hätte gern die Quellenangabe gehabt. Es geht uns natürlich um die Kinder, wie allen anderen auch, aber die sind nun einmal in den Schulen.

Gleich zu Anfang, Frau von Berg, stehen in Ihrer Großen Anfrage zur Inklusion zwei Sätze, die es verdienen zitiert zu werden – ich zitiere –:

"In der letzten Legislaturperiode wurde es versäumt, ein schlüssiges Gesamtkonzept für die Umsetzung des § 12 HmbSG zu erarbeiten und die notwendigen haushaltsrechtlichen Schritte zu initiieren."

Weiter.

"Auch Fortbildungs- und Unterstützungsangebote sind nicht in ausreichendem Umfang und mit der erforderlichen Passgenauigkeit geschaffen worden."

– Zitatende.

Verehrte Kollegen von der GAL und der CDU, ich kann es leider nicht lassen und muss es noch einmal sagen: Was wir heute diskutieren, hätte vor mehr als zwei Jahren, nämlich 2009, im Detail geregelt werden müssen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Das ist kein Beschimpfen einer Fraktion. Das war ein schwerer Fehler und Sie haben damit wirklich Schaden angerichtet, das kann ich nicht anders

sagen. Dieses schwere Versäumnis von Schwarz-Grün ist der Grund dafür, dass Schulleiter heute Brandbriefe schreiben, in denen sie sich über nicht funktionierende Inklusion beschweren, dass Eltern schwer verunsichert sind und Lehrer wie Schüler sich nicht selten sehr überfordert fühlen.

Meine Damen und Herren! Wir müssen daraus alle miteinander die Erkenntnis ziehen, dass derart grundlegende Veränderungen nicht über's Knie gebrochen werden dürfen. Keine UN-Konvention und auch kein falsch verstandenes, hektisches Gutmenschentum dürfen unsere Kinder und Lehrer derart unvorbereitet zurücklassen. Immerhin scheint bei Ihnen, verehrte Kollegen von der Union, diese Erkenntnis angekommen zu sein. Ihr Antrag zur Umsetzung der Inklusion basiert offenbar auf dieser Erkenntnis, die wir teilen und die Ihnen zeitweise anscheinend verloren gegangen war, eine Erkenntnis, die GAL und DIE LINKE heute immer noch nicht gewonnen haben. Nämlich, dass nicht alle Kinder gleich sind, sondern unterschiedlich, und dass auch nicht alle Behinderungen gleich sind, mit allen muss unterschiedlich umgegangen werden. Ein gehörloses Kind, ein Schüler mit einer Körperbehinderung, Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Sprachverzögerung – sie haben alle grundsätzlich sehr verschiedene Bedürfnisse an ihre individuelle Förderung.

Deshalb brauchen wir eine Wahlmöglichkeit zwischen Inklusion und Sonderschule, eine fachliche Begutachtung jedes einzelnen Kindes und eine darauf aufbauende Ressourcenzuweisung. Das gilt für Lehrer und Sonderpädagogen, aber auch für zusätzlich notwendige Räumlichkeiten; daran hapert es jetzt schon. Wir Liberale unterstützen diese differenzierte Position nachhaltig bis hin zu den in Ihrem Antrag aufgelisteten Folgen für Rechenschaftssystem oder Lehrerbildung.

Ein Anspruch auf Inklusion ist nicht gleichzeitig eine Verpflichtung. Eltern müssen die Wahlfreiheit haben, ob sie ihre Kinder an einer allgemeinbildenden oder an einer speziellen Förderschule anmelden möchten. Die Wahlfreiheit der Eltern ist einer der zentralen Punkte, ein anderer betrifft die Umsetzung. Allgemeinbildende Schulen sollten sich, zumindest in der Anfangsphase der Umsetzung, auf bestimmte Förderschwerpunkte spezialisieren dürfen. Nur so kann allen Kindern, die eine besondere Förderung benötigen, diese auch zukommen.

(Beifall bei der FDP)

Keine Förderung nach dem Gießkannenprinzip, sondern ausgerichtet auf die individuellen Bedürfnisse aller Schüler.

Meine Damen und Herren! Der vorliegende SPD-Antrag ist natürlich grundsätzlich unterstützenswert, er bleibt allerdings in den meisten Punkten etwas allgemein. Lehrerfortbildung ist eine Grundvoraussetzung, um Inklusion überhaupt umsetzen

**(Anna-Elisabeth von Treuenfels)**

zu können. Das ist das Mindeste, was wir erwarten können. Es ist aber nur eine der Voraussetzungen für die erfolgreiche Inklusion. Ressourcenverteilung nach dem Gießkannenprinzip und ein bisschen Fortbildung für die Lehrer – das reicht bei Weitem nicht aus. Wir brauchen eine Differenzierung, besonders vor dem Hintergrund der verfahrenen Situation. Wie Sie die nun auflösen wollen, verehrter Herr Senator Rabe, wollen Sie uns erst 2012 verraten. Bei allem Verständnis dafür, dass Sie auch in diesem Bereich der Schulpolitik das von Schwarz-Grün zerdepperte Porzellan aufräumen müssen – Sie lassen sich damit sehr viel Zeit, Zeit, die zu integrierende Kinder und schwer überforderte Pädagogen und verunsicherte Eltern nicht haben. Es gibt schon jetzt in Hamburg unterschiedliche Modelle. Die Vor- und Nachteile der bestehenden Modelle sind Ihnen seit Langem bekannt. Warum dauert es so lange, bis Sie das grundlegende Konzept endlich vorlegen? Eine Diskussion ohne Diskussionsgrundlage können wir nicht akzeptieren, sie ist nicht zielführend. Es wäre gut, wenn Sie sich auch hier das von der CDU formulierte und von uns Liberalen unterstützte Ziel zu eigen machen würden und noch in diesem Jahr ein Konzept vorlegen würden. Unsere mehr als 160 000 Schüler in allgemeinbildenden Schulen und erst recht die 8000 Kinder mit Förderbedarf würden es Ihnen danken. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl CDU*)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Heyenn.

**Dora Heyenn DIE LINKE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dass bei diesem Tagesordnungspunkt drei Drucksachen vorliegen, hat einen Grund. Inklusion ist ein virulentes Thema in den Hamburger Schulen und so wie zurzeit der Paragraph 12 umgesetzt wird, geht es nicht. Ich weiß nicht, welche Erfahrungen Sie haben, Herr Holster, wir bekommen stapelweise Beschwerden von Eltern, Lehrern und von Schulen, dass alle überfordert sind und es überhaupt nicht gut läuft.

(Beifall bei *Karin Prien* und *Dr. Walter Scheuerl, beide CDU*)

Ich danke für den Beifall von der Seite.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Unverhofft kommt oft!)

Die SPD hat in diesem Zusammenhang einen Antrag zur Fortbildung eingebracht. Auch die Fraktion DIE LINKE ist der Auffassung, dass Lehrerinnen und Lehrer in inklusiver Pädagogik und auch im inklusiven Unterrichten gefördert und eingeführt werden müssen. Dies muss auch Bestandteil von Studium und Referendariat sein. Der Antrag der SPD hat allerdings einen Haken. Sie wollen nichts dafür

ausgeben. Es ist in Ihrem Antrag davon die Rede, dass – ich zitiere –:

[...] kurzfristig erhöhte Fortbildungsbedarfe [...] im Rahmen der vorhandenen Ressourcen [erfolgen sollen]."

Das wird nicht funktionieren. Bei mehr als 2000 inklusiv beschulten Kindern in den Schuljahren eins, zwei, fünf und sechs gibt es, so die Schätzung der Experten, über 1000 Pädagogen, die eine intensive Fortbildung benötigen. Die Inklusion ist zurzeit die große Herausforderung im hamburgischen Schulsystem. Eines ist klar, sie kann nicht kostenneutral umgesetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Neben der Fortbildung benötigen die Schulen Unterstützung, das haben Sie auch gesagt, Herr Holster, und bei der Unterrichts- und Schulentwicklung muss es in Richtung inklusive Schule gehen. Auch dies ist kostenneutral nicht möglich. Hinzu kommt noch, dass wir eine innere Schulreform haben, nämlich individualisiertes Lernen, für das die Lehrerinnen und Lehrer fortgebildet werden müssen und wollen. Es sind erhebliche Mittel für das LI nötig. Die Politik des SPD-Senats führt dazu, wenn Sie das so machen, wie Sie es angekündigt haben und wie es auch aus dem Antrag zu ersehen ist, dass die Inklusion an Hamburger Schulen scheitern wird zulasten der Kinder, der Eltern und der Lehrer.

Die Fraktion DIE LINKE wird in den Haushaltsberatungen deswegen einen Antrag einbringen. Wir werden den Antrag einbringen, die umstrittene Schulinspektion zu streichen und die dafür freiwerdenden Mittel in Höhe von 2 Millionen Euro in die Lehrerfortbildung speziell für Inklusion zu stecken, damit wir eine Fortbildung haben, die auch ihren Namen verdient.

Der CDU-Antrag stellt unserer Auffassung nach eine Verhinderung der Inklusion dar. Das macht folgender Punkt Ihres Antrags deutlich.

"Auch für Schülerinnen und Schüler mit sozial-emotionalem Förderbedarf gilt es, eine Beschulung auf Zeit in den Bildungs- und Beratungszentren sicherzustellen."

Wie soll diese Aussonderung sichergestellt werden? Damit noch nicht genug. Die CDU fordert darüber hinaus auch noch gesonderte Bildungspläne für Inklusionskinder. Das führt zur Aushöhlung des Paragraphen 12 des Schulgesetzes und verkehrt den Geist der UN-Behindertenkonvention genau ins Gegenteil. Mir ist aufgefallen, dass es der CDU vorrangig um den Erhalt ihrer Bildungs- und Beratungszentren geht und nicht um die Inklusion. Und, Herr Scheuerl, Inklusion ist kein Modewort. Inklusion ist eine gesellschaftliche Verpflichtung, die wir umsetzen müssen.

**(Dora Heyenn)**

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und bei *Christa Goetsch GAL*)

Von der Anfrage der GAL war auch schon die Rede. Sie hat viele Fragen gestellt, aber häufig hat sie keine Antworten bekommen. Der Senat hat zum Beispiel zu Themen wie Diagnoseverfahren, Förderpläne, Ressourcenzuweisung mit den Textbausteinen geantwortet, die wir alle kennen – ich zitiere –:

"Die Überlegungen der zuständigen Behörde hierzu sind noch nicht abgeschlossen."

Das finde ich angesichts der Problematik in den Schulen und mit dem Auftrag der Inklusion ungeheuerlich. Die Schulen wissen vor Problemen nicht wohin und der Senat überlegt, vielleicht. Das Einzige, was der Senat immer wieder hervorhebt, sind die 108 Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen. Die Kinder und Jugendlichen haben aber keinen erzieherischen und sozialpädagogischen Förderbedarf, sie haben einen sonderpädagogischen Förderbedarf. Außerdem werden diese Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen aus Geldern für das Bildungspäckchen finanziert, und diese Gelder stehen nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts den Kindern von Hartz-IV-Empfängern zu. Es ist also irgendwie völlig verplant.

Was die Schulen dringend benötigen, sind mehr Sonderpädagogen. Seit mehr als 20 Jahren hat Hamburg bundesweit eine Vorreiterrolle bei der Integration behinderter Schülerinnen und Schüler an den allgemeinbildenden Schulen. Mit den integrativen Regelklassen wird an 35 Grundschulen eine sonderpädagogische Frühförderung für behinderte und von Behinderung bedrohte Schülerinnen und Schüler gewährleistet. Diese Pädagogik wurde in der Vergangenheit in den Gesamtschulen erfolgreich weiterentwickelt und könnte jetzt an Stadtteilschulen weitergeführt werden. Das System der gemeinsamen Beschulung aller Kinder in integrativen Regelklassen und Integrationsklassen genießt international wie national hohe Anerkennung. Dafür steht insbesondere der engagierte Pädagoge Pit Katzer von der Erich-Kästner-Schule.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Frau Heyenn, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche, doch die Gespräche am Rande der Bürgerschaft sind entschieden zu viel und zu laut.

**Dora Heyenn DIE LINKE** (fortfahrend): Am 11. November findet im Schulausschuss eine Expertenanhörung zum Thema Inklusion statt und DIE LINKE hat Pit Katzer benannt auch als Vertreter der GEW. Heute, zwei Tage vor der Anhörung, hat sein Dienstherr Schulsenator Rabe ihm die Teilnahme untersagt.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Unglaublich!)

Dass ausgerechnet ein SPD-Senator den legendären Maulkorberlass von Frau Dinges-Dierig anwendet, ist wirklich unglaublich.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dr. Walter Scheuerl CDU, Christa Goetsch GAL* und *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Ich möchte an die Aktuelle Stunde vom 12. Mai 2004 erinnern, als Frau Dinges-Dierig mit der CDU diesen Maulkorberlass verfügt hat. Da hat die SPD-Abgeordnete Britta Ernst Folgendes gesagt – ich zitiere –:

"Dass über Schulpolitik kritisch diskutiert wird, ist in Hamburg ein ungeschriebenes Gesetz und steht über jeder Behördenverfügung.

[...] Der Maulkorberlass ist auch ein Anlass, diese Verfügung rechtlich zu überprüfen, denn sie verstößt gegen das Hamburgische Schulgesetz, das die Schulleitungen dazu ermächtigt, die Schule nach außen zu vertreten."

Der Senat schränkt mit dem Maulkorberlass nicht nur die beteiligten Experten ein, sondern auch die Rechte der Opposition. Zwei Tage vorher müssen wir gucken, wie wir neue Experten bekommen.

(Beifall bei der LINKEN, der FDP und bei *Anja Hajduk GAL*)

Der Abgeordnete Wilfried Buss hat in dieser Aktuellen Stunde 2004 gesagt:

"Hier sollen vor allem die Schulleiter zum Verstummen gebracht werden und dieser Erlass ist ein Zeichen des Misstrauens genau gegenüber den Pädagogen vor Ort, die mit den vielfältigen Problemen des Schulalltags fertig werden müssen und dabei gleichzeitig auch noch qualitätvollen Unterricht leisten sollen. Wer Misstrauen ausdrückt, der hat Angst. Sie, Frau Senatorin, haben offensichtlich Angst vor eigenen Fehlern, Sie haben aber vor allen Dingen Angst vor einer öffentlichen Diskussion über die Missstände und die Zukunft des Hamburger Bildungswesens."

In diesem Sinne frage ich: Wovor haben Sie eigentlich Angst, Herr Senator Rabe? Sie sind doch bei der Expertenanhörung anwesend. Warum wollen Sie die reichhaltigen Erfahrungen dieses Lehrers und auch des Lehrers von der Kielkoppelstraße in Bezug auf Inklusion, die sie dort direkt vor Ort erleben und bewältigen müssen, nicht anhören? Das verstehe ich nicht. Wenn Sie Kritik verbieten, werden Sie den Eltern, den Kindern, den Lehrkräften nicht gerecht werden.

**(Dora Heyenn)**

(Dirk Kienscherf SPD: Das wussten Sie aber auch!)

Wenn Sie eine kluge Entscheidung fällen wollen, dann kann ich Ihnen nur raten, die Ausladung in eine Einladung umzuwandeln. Wir als DIE LINKE werden jedenfalls im Auftrag der GEW Herrn Pit Katzer einladen, an der Anhörung teilzunehmen. Ich bin sehr gespannt, ob Sie auch der GEW verbieten, dass dieser Experte zur Anhörung kommt.

(Beifall bei der LINKEN, der FDP und bei Dr. Walter Scheuerl CDU und Christa Goetsch GAL)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Senator Rabe.

**Senator Ties Rabe:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor rund 20 Jahren haben in Hamburg Eltern, Lehrerinnen und Lehrer gesagt, es muss doch einen Weg geben, um zu vermeiden, dass Schülerinnen und Schüler auf die Sonderschule abgeschoben werden, Schüler, die ein Down Syndrom haben, Schüler, die schwer sprachgestört sind, Schüler mit Lernbehinderungen oder Schülerinnen und Schüler, deren IQ in der Tat wir bei Forrest Gump nicht an den Durchschnitt heranreicht. In den Neunzigerjahren haben diese Eltern zusammen mit der Politik in Hamburgs Schulen eine solche Möglichkeit eröffnet. Wir waren damals in ganz Deutschland bewunderter Spitzenreiter. Heute wissen wir, das war richtig, denn Wissenschaftler haben inzwischen genau diese Frage untersucht. Sie haben drei Antworten gegeben auf die Frage, ob dies eigentlich vernünftig sei.

Erstens: Schülerinnen und Schüler, die eigentlich bisher an der Sonderschule waren, lernen sogar besser, wenn sie mit Schülerinnen und Schülern zusammen lernen, die durchaus durchschnittlich oder sogar hochbegabt sind. Sie lernen besser als auf der Sonderschule.

Zweitens: Die anderen Schülerinnen und Schüler lernen aber dadurch nicht schlechter, sie lernen genauso gut wie vorher.

Drittens: Sie lernen sogar in einem Aspekt besser – das möchte ich Ihnen, Herr Scheuerl, noch einmal ausdrücklich sagen –, nämlich beim sozialen Miteinander. Hier haben sie Kinder, um die sie sich kümmern müssen, auf die sie Rücksicht nehmen müssen und mit denen sie anders umgehen als mit normalen Gleichaltrigen. Also haben auch die Begabteren sehr große Vorteile davon – ich darf es so lax formulieren. Deshalb wissen wir heute, dass es richtig war.

Dieser Senat wird die große Aufgabe anpacken und die Regeln so aufstellen, dass der gemeinsame Unterricht in Zukunft an allen Hamburger Schulen möglich ist.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir diese Aufgabe jetzt anpacken wollen, dann spare ich mir einen Rückblick auf die letzten zehn Jahre und möchte lieber mit Ihnen gemeinsam schauen, wo wir augenblicklich stehen.

Dieses Haus hat sich in der letzten Legislaturperiode von ganz links bis ganz rechts einstimmig darauf geeinigt – das möchte ich gerade der CDU in Erinnerung rufen –, die allgemeinbildenden Schulen zu öffnen und den Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu sagen, dass sie willkommen sind und gut beschult werden. Diese richtige Entscheidung von damals gilt es in der neuen Legislaturperiode umzusetzen und sie nicht über Bord zu werfen. Das ist mein wichtigster Appell an dieses Haus: Lassen Sie uns gemeinsam das umsetzen, was wir in der letzten Legislaturperiode beschlossen haben. Jetzt ist es an der Zeit.

(Beifall bei der SPD)

Dabei sollten wir uns übrigens nicht bei unsinnigen Debatten verkämpfen; dieser kleine Schlenker sei mir gestattet.

Seit acht oder neun Jahren, vielleicht schon viel länger, ist es üblich, dass wir Expertenanhörungen im Schulausschuss durchführen. Es war immer ein ungeschriebenes und von allen respektiertes Gesetz, Experten einzuladen, aber nicht Experten in dem Sinne, dass jede Fraktion ihre Parteigänger, also Lehrer, benennt und sie dann alle aufeinander losgehen lässt, sondern Experten von Universitäten, von Verbänden und Gewerkschaften. Wir haben uns auch immer gemeinsam daran gehalten, Frau Heyenn, auch in der letzten Legislaturperiode. Ich war selbst Vorsitzender des Schulausschusses. Dieser Common Sense ist immer berücksichtigt worden.

Bevor Ihre Zwischenfrage kommt, die ich gern zulasse, Frau Heyenn, lassen Sie mich einen Punkt nennen, der die Zwischenfrage noch ein wenig modifizieren kann. Selbstverständlich können die von der FDP oder von der LINKEN nominierten Experten dort auftreten, aber nur wenn klar ist, für wen sie sprechen. Sie sprechen dort nicht als Behördenvertreter. Ich habe keine Lust, dass diese Hochpolitisierung der Behörde aus den letzten Jahren mit frischen Kräften fortgeführt wird und jede Fraktion ihre beliebigen Lehrer benennt, die sich dann alle dort verhalten. Wenn es dagegen die Möglichkeit gibt, dass die von Ihnen benannten Lehrer als Verbandsvertreter auftreten oder als Gewerkschaftsvertreter, dann können sie das gern. Das war immer Common Sense. Daran lasst uns arbeiten.

Es tut mir sehr leid, dass das Ganze so spät kommt, aber ich bin leider auch erst vor einem Tag mit dieser Frage von der Kanzlei konfrontiert worden. Deshalb sei mir dieser kurze Ausflug gestat-

**(Senator Ties Rabe)**

tet. Ich denke, wir schaffen das, Aufregung ist hier fehl am Platze.

Jetzt Ihre Zwischenfrage.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Ich merke schon, Sie beide können das fast ohne mich regeln. Jetzt kommt die Zwischenfrage von Frau Heyenn.

**Zwischenfrage von Dora Heyenn DIE LINKE:** Erst einmal muss ich richtigstellen, dass Pit Katzer kein Parteigänger unserer Partei ist. Das weise ich zurück.

(Senator Ties Rabe: Akzeptiert!)

Der zweite Punkt ist, dass wir einen Namen genannt haben, aber daraus ging nicht hervor, in welcher Funktion. Ich verstehe Sie jetzt so, dass als Vertreter der Gewerkschaft GEW Pit Katzer durchaus als Experte teilnehmen kann. Ist das so richtig?

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

**Senator Ties Rabe** (fortfahrend): Selbstverständlich. Dann haben wir das geklärt.

Wir bleiben bei der Frage, wie nun die Situation ist. Seit der Schulgesetzänderung ist Folgendes passiert: Man hat die Türen der allgemeinbildenden Schulen aufgerissen und den Schülern gesagt, dass sie, wenn sie bisher in der Sonderschule waren, zuhause kommen könnten, um das einmal biblisch auszudrücken. Was machen nun die Schüler? Sie kommen tatsächlich, viermal so viele wie bisher. Darüber sollten wir uns eigentlich freuen, denn tatsächlich stellt sich heraus – da haben Sie recht, Frau Heyenn –, dass die Schulen auf diesen Ansturm nicht vorbereitet sind.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

In den Schulen sind nämlich die Ressourcen in den letzten zehn Jahren eher nach dem Motto vergeben worden, dass die Schule, die so etwas gerade macht, ein paar Ressourcen bekommt, eine andere auch etwas bekommt, aber weitere zehn dann wieder nicht. Aber die Kinder interessiert es gar nicht, woher die Ressourcen kommen, sie klopfen da an, wo sie wohnen. Nun haben die einen riesiges Glück, weil sie in eine Schule kommen, die dies seit zehn Jahren macht und viel Personal an Bord hat. Die anderen dagegen klopfen an einer Schultür an und dort ist niemand, der sich mit ihnen beschäftigt und auch keine Erfahrung damit hat. Deswegen ist es jetzt unsere Aufgabe, für ein vernünftiges System zu sorgen, damit die Lehrerinnen und Lehrer, die diesen Bereich beherrschen, auch dort sind, wo die Schüler sind, und

nicht zufällig irgendwo, wohin die vorigen Regierungen sie einmal geschickt hatten. Dieses Konzept müssen wir jetzt auf den Weg bringen.

In einem ersten Schritt haben wir schon gehandelt, denn wir haben gesehen, welche Not an den Schulen herrscht. Deswegen hat diese Regierung 5 Millionen Euro in über 100 Stellen investiert, um zu helfen. Das war ein erster Schritt und das ist aller Ehren wert. Kein anderes Bundesland hat solche Ressourcen zur Verfügung gestellt, gerade für den Bereich Inklusion. Das zeigt, wie wichtig es uns ist. Deswegen war uns diese Sache 5 Millionen Euro und über 100 Stellen wert. Das kann man ruhig einmal anerkennen.

(Beifall bei der SPD)

Aber damit sind wir nicht am Ende. Jetzt müssen wir ein Konzept erarbeiten. Es tut mir leid, dass diese Debatte so früh stattfindet, aber wir hatten uns, auch in der Behörde, darauf verständigt, Ende November Eckpunkte zu präsentieren. Ich will aber trotzdem ein paar Punkte nennen, die mir wichtig sind bei einem zukünftigen Konzept.

Erster Punkt: Ich stehe zu dem Schulfrieden hier im Hause, weil ich gern alle mitnehmen möchte. Das bedeutet, dass ich das Wahlrecht der Eltern, die, wenn sie wollen, auch noch die Sonderschule wählen können, nicht anrühre. Selbstverständlich bedeutet dies, dass Eltern, wenn sie wollen, ihre Kinder auch auf die Sonder- und Förderschulen schicken können. Dieses Wahlrecht ist der eine Eckpunkt, der bleibt.

Der nächste Eckpunkt: In Zukunft müssen die zusätzlichen Lehrer, die man dafür braucht, dort sein, wo die Kinder sind, und nicht zufällig dort, wohin die bisherigen Regierungen sie einmal verteilt haben. Das bedeutet jedoch, dass wir gemeinsam mutig sein müssen und umverteilen. Ich kann natürlich nachvollziehen, dass dort, wo jetzt sehr viele Lehrer sind, gesagt wird, dieses hohe Niveau – ich übertreibe ein wenig, drei Lehrer auf drei Schüler – müsse jetzt auf ganz Hamburg bezogen werden. Aber wer so denkt, fährt die Inklusion an die Wand, weil wir auch schauen müssen, wie wir dies unter den bisherigen Gegebenheiten schaffen. Deswegen gilt es hier, fair zu verteilen, und zwar dorthin, wo die Kinder sind. Das werden wir sicherstellen.

Wir werden noch etwas sicherstellen. In den nächsten Jahren kommen immer mehr Kinder, die von den Förderschulen weggehen hin zu den allgemeinbildenden Schulen. Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass auch in Zukunft genügend Ressourcen vorhanden sind. Das ist nicht so leicht, denn in den Sonderschulen braucht man zwar weniger Lehrer, aber diese Menge reicht nicht, um den Aufwuchs an den allgemeinbildenden Schulen sicherzustellen. Also brauchen wir ein System, das nicht nur morgen funktioniert, sondern in den näch-

**(Senator Ties Rabe)**

sten drei Jahren ein zukunftssicheres System darstellt.

Nächster Punkt: Ich wünsche mir dabei eine gemeinsame Kraftanstrengung, die jedoch schwierig werden wird. Ich sage noch einmal ganz klar, dass wir 5 Millionen Euro zusätzlich investiert haben, aber jetzt müssen wir auch versuchen, dies durch Umschichtung im System so zu gestalten, dass es bei den Kindern optimal ankommt. Umschichtung heißt, dass mehr als die 5 Millionen Euro obendrauf unter den gegebenen Rahmenbedingungen schlicht nicht vermittelbar sind. Wir haben viele Probleme in der Stadt zu bewältigen und müssen schauen, wie wir das schaffen. Ich bin aber sehr zuversichtlich und komme hiermit zu einem der letzten Eckpunkte.

Ich verspreche, dass wir ein Förderkonzept auflegen, das in den Ressourcen über all das hinausgeht, was alle anderen westdeutschen Bundesländer für notwendig halten. Wir haben in dem Gutachten gelesen, dass es für ein Kind, das zusätzlich in der Klasse sei, vernünftig sei, eine Doppelbesetzung des Unterrichts im Umfang von drei bis sechs Stunden zu organisieren. So lautet die Meinung der Gutachter. Die meisten Bundesländer sagen, das sei die Obergrenze, wenn die Wissenschaftler drei bis sechs Stunden sagten, dann würden sie dies als zwei bis vier Stunden interpretieren. Wir hingegen werden das als Vorgabe nehmen und in unser Inklusionskonzept mit einarbeiten.

Was ist eigentlich mit dem bisherigen System? Die bisherigen Sonderschulen fürchten um ihre Zukunft, ihnen brechen die Schüler weg. Hier müssen wir in der Tat ansetzen und eine neue Form schaffen, die diesen Schulen eine Zukunft gibt, aber die auch respektiert, dass es nicht mehr so viele Schulen sein können. Das bedeutet selbstverständlich, dass es noch welche geben wird, aber nicht mehr wie jetzt 40, sondern mit Sicherheit deutlich weniger. So ein System müssen wir auch auf den Weg bringen, und ich wünsche mir dabei eine Zusammenarbeit der Förderschulen und der sogenannten REBUS-Beratungsstellen, denn sie haben ähnliche Kompetenzen und können in diesem Zusammenhang sicherlich ein stabiler Faktor sein.

Zum guten Schluss: Es muss sanft starten. Rin in de Kartüffeln, rut ut de Kartüffeln haben wir schon mehrfach gehabt. Ich würde gern einen Übergang erreichen, der nichts zerstört, was im Moment funktioniert. Das heißt, das System soll in Zukunft langsam von unten hochwachsen. Was jetzt da ist, wird dadurch nicht tangiert.

Ich denke, das sind vernünftige Eckpunkte. Ich habe sie mir nicht ausgedacht, sie gehen aus dem hervor, was wir gemeinsam in der letzten Legislaturperiode beschlossen haben. Ich wünsche mir sehr, dass wir dies ernst nehmen, was wir damals

gemacht haben, und dass wir es tatsächlich schaffen, diesen schwierigen Prozess weiterzugehen. Ich weiß, dass es schwierig ist, aber in den Neunzigerjahren hat man für unmöglich gehalten, was sich damals ein paar angeblich Verrückte ausgedacht haben. Sonderschüler an allgemeinbildenden Schulen, wie kann das klappen, hieß es damals. Aber es hat geklappt. Ich denke, diesen Optimismus sollten wir auch haben, wenn wir an diese Sache herangehen. Die Probleme sind lösbar und ich wünsche mir, dass wir uns bei den weitergehenden Beratungen und Anhörungen genau darum kümmern und unseren Konsens fortsetzen. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Die Abgeordnete Frau von Berg hat das Wort.

**Dr. Stefanie von Berg GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte kurz auf einige Punkte eingehen. Es geht nämlich um das Kindeswohl, das hier immer wie eine Monstranz vor sich her getragen wird. Es wird gesagt, dass die Sonderschulen unbedingt da sein müssten, damit das Kindeswohl nicht gefährdet sei. Deshalb müssen wir einmal gemeinsam den Begriff Kindeswohl definieren. Wer sich mit dem Thema auskennt, weiß, dass Kindeswohlgefährdung wirklich etwas damit zu tun hat, dass Leib und Leben gefährdet sind.

Auf einen zweiten Punkt möchte ich deutlich hinweisen – das hat auch Herr Rabe richtig gesagt –, nämlich dass die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf mehr und besser in den allgemeinen Schulen lernen. Deswegen ist dieses Kinderrecht auch so wichtig. Dies wurde durch verschiedene Studien nachgewiesen.

Frau von Treuenfels hat ein Zitat von mir gebracht; ich hätte gesagt, dass in der letzten Legislaturperiode das Konzept nicht vorgelegen habe. Das Zitat ist nicht von mir, sondern aus der Antwort der Behörde. Nicht, dass jemand denkt, ich würde meiner Vorgängerin vorwerfen, sie habe kein Konzept vorgelegt.

Frau von Treuenfels hat gesagt, dass wir alle Sonderschulen vorhalten müssten, damit diese heterogenen Kinder auch richtig gebildet werden können. Das ist ein falscher Schluss aus der Heterogenität von Kindern. Nicht die Kinder müssen sich der Schule anpassen, sondern die Schule passt sich dem Kind an. Das müssen wir gemeinsam stemmen, das ist sehr wichtig.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Einen letzten Appell noch einmal an Herrn Senator Rabe. Er sagte bereits, dass die Ressourcen umgesteuert werden müssten. Das hätte man natür-

**(Dr. Stefanie von Berg)**

lich auch schon zum 1. August machen können. Es ist einfach so, dass an vielen Sonderschulen sehr kleine Klassen sind und dass dort Lehrkräfte mit sehr kleinen Lerngruppen arbeiten. Das haben wir alles in verschiedenen Schriftlichen Kleinen Anfragen abgefragt. Ich hoffe sehr, dass dann zum nächsten Schuljahr das ganze pädagogische Personal umgesteuert wird, sodass die allgemeinbildenden Schulen tatsächlich vernünftig ausgestattet werden. Da ist im Sommer einiges verpasst worden, aber es wird immerhin nachgebessert.

Ich kenne die Argumente, dass Inklusion bei einigen Kindern gar nicht funktioniere. Ich sagte vorhin schon, dass es tatsächlich Ausnahmen gibt oder zumindest Behinderungen, bei denen man sehr gut überlegen muss, wie man mit diesen Kindern umgeht, und sie brauchen auch mehr Ressourcen. In Zahlen ausgedrückt: Es gibt in den Klassen 1 bis 10 in ganz Hamburg genau 80 gehörlose Kinder. Es gibt darüber hinaus noch etwa 200 Kinder, die schwerhörig sind. Wir reden von sehr kleinen Zahlen, von 159 Kindern mit schwersten Mehrfachbehinderungen. Das sind alles Kinder, über die man sagt, das funktioniere mit ihnen nicht. Auch wir in der Partei führen diese Diskussion, aber wir reden tatsächlich von Ausnahmen. Wir müssen uns mit dem Gros der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf beschäftigen, das wird unsere Aufgabe sein. Die Schule muss sich den Kindern anpassen und nicht umgekehrt. – Danke.

(Beifall bei der GAL)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Frau von Treuenfels, Sie haben das Wort.

**Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Rabe, Sie haben es mir leicht gemacht, denn Sie haben den Schlenker eingebaut. Ich hätte es Ihnen sonst persönlich gesagt. Dennoch möchte ich Ihnen sagen, dass ich dies für eine Beschränkung, geradezu eine Beschneidung der parlamentarischen Rechte der Opposition halte, wenn Sie uns sagen,

*(Dirk Kienschert SPD: Was? Fragen Sie mal Ihren Kollegen!)*

wir könnten unsere Experten nur danach aussuchen, ob sie eventuell in einer Gewerkschaft oder in Verbänden seien. Wenn wir Lehrer haben, die wir benennen wollen und die über ihre Basisarbeit sprechen wollen, dann können Sie uns nicht sagen, sie dürften nur dann sprechen, wenn sie entweder in einer Gewerkschaft oder in einem Verband sind. Das geht überhaupt nicht.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Vielleicht sind die ja FDP-Mitglieder!)*

– Sie sind keine FDP-Mitglieder, tut mir leid, damit kann ich gerade nicht dienen.

Ich möchte Sie wirklich auffordern, von diesem ungeschriebenen Gesetz eine Ausnahme zu machen und die beiden zuzulassen. – Ich danke Ihnen.

*(Beifall bei der FDP und bei Dr. Walter Scheuerl CDU)*

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Frau Prien, Sie haben das Wort.

**Karin Prien CDU:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn es zwei Lehren gibt, die man aus den bildungspolitischen Irrungen und Wirrungen der letzten Legislaturperiode ziehen kann, dann ist die eine, dass Ideologie der bildungspolitischen Debatte und auch der bildungspolitischen Gestaltung unserer Stadt nicht gut tut.

Die zweite ist, dass man, so wünschenswert bestimmte Dinge auch normativ sein mögen, sie erst regeln darf, wenn man dafür die erforderlichen tatsächlichen und personellen Voraussetzungen geschaffen hat. Genau hierin liegt das Problem unserer heutigen Debatte.

*(Beifall bei der CDU)*

Sie haben recht, Frau von Treuenfels, die für die Bildungspolitik Verantwortlichen der letzten Legislaturperiode haben zwar mit Zustimmung dieses Hauses Paragraf 12 eingeführt. Das war auch richtig und dazu bekennen wir uns ausdrücklich. Verabsäumt wurde aber, rechtzeitig die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen.

Die UN-Konvention, zu der wir uns ausdrücklich bekennen, gebietet geradezu, sich ausschließlich am Kindeswohl zu orientieren und mit einem realistischen und belastbaren Konzept eine sukzessive Umsetzung unter Berücksichtigung der Belange sowohl der behinderten als auch der nicht behinderten Kinder zu ermöglichen. Nichts anderes fordern wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion mit unserem Antrag.

Frau von Berg, versuchen Sie bitte nicht den Eindruck zu erwecken, als gäbe es nach der UN-Konvention nur den einen und einzigen Weg der Umsetzung. Auch für die Inklusion gilt – und darüber sind sich die Bildungsminister der Kultusministerkonferenz einig –, dass es viele Wege gibt, die nach Rom führen.

Herr Rabe, wenn Sie sich damit rühmen, nun an die 5 Millionen Euro zusätzlich an Mitteln zur Verfügung zu stellen, dann sagen Sie doch bitte auch dazu, dass es sich hierbei nicht um 5, sondern um 4,8 Millionen Euro handelt und auch um die Gelder aus dem Bildungs- und Teilhabepakt, die eigentlich in dieser Debatte gar nichts zu suchen haben.

*(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)*

**(Karin Prien)**

Es geht hier nicht um Sozialromantik oder um Gleichheitsfantasien, sondern es geht um die konkrete Umsetzung, die allen Kindern, behindert oder nicht behindert, mehr Chancengerechtigkeit und mehr Teilhabe gewährleistet.

Ein solches Gesamtkonzept fehlt aber, das haben auch Sie, Herr Senator, eingeräumt, und deshalb müssen wir diese Debatte heute führen.

Die CDU stellt selbstverständlich keineswegs die Inklusion infrage, sondern bekennt sich ausdrücklich dazu. Aber wir machen hierzu einen konkreten Umsetzungsvorschlag. Wenn Sie einmal in andere Bundesländer schauen, etwa nach Berlin, wo auch bis vor Kurzem ein rot-roter Senat regierte, dann sehen Sie, dass es da so etwas gibt. Es gibt dort ein Gesamtkonzept zur Umsetzung, das eine sukzessive und schonende Umsetzung vorsieht. Nichts anderes fordern wir auch für Hamburg.

Unser konzeptioneller Beitrag versucht, einen Weg dorthin zu weisen. Was mich wirklich ärgert, ist, dass die wirklich hervorragende Arbeit an den Hamburger Sonderschulen in dieser Weise vor diesem Hohen Haus diffamiert wird.

Bei allen normativen Wunschvorstellungen lässt sich nicht wegdiskutieren, dass unsere Kapazitäten an qualifiziertem, sonderpädagogischem Fachpersonal begrenzt sind. Zum Wohle jedes einzelnen Kindes bedarf es aber – und daran halten wir fest – einer personellen Ressourcenausstattung. Eine pauschale, systemische Ressourcenausstattung hingegen kann es nur zusätzlich und insbesondere nicht nach dem Gießkannenprinzip geben.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sind wir der Auffassung, dass wir zumindest vorübergehend eine Bündelung von Ressourcen an bestimmten allgemeinbildenden Schulen brauchen werden. Wenn Sie, sehr geehrter Herr Rabe, in Ihrem Schulentwicklungsplan, den wir für nicht beratungsfähig halten, nicht einmal das Problem der sonderpädagogischen Förderung erwähnen und hier keinerlei Regelungen vorsehen, dann ist das ein Armutszeugnis.

Die individuelle Diagnostik zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs behinderter Kinder in ihrer ganzen Komplexität muss in vollem Umfang erhalten bleiben, denn auch hier gilt, dass das Wohl des einzelnen Kindes Ausgangs- und Endpunkt unserer Überlegungen sein muss.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben vor wenigen Wochen die Notwendigkeit einer intensiven frühkindlichen Sprachförderung diskutiert. Wir waren uns über die Fraktionen hinweg einig, dass dies ein wesentlicher Schlüssel der Bildungspolitik ist. Dies gilt natürlich auch in besonderem Maße für behinderte Kinder. Wir sind deshalb ausdrücklich der Auffassung, dass wir im

Rahmen der Viereinhalbjährigen-Untersuchungen Beratungslehrer und Sonderpädagogen stärker mit einbeziehen müssen, um für diese Kinder möglichst frühzeitig die Chancen auf eine gute Lebens- und Teilhabeperspektive zu erhöhen.

Schließlich gilt noch etwas anderes. Wir neigen dazu, die bildungspolitischen Vorstellungen der einen oder anderen Koalition immer wieder gern auf dem Rücken der Lehrerinnen und Lehrer auszutragen. Das, was wir uns so ausdenken, müssen schließlich die Lehrerinnen und Lehrer – am besten mit einigen wenigen Stunden Fortbildung, die es dann aber nicht zusätzlich gibt, sondern die im Rahmen der vorhandenen Ressourcen geleistet werden sollen – dann alles umsetzen. Wir sind gerade erst bei der Umsetzung des individuellen Lernens, und jetzt sollen die Lehrerinnen und Lehrer ohne entsprechende Fortbildung das Ganze schultern. Das halte ich für außerordentlich fragwürdig. Deshalb ist ein umfassendes Fortbildungs- und Ausbildungskonzept im Bereich der Sonderpädagogik für alle Lehrerinnen und Lehrer unbedingt erforderlich.

(Beifall bei der CDU)

Es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit, das Thema Inklusion nicht erneut zu einem ideologischen Schlachtfeld längst überholter bildungspolitischer Debatten zu machen. Wir sind gefordert, ein konkretes und dem Wohl jedes einzelnen Kindes gerecht werdendes und belastbares Umsetzungskonzept zu entwickeln.

Wir als CDU-Fraktion haben versucht, mit unserem Antrag einen Beitrag dazu zu leisten, und wir freuen uns auf eine entsprechend sachliche Debatte im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/1967 an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich über den Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/1967 in der Sache abstimmen. Die FDP-Fraktion möchte die Ziffer 2 a) dieses Antrags separat abstimmen lassen.

Wer möchte nun den SPD-Antrag aus Drucksache 20/1967 mit Ausnahme der Ziffer 2. a) annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das soweit angenommen.

Wer möchte nun Ziffer 2. a) beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Ziffer angenommen.

**(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)**

Wer stimmt nun einer Überweisung der Drucksachen 20/1945 und 20/1716 an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so angenommen.

Ich rufe Punkt 24 der Tagesordnung auf, das ist die Drucksache 20/1793, Antrag der CDU-Fraktion: Erfassung von WLAN-Nutzerdaten durch Google und erneute Erfassung von Daten durch Konkurrent Bing.

**[Antrag der CDU-Fraktion:  
Erfassung von WLAN-Nutzerdaten durch Google und erneute Erfassung von Daten durch Konkurrent BING.  
– Drs 20/1793 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung überweisen.

Bevor ich jetzt Frau Spethmann das Wort erteile, bitte ich darum, dass die Abgeordneten sich ein bisschen sortieren. Wer hinausgehen will, geht schnell hinaus. Ansonsten setzen Sie sich doch hin und hören der Kollegin zu. Das würde die Sache erleichtern. – Frau Spethmann, Sie haben das Wort.

**Viviane Spethmann** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es geht um einen Sachverhalt, der im letzten Jahr hochgekommen ist. Es geht um die Internetsuchdienste Google und Bing und vielleicht noch um andere. Diese erstellen mit Kamerafahrzeugen Aufnahmen von Straßen und Häusern. Die Nutzer des Internets freuen sich darüber. Google Maps ist beliebt und auch die Ansicht von Häusern ist durchaus von Interesse.

Nur konnte man leider feststellen, dass diese Internetsuchdienste etwas über das Ziel hinausschießen. Sie sammeln aus WLAN-Daten die Netzdaten. Sie haben damit offenbar gegen eine Reihe von straf- und datenschutzrechtlichen Vorschriften verstoßen. Leider musste man auch feststellen, dass es manche Vorschriften in diesem Bereich noch gar nicht gibt, die erforderlich wären.

Es ist nicht hinnehmbar, dass immer mehr Internetsuchdienste ihre Fahrten durch deutsche Gemeinden fortsetzen und immer mehr Daten sammeln und immer mehr WLAN-Netze kontrollieren. Hier müssen wir feststellen, dass das auf Dauer so nicht hingenommen werden kann.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GAL*)

Auch internationale Konzerne, die in Deutschland agieren, können nicht im rechtsfreien Raum agieren. Es ist für Anwohner nicht erkennbar, wie viele und welche Daten zu welchem konkreten Zweck

bei diesen Fahrten erfasst werden. Der Senat muss sich dafür einsetzen, dass personenbezogene WLAN-Daten geschützt werden. Auch die Öffentlichkeit muss über rechtliche Möglichkeiten der Erfassung informiert werden. Hier darf keine Unklarheit bestehen.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GAL*)

Das war erst durch Zufall zu erfahren, und das nur, da die Datenschützer sehr aktiv geworden sind. Tatsächlich wurden WLAN-Netze mit Namen erfasst. Teilweise werden sie mit persönlichen Namen bezeichnet. Zum Teil wurde sich damit herausgeredet, dass das deutsche Recht gar nicht anwendbar sei und die Konzerne im Ausland säßen. Trotzdem sind das Verstöße gegen den Datenschutz. Ich glaube, hier müssen wir alle daran wirken und eindrucksvoll aufzeigen, dass diese sensiblen Daten so nicht einfach gesammelt werden dürfen und dass hier die notwendige Aufmerksamkeit aufgebracht werden muss.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GAL*)

Merkwürdig ist es schon, dass dem Staat jegliches Ermittlungsinstrument gestrichen wird, die Privatwirtschaft hingegen hemmungslos Daten sammelt. Hier müssen wir alle eine gewisse Sensibilität aufbringen und auch auf Bundesebene agieren. Seit einem Jahr wird zwar viel diskutiert, aber es tut sich nicht viel. Auch darauf kann unser Appell hinwirken.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GAL*)

Wir fordern, dass Online-Dienste den Schutz der Privatsphäre einhalten müssen. Der Senat möge hier aktiv werden. In Berlin wird viel von Selbstregulierung gesprochen. Auch hier fasse ich meine eigene Partei auf Bundesebene kritisch ins Auge und denke, dass Selbstregulierung allein nichts bringt. Hier müssen effektive Vorschriften her. Lasst uns da gemeinschaftlich aktiv werden. – Danke.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GAL*)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Schmidt, Sie haben das Wort.

**Hansjörg Schmidt** SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Internet würde man diesen Antrag mit FUD bezeichnen. Das heißt Fear, Uncertainty and Doubt. Auf Deutsch gesagt bedeutet es, dass es Propaganda ist, um Angst, Unsicherheit und Zweifel hervorzurufen.

Die CDU will ein wenig suggerieren, dass sie etwas für den Datenschutz täte. In Wahrheit wird mit dem Antrag eine alte Geschichte aufgewärmt, ein

**(Hansjörg Schmidt)**

Sachverhalt, der über ein Jahr alt ist. Man hat das Gefühl, die CDU sucht krampfhaft nach einem Thema für einen Antrag.

(Beifall bei der SPD)

Fakt ist: Google hat WLANs gescannt und – wie das Unternehmen sagt – versehentlich Daten unverschlüsselter Netze aufgezeichnet. Diese Daten wurden gelöscht. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nach wie vor und wir sind alle gespannt, wie dieses Verfahren ausgeht. Aber wie gesagt: Die Geschichte ist jetzt ein Jahr alt, die Welt hat sich seitdem weitergedreht. Google will in Zukunft eine Opt-Out-Lösung anbieten;

(*Roland Heintze CDU: Was?*)

wir sind gespannt, wie die aussehen wird.

Fakt ist aber auch – und jetzt kommen wir zu dem eigentlichen Thema Ihres Antrags, in dem es an und für sich um Microsoft Bing geht –, dass Microsoft anders vorgeht als Google. Es gibt eine sehr umfangreiche Fragen- und Antwort-Seite, die man sich einmal anschauen sollte. Dort wird klargestellt, dass Microsoft dem Datenschutzkodex für Geodatenschutzdienste beigetreten ist. Für Hamburg gibt es noch nicht einmal einen Fototermin. Vorab wurde eine Einspruchsmöglichkeit vorgesehen, die mittlerweile von rund 80 000 Haushalten genutzt wurde. Bei Google wurde noch über 240 000-mal Einspruch eingelegt. Das zeigt auch, dass die Diskussion etwas heruntergekocht wurde.

Fakt ist auch, dass Microsoft bekannt gegeben hat, dass die WLAN-SSIDs, also die Benennung der WLANs, nicht mit aufgezeichnet werden. Es wird nur die MAC-Adresse aufgezeichnet,

(*Viviane Spethmann CDU: Wer kontrolliert das?*)

die am Ende nur der Provider einem Haushalt zuordnen kann, und noch hat Microsoft weder die Telekom, Hansenet oder ähnliche aufgekauft.

Ich bin kein Unternehmenssprecher, ich mahne an dieser Stelle nur, die Themen mit Sachverstand zu betrachten und sich einmal die Faktenlage anzuschauen. Das wäre mein Ratschlag an die CDU.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU stellt in ihrem Antrag nur Forderungen, die auf Bundesebene zu regeln sind. Schauen wir uns doch einmal die Situation an: Während Innenminister Friedrich das Ende der Anonymität im Internet fordert, wurde von ihm eine gesetzliche Regelung von Geolocation-Diensten abgelehnt. Mit anderen Worten: Öffentliche WLAN-Namen sollen weiterhin öffentlich sein und Nutzer in Foren sollen nur noch mit ihren Klarnamen auftreten. Den Widerspruch merkt jeder selber, oder?

(*Olaf Ohlsen CDU: Erzähl mal!*)

Liebe Kollegen der CDU! Wenn Sie Probleme mit der CDU-Netzpolitik haben, kann ich das durchaus verstehen, aber dann gehen Sie nach Berlin und regeln das dort mit Ihren eigenen Leuten. Das ist der Ort, wo dieses Thema hingehört. – Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Herr Müller, Sie haben das Wort.

**Farid Müller GAL:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Schmidt, was für eine bräsigere Rede zu so einem wichtigen Thema.

(Beifall bei der CDU und bei *Antje Möller GAL*)

Wo sitzt denn Google? – Mit seinem Hauptsitz in Hamburg. Wo sitzt Facebook? – In Hamburg. Wo finden die Auseinandersetzungen statt über die Frage, wie diese großen Unternehmen mit den Daten der Bürgerinnen und Bürger umgehen? – In Hamburg und in Schleswig-Holstein. Berlin ist wichtig, Impulse aus Hamburg aber auch.

(Beifall bei *Antje Möller GAL* und vereinzelt bei der CDU)

Man kann die Bundesparteien immer prügeln – da würde uns bei Ihrer Partei auch das eine oder andere einfallen und vielleicht auch bei unserer eigenen Partei das eine oder andere –, aber wir sind hier in Hamburg. Der Antrag der CDU, im Petitum zwar noch sehr allgemein gehalten, wäre es allemal wert gewesen, im Unterausschuss Datenschutz diskutiert und weiterentwickelt zu werden.

(Beifall bei *Antje Möller, Dr. Till Steffen, beide GAL* und der CDU)

Ich finde es sehr bedauerlich, dass wir als selbsternannte Internethauptstadt uns dieses Themas nicht annehmen. Wir wissen alle, dass der Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, Herr Professor Dr. Caspar, bei diesem Thema sehr engagiert ist und die Staatsanwaltschaft nur ermittelt, weil er an diesem Thema dran war. Er wäre auch im Unterausschuss ein sehr guter Ratgeber gewesen, um diese Initiative so weiterzuentwickeln, dass der SPD-Senat – wenn er schon selber nicht weiß, was zu machen ist – gut gebrieft gewesen wäre.

Der Vorgängersenate hat eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, genau aus dem Sachverhalt heraus, dass es noch Lücken im Bundesdatenschutzgesetz gibt. Auch im Strafgesetzbuch gibt es Lücken, weil das eine neue Variante von Computerkriminalität ist. Manche sagen sogar – und ich würde dem nicht widersprechen –, es sei elektronischer Hausfriedensbruch, was da passiert. Die Art, wie die SPD als Mehrheitsfraktion damit umgeht, ist nicht nur bräsig, sondern auch igno-

**(Farid Müller)**

rant. Wir als Hamburger Parlament sollten Stellung beziehen, wenn es der SPD-Senat schon nicht tut. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbe**l: Herr Ritter, Sie haben das Wort.

(*Dietrich Wersich CDU*: Lass uns doch gleich abstimmen! – Glocke)

Meine Damen und Herren, der Abgeordnete Ritter hat das Wort.

**Finn-Ole Ritter** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor drei Jahren – ich will wieder etwas zum Thema sagen, nachdem der Abgeordnete Müller recht wenig dazu gesagt hat – hat das Unternehmen Google damit angefangen, Straßenzüge in ganz Deutschland abzufahren und zu fotografieren. Daraus wurde nach und nach der frei zugängliche, virtuell begehbare Online-Stadtplan der zwanzig größten deutschen Städte, der weithin unter dem Namen Google Street View bekannt wurde. Im Frühjahr letzten Jahres erfuhr schließlich der Hamburgische Datenschutzbeauftragte, Herr Professor Caspar, dass die Street-View-Fahrzeuge nicht nur Bild-, sondern auch WLAN-Daten erfasst und kartografiert haben. Eine länder- und fraktionsübergreifende und im Sommer 2010 einstimmig beschlossene Bundesratsinitiative zur Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes war die Folge. Dieser Gesetzentwurf ist im Bundestag noch nicht abschließend behandelt worden, da die Bundesregierung beabsichtigt, auch weitere Punkte der Entschließung des Bundesrats zu berücksichtigen, darunter den Verweis auf die Problematik der Funknetzdaten. Auf den entsprechend ergänzten Gesetzentwurf aus dem Hause des CSU-Bundesinnenministers Friedrich warten wir derzeit noch, hoffen aber auf baldige Lieferung; soviel zu Berlin.

Dass Klärungs- und Handlungsbedarf besteht, zeigt sich nicht nur am letztjährigen Beispiel Google; auch Microsoft hat in diesem Jahr begonnen, mit Hilfe des Unternehmens NAVTEQ Aufnahmen für einen eigenen virtuellen Stadtplan mit Namen Streetside zu erstellen. Auf der Website des Projekts kann man nachschauen, wann die Aufnahmefahrzeuge durch welche Stadt fahren. Hamburg wird dabei nach aktuellem Stand bis Jahresende 2011 noch nicht angesteuert. Dennoch – beziehungsweise gerade deswegen – sollte zeitnah durch den Senat überprüft werden, inwieweit die Erfassung und Verbreitung von Daten privater WLANs datenschutz- und rechtskonform erfolgen kann. Microsoft gibt zwar zum Beispiel an, dass keine SSIDs, also Netzwerknamen, gespeichert werden sollen, aber dies wäre einer Prüfung und eines anschließenden Berichts durch den Landesdatenschutzbeauftragten wert.

(Beifall bei *Farid Müller GAL*)

Verstehen Sie mich nicht falsch, wir Liberale halten es für richtig und gut ...

(*Farid Müller GAL*: Ausschussbefassung!)

– Dazu komme ich noch. Wir haben leider noch nicht konstituiert; vielleicht äußert sich Herr Tabbert mal, wann er das vorhat.

Für uns Liberale gehört insbesondere dazu, dass die Menschen in diesem Land selber darüber entscheiden sollen, wofür sie ihre Daten hergeben. Ein gutes Beispiel dafür, wie es auch gehen kann, sind offene WLAN-Kartierungsprojekte wie OpenWLANMap, bei denen sich jeder freiwillig registrieren und seine Daten auch wieder löschen kann. Diese Verfahrensweise wäre unserem Verständnis nach deutlich begrüßenswerter als die automatische und ungefragte Datenerfassung durch gewerbsmäßig agierende Dritte. Allerdings kann auch jede Bürgerin und jeder Bürger mit ausreichend eigenen oder im Bekannten- und Freundeskreis zu findenden Technik-Kenntnissen selber etwas für den Datenschutz tun. Dazu sollte man das eigene WLAN nicht nur ausreichend passwortschützen, sondern auch die Sendeleistung des Routers auf das Nötigste reduzieren. Der beste Datenschutz des Alltags sind am Ende immer noch informierte und eigenverantwortlich handelnde Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der FDP)

Der Antrag geht an der eigentlichen Sicherheitsproblematik, nämlich der Kopplung der Geodaten mit den MAC-Adressen, absolut vorbei. Aus diesem Grund stimmen wir Liberale dem Überweisungsantrag der GAL zu, um das noch einmal fundiert und ausführlich im Ausschuss besprechen zu können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Christoph de Vries CDU* und *Antje Möller GAL*)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbe**l: Die Abgeordnete Schneider hat das Wort.

**Christiane Schneider** DIE LINKE: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Präsidentin! Es ist zu einem eigentlich ziemlich belanglosen Antrag schon einiges gesagt worden, deswegen werde ich mich auf einen Gesichtspunkt beschränken. Der Hamburgische Datenschutzbeauftragte hat nur eine halbe Stelle für das Informationsfreiheitsgesetz und die sozialen Netzwerke, ein Skandal, weil – das ist mehrfach genannt worden – in Hamburg drei große Internetkonzerne ansässig sind. Die personellen und finanziellen Ressourcen des Hamburgischen Datenschutzbeauftragten müssen erheblich erhöht werden, damit sich die Bürgerinnen und Bürger an ihn wenden können, um ihr Grund-

**(Christiane Schneider)**

recht auf informationelle Selbstbestimmung gegenüber den Konzernen zu verteidigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das hätte in der letzten Legislaturperiode vom CDU-GAL-Senat durchaus erfolgen können, Herr Müller, das muss ich Ihnen ausdrücklich sagen. Aber auch jetzt ist es noch nicht zu spät; wir sind sehr gespannt auf den Antrag der CDU zu den Haushaltsberatungen.

Es ist Fakt, dass Google auch Inhaltsdaten, sogenannte Payload-Daten, beim Ausspionieren der WLAN-Netze abgefangen hat, die nun in einem Datenzentrum in Belgien gespeichert sind.

(Glocke)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel** (unterbrechend): Frau Schneider, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Müller zu?

**Christiane Schneider** DIE LINKE: Ich hoffe, ich kann sie beantworten, Herr Müller.

**Zwischenfrage von Farid Müller** GAL:\* Frau Schneider, die Datenschutz- und Informationsfreiheitsstelle wurde aufgestockt mit einer Stelle, nicht wahr?

**Christiane Schneider** DIE LINKE (fortfahrend): Wir haben uns beim Datenschutzbeauftragten erkundigt und haben diese Auskunft erhalten, verbunden mit der Aussage, dass nicht die Gesetze das Problem sind – denn das ist bundesrechtlich geregelt –, sondern wie viel Man- und Womenpower zur Verfügung steht, um in einer globalisierten Welt das Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung gegenüber den Konzernen zu verteidigen.

Ich belasse es dabei. Wir werden dem Antrag nicht zustimmen, aber selbstverständlich einer Überweisung an den Ausschuss. Vielleicht kann man ihn noch ein bisschen verbessern, dass er nicht mehr gar so belanglos daherkommt. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel**: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/1793 an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer möchte den Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/1793 annehmen? – Gegenstim-

men? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 34 auf, das ist die Drucksache 20/1968, Antrag der SPD-Fraktion: Zweckbindung der Entflechtungsmittel in Hamburg für Verkehrsprojekte sicherstellen.

**[Antrag der SPD-Fraktion:  
Zweckbindung der Entflechtungsmittel in Hamburg für Verkehrsprojekte sicherstellen  
– Drs 20/1968 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/2100 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der CDU-Fraktion:  
Zweckbindung der Entflechtungs- und Regionalisierungsmittel für Hamburg sichern  
– Drs 20/2100 –]**

Wer wünscht hierzu das Wort? – Frau Koeppen.

(Glocke)

Meine Damen und Herren, können Sie sich bitte hinsetzen und der Abgeordneten zuhören? Das wäre schön.

Frau Abgeordnete, bitte.

**Martina Koeppen** SPD:\* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf den ersten Blick hört sich das Thema nicht sehr spannend an,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Auf den zweiten auch nicht!)

aber ein zweiter Blick lohnt sich. Insgesamt sprechen wir hier von Bundesfördermitteln in Höhe von fast 160 Millionen Euro, die Hamburg jährlich für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur vom Bund erhält. In Zahlen ausgedrückt: Nach einem prozentualen Schlüssel erhält Hamburg jährlich rund 29,7 Millionen Euro aus den Entflechtungsmitteln und rund 130 Millionen Euro von den Regionalisierungsmitteln. So wurden im Berichtsjahr 2010 aus den Mitteln des Entflechtungsgesetzes unter anderem folgende Maßnahmen finanziert: Bahnübergänge in Wandsbek, Umbau der Bürgerweide, Bau der Ortsumgehung Finkenwerder. Die Liste ließe sich noch beliebig lang ergänzen. Sie zeigt uns, wie wichtig diese Bundesmittel für die Verkehrsinfrastruktur in Hamburg sind. Diese Mittel sind gesetzlich aber nur bis zum Jahr 2013 gesichert. Gemäß der Revisionsklausel im Entflechtungsgesetz sollen Bund und Länder bis Ende 2013 gemeinsam prüfen, in welcher Höhe Beträge für den Zeitraum vom 1. Januar 2014 bis zum 31. September 2019 zur Aufgabenerfüllung der Länder noch angemessen und erforderlich sind. Eine gemeinsame Konferenz der Länder hat auf ei-

**(Martina Koeppen)**

nem außerordentlichen Treffen im Dezember 2010 hierzu einen umfassenden Bericht erstellt. Einig waren sich die Länder, dass die Revisionsklausel nicht erst bis Ende 2013 geprüft werden soll, sondern eine vorgezogene Revision bis Ende 2011 erfolgen muss. Ferner war man sich einig, dass eine Fortführung des Entflechtungsgesetzes über das Jahr 2019 dringend notwendig ist. Eine entsprechende Entscheidung für die Fortführung des Gesetzes beziehungsweise einen entsprechenden Ausgleich ab dem Jahr 2019 wollte auch die schwarz-gelbe Bundesregierung laut Koalitionsvertrag in der Mitte der Legislaturperiode treffen. Dies ist bis heute nicht geschehen. Daher ist es umso wichtiger, dass sich Bund und Länder schnell auf eine einvernehmliche Lösung einigen.

Eine Festlegung der Mittelverteilung über den verkehrlichen Nutzen, wie jetzt von der CDU gefordert, wird nicht umsetzbar sein. Wir wissen natürlich nicht, welche Position zur Mittelverwendung die Hamburger Vertreter des CDU-Senats auf der Länderkonferenz im Dezember 2010 vertreten haben, aber dazu wird Herr Hesse sicherlich noch einiges beitragen können.

*(Klaus-Peter Hesse CDU: Warum? Ich springe ja nicht über jedes Stöckchen, das man mir hinhält!)*

Wenn es nach der CDU ginge, würden sich die Bundesländer jedes Jahr in einem Verteilungskampf darüber streiten, welche Brückeninstandsetzung die höhere Kosten-Nutzen-Priorität hätte. Diese Forderung zeigt uns, dass die CDU sich nicht ernsthaft mit dem Thema auseinandergesetzt hat,

*(Beifall bei der SPD)*

denn zukünftig sollen die Mittel verstärkt in die Instandhaltung der Infrastruktur eingesetzt werden und nicht weiter in Leuchtturmprojekte.

*(Beifall bei der SPD)*

Hinzu kommt, dass Hamburg auch bei einer Verteilung der Mittel nach dem Königsberger...

*(Klaus-Peter Hesse CDU: Klöpse! – Heiterkeit bei allen Fraktionen)*

– immerhin hören mir jetzt alle zu – Königssteiner Schlüssel profitieren würde.

*(Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Koeppen, das war jetzt ein Klops!)*

– Wenigstens sind alle wach geworden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt im Entflechtungsgesetz ist der Wegfall der Zweckbindung für Verkehrsprojekte ab 2014. Und genau bei diesen beiden Punkten setzt unser Antrag an. Mehrere Bundesländer haben bereits die Zweckbindung für Verkehrsprojekte über 2014 hinaus beschlossen; Hamburg soll nun folgen. Daher möchten wir heute

über unseren Antrag abstimmen und ihn danach nachträglich an den Verkehrsausschuss überweisen, damit der Senat uns über den Sachstand der Revisionsverhandlungen auf Bundesebene berichten kann. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der SPD)*

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Der Abgeordnete Hesse hat das Wort.

**Klaus-Peter Hesse CDU:**\* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer sich hier hinstellt und sagt, wir hätten uns nicht ernsthaft mit Ihrem Antrag auseinandergesetzt, liebe Frau Koeppen, der muss einmal auf seine Senatsbank gucken; hier ist weder der Verkehrssenator noch sein Staatsrat. Anscheinend hat der Senat kein Interesse, sich mit Ihren inhaltslosen Anträgen zur Verkehrspolitik auseinanderzusetzen.

*(Beifall bei der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Haben wir alles schon im Vorfeld geregelt!)*

Lieber Kollege Dressel, ich habe das das letzte Mal schon gesagt – und Frau Sudmann hat mich gebeten, es möglichst kurz zu halten, weil es wirklich substanzlos ist, was wir heute wieder diskutieren –, aller guten Dinge sind drei.

– Da ist ja der Verkehrssenator. Es ist schön, dass er zu meiner Rede kommt, dann kann er sich auch gleich anhören, wie ich diesen SPD-Antrag bewerte.

Aller guten Dinge sind drei – normalerweise. Liebe Frau Koeppen, lieber Herr Buschhüter, in Ihrem Fall ist es nicht so. Sie haben es tatsächlich geschafft, das Parlament in drei aufeinanderfolgenden Sitzungen mit sinnlosen Anträgen aufzuhalten.

*(Christiane Schneider DIE LINKE: Aber Sie konkurrieren damit!)*

Ich erinnere an die vorletzte Bürgerschaftssitzung, als Sie die Infrastrukturpolitik der Bundesregierung anklagten. Ihr eigener Senat hat uns mitgeteilt, dass es gar keine Klagen über die Zusammenarbeit gibt. Mittlerweile wissen wir auch, dass Bundesminister Ramsauer im Koalitionsgespräch mit der FDP gesagt hat, dass es voraussichtlich eine weitere Milliarde Euro für Verkehrsinfrastrukturprojekte geben werde.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber nicht für Hamburg!)*

Das ist Verkehrspolitik, von der die Länder profitieren,

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, welche Länder?)*

und nicht irgendwelche Absichtserklärungen, die sowieso keinen Bestand haben.

**(Klaus-Peter Hesse)**

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

In der letzten Bürgerschaftssitzung haben Sie uns dann gesagt, wir sollten auf Bushaltestellen nicht mehr abschleppen. Das war dort Ihr großes Thema. Die Kollegen von der FDP und von den Grünen haben, wenn ich mich recht entsinne, in dem Zusammenhang vom kleinsten Karo gesprochen. Aber heute kommt die Krönung, ein Selbstgänger, der hier vorgelegt wird, ohne Substanz. Der Senat wird tatsächlich aufgefordert, in der Hamburgischen Bürgerschaft über den Sachstand der Verhandlung zur Revision der Entflechtungs- und Regionalisierungsmittel zu berichten.

Gleichzeitig überweisen Sie den Antrag nach Abstimmung an den Verkehrsausschuss, der jederzeit, lieber Herr Vorsitzender, in der Lage gewesen wäre, den Senat im Rahmen einer Selbstbefassung zu diesem Thema zu hören.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Haben Sie den Antrag gestellt?)*

Aber dann, lieber Kollege Dressel, hätten Sie noch weniger Substanz für Ihren Antrag gehabt. Also schreibt man einen Antrag für die Bürgerschaft und versucht hier, uns deutlich zu machen, dass das ein wichtiges Thema ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, das ist bei Weitem zu wenig für eine ernsthafte Debatte.

*(Beifall bei der CDU – Jan Quast SPD: Dafür reden Sie ganz schön lange dazu!)*

Insofern bin ich dankbar, dass es zumindest eine nachträgliche Überweisung gibt, denn dann können wir uns über Substanz unterhalten und vielleicht im Ausschuss noch etwas aus dem Antrag machen.

Wir müssen uns tatsächlich darüber unterhalten, wie die Zukunft aussieht. Wir wissen alle, dass die Bundesmittel immer knapper werden

*(Jan Quast SPD: Ja, wenn man die Steuern senkt, darf man sich nicht wundern!)*

und mit großen Zuwächsen oder einer Steigerung von Bundesmitteln nicht zu rechnen ist. Wir wissen auch, dass der Mitteleinsatz sehr gut überlegt werden muss. Die Frage muss also sein, wo man mit dem Einsatz der Mittel den größtmöglichen Nutzen erreicht. Wir haben festgestellt – das ist auch teilweise schon angeklungen –, dass wir mit der reinen Länderquote ein Gießkannenprinzip haben, das nicht dazu führt, dass die Maßnahmen, die in Ballungsgebieten einen hohen Nutzen haben, gefördert werden, sondern auch viel Geld versickert. Der richtige Ansatz, Herr Senator, wäre – deswegen hat die CDU auch den Zusatzantrag geschrieben –, mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Bundesländer darüber zu sprechen, wo mit dem Mitteleinsatz der effizienteste Nutzen erzielt werden kann. Das ist natürlich in Ballungsregionen wie Hamburg, da haben wir gute Karten. Es bringt

nichts, wenn in Vorpommern investiert wird, aber keiner es nutzt. In Hamburg brauchen wir ganz dringend Geld für unsere Infrastruktur. Hamburg ist ein Ballungsraum, der auch weiterhin Zuzug haben wird, der in den nächsten 20, 30 Jahren wachsen wird. Da muss sich der Bund engagieren,

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Sieht das Herr Ramsauer auch so?)*

dafür müssen wir beim Bund kämpfen, und da reicht es nicht, einfach nur zu schreiben, es sei sicherzustellen, dass die Zweckbindung der Mittel in Hamburg weiter Bestand habe. Darüber müssen wir im Ausschuss sprechen, insofern freue ich mich auf die Diskussion. Mehr Zeit ist dieser Antrag wirklich nicht wert. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der CDU)*

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Der Abgeordnete Dr. Steffen hat das Wort.

**Dr. Till Steffen GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Not ist groß, wenn man so viele Debattenanmeldungen und so wenig Ideen hat oder haben darf. Das hat Herr Hesse hinreichend beleuchtet. Die Frage ist natürlich, warum die SPD gleichwohl einen Antrag stellt, der sich, zumindest was den ersten Petitions-Punkt betrifft, auch durch eine Anfrage oder eine Selbstbefassung im Ausschuss abarbeiten ließe. Auch dazu hat Herr Hesse schon alles gesagt.

Bleibt der zweite Punkt des Petitions: Die SPD sorgt sich um die Zweckbindung. Es ist naheliegend, dass man das so haben möchte, wie es im Antrag dargestellt ist. Wenn ein Ersuchen an den Senat gerichtet wird im Hinblick auf Verhandlungen mit dem Bund, die er ohnehin zu führen haben wird, dann macht das nur Sinn, wenn die Regierungsfraktion da Sorgen hat. Das ist gelegentlich der Fall, wie zum Beispiel bei der Verkehrsentwicklungsplanung, die der Senat als B-Priorität und die SPD-Fraktion als A-Priorität mit Sternchen eingestuft hatte, woraufhin es hier zur Abstimmung gestellt wurde. Das war in der Sache förderlich, denn jetzt sieht der Senat das zumindest als A/B-Priorität an. Insofern können wir aus diesem Antrag schließen, dass der Senat beabsichtigt, die Zweckbindung nicht mehr weiterzuverfolgen, sondern diese Mittel anderweitig verwenden will. Vielen Dank für die Information, liebe SPD-Fraktion.

Ihrem Antrag werden wir zustimmen.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Ist doch lehrreich hier oder nicht!)*

– Total interessant, aber können Sie die Probleme nicht intern lösen? Das ist doch doof für uns alle.

*(Beifall bei der GAL und der CDU)*

**(Dr. Till Steffen)**

Zum Antrag der CDU: Herr Hesse, Sie haben es richtig gesagt, wir leben in einer Metropolregion und reden wöchentlich über Projekte, die über die Landesgrenzen hinausgehen. Es kann deswegen nicht unser Interesse sein, uns auf die Projekte im Bundesland Hamburg zu konzentrieren. So egoistisch sollten wir nicht sein. Gerade die Verkehrsprojekte in den Flächenländern sind besonders defizitär und bedürfen deswegen vielleicht auch noch einmal anderer Zuschüsse. Wir als Stadt Hamburg sind aber darauf angewiesen, dass in der Fläche der ÖPNV funktioniert, damit wir diesen Verkehr nicht als Pendlerströme per Auto in unsere Stadt bekommen.

(Beifall bei *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Deswegen finde ich Ihren Ansatz nicht ganz zu Ende gedacht, aber darüber können wir natürlich gern reden. Deswegen werden wir Ihren Zusatzantrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Der Abgeordnete Dr. Schinnenburg hat das Wort.

**Dr. Wieland Schinnenburg** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Anliegen der SPD ist in Ordnung, deshalb werden wir dem Antrag zustimmen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Geht doch! – Beifall bei der SPD)

– Nutzen Sie die Chance, gleich kommt noch etwas, wo Sie nicht klatschen werden.

Der Antrag der CDU ist leider das Gegenteil, er ist nicht sinnvoll, deshalb werden wir ihn ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

– Gleich kommt noch eine halbe Gelegenheit zum Klatschen, aber dann ist es vorbei.

Warum ist der CDU-Antrag möglicherweise gut gemeint, aber mit Sicherheit im Ergebnis kontraproduktiv? Einzelbetrachtung ist richtig, aber wir wissen doch, wie es im Verhältnis zwischen den Ländern geht. Da gibt es die großen Länder, die mittelgroßen und die kleinen. Üblicherweise können sich die großen Länder zulasten der kleinen Länder unter anderem bei den Verkehrsmitteln manchmal relativ schnell einigen.

(Beifall bei *Dr. Till Steffen GAL*)

Deshalb ist es sinnvoll, bei einer Länderquote zu bleiben, damit Hamburg wenigstens die Zwei-Komma-und-Prozent behält. Hinter dieser Regelung steht auch eine gewisse juristische Logik, denn das Entflechtungsgesetz ersetzt die Zahlungen, die Hamburg bisher als Land aufgewendet hat. Darum ist es logisch, mit Länderquoten zu arbeiten; deshalb die Ablehnung des CDU-Antrags.

Erlauben Sie mir noch einige Anmerkungen. Zunächst zur Verhandlung des Bundes mit den Ländern – jetzt kommt die letzte halbe Gelegenheit zum Klatschen für die SPD. In Ihrem Antrag steht so schön – Frau Koeppen hat es noch ein bisschen ausgeführt –:

"Die Verhandlungen [...] sind noch nicht abgeschlossen."

Das, meine Damen und Herren, ist eine freundliche Umschreibung für das Problem, das die Bundesländer – auch Hamburg – haben. Wenn Sie Artikel 143c des Grundgesetzes genau lesen, dann wird es schwierig, eine Steigerung der Bundesmittel oder auch nur eine vollständige Fortführung der Kompensationsleistungen ab 2014 zu erreichen, denn nach den einschlägigen Kommentierungen wird Artikel 143c Grundgesetz so verstanden, dass die Mittel tendenziell abgesenkt werden sollen.

Meine Damen und Herren! Der Senat hat die Unterstützung der FDP-Fraktion, genau das zu verhindern. Aber ich weise darauf hin, dass da ein Problem steckt. – Das war die halbe Stelle zum Klatschen. Kommt nichts; na gut.

(Heiterkeit im Plenum)

Jetzt kommen die Stellen, wo Sie wohl nicht mehr klatschen werden; vielleicht klatschen jetzt andere. Die Frage ist nämlich: Was soll dieser Antrag? Auf einen Aspekt hat Herr Dr. Steffen schon zu Recht hingewiesen. Spätestens seit seinen Ausführungen mache ich mir auch ein bisschen Sorgen. Offenbar muss die Regierungsfraktion dem Senat nachhelfen, denn an und für sich sollte es nicht notwendig sein, dass das Parlament den Senat auffordert, etwas Gutes für Hamburg zu tun, das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Dann bräuchten wir ja gar keine Anträge mehr zu stellen! Das ist ja langweilig!)

Wenn eine solche Forderung trotzdem gestellt wird, ist es entweder Lückenfüllerei oder, wie Herr Steffen richtig ausführte, ein Hinweis darauf, dass da Sorgen bestehen. Liebe SPD-Fraktion, wenn Sie den Senat dazu bringen, die Zweckbindung beizubehalten, haben Sie die Unterstützung der FDP-Fraktion. Ich hoffe, die Sorgen sind unberechtigt.

Jetzt aber noch einmal die Frage: Was soll der Antrag? Wir haben in Hamburg seit März einen Stillstand in der Verkehrspolitik. Wir haben keine Busbeschleunigung, kein Verkehrskonzept für den Hamburger Süden, kein Radverkehrskonzept und schon gar kein generelles Verkehrskonzept. Hamburg steht im Stau und die SPD beschäftigt sich mit Gesetzesplänen für das Jahr 2014. Das genau brauchen die Menschen nicht. – Jetzt klatschen Sie nicht, das weiß ich.

(Beifall bei der FDP)

**(Dr. Wieland Schinnenburg)**

Stellen Sie sich doch nur einmal vor, die Bürger stehen im Stau und hören im Radio, dass Frau Koppes dafür sorgen werde, ab 2014 die Zweckbindung beizubehalten.

Meine Damen und Herren! Mit den Widrigkeiten der Hamburger Verkehrspolitik wollen Sie sich schon lange nicht mehr beschäftigen, aber mit Gesetzesprojekten ab dem Jahr 2014. Kümmern Sie sich um das, was die Hamburger bewegt, und nicht um irgendwelche Probleme, die Sie intern vielleicht haben. Das ist genau der falsche Ansatz.

Meine Damen und Herren! Fangen Sie mit der Verkehrspolitik in Hamburg an. Bringen Sie nicht ein Gutachten, das ein Jahr alt ist, in den Verkehrsausschuss und haben immer noch kein Konzept. Ein solcher Antrag hilft Hamburg nicht weiter, es sei denn, die Sorgen von Herrn Steffen bestehen, dann hat es einen Sinn, dann haben Sie unsere Unterstützung. Ansonsten ist dieser Antrag ein klassischer Ausdruck einer Politik, einer Partei und eines Senats, die sich mit den aktuellen Problemen der Bürger nicht mehr beschäftigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel:** Die Abgeordnete Sudmann hat das Wort.

**Heike Sudmann DIE LINKE:** Meine Vorredner haben echtes Talent. Alle sagen, das sei ein banaler Antrag, aber sie reden wahnsinnig lange dazu. Ich mache es kurz.

Sie sind sehr stark gestartet, der Begründungstext ist phänomenal, aber danach enden Sie sehr schwach mit zwei schwachen Antragspunkten. Trotzdem werden wir ihm zustimmen.

Die CDU, lieber Herr Hesse, schaut nur aus Hamburger Sicht und sagt, dass Hamburg alles für sich haben wolle. Sie haben vor Kurzem gemeinsam mit fast allen anderen kritisiert, dass der Süden von Herrn Ramsauer bevorzugt werde. Bei Ihnen fängt der Süden schon bei der Stadtgrenze an, das tragen wir nicht mit.

(Beifall bei der LINKEN – Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Zunächst zum CDU-Antrag aus Drucksache 20/2100.

Wer möchte diesem seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/1968.

Wer diesen annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag angenommen.

Die SPD-Fraktion möchte die Drucksache 20/1968 nun nachträglich an den Verkehrsausschuss überweisen.

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisung angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 35 auf, Drucksache 20/1969, Antrag der SPD-Fraktion: Fortentwicklung der Stiftung Historische Museen Hamburg.

**[Antrag der SPD-Fraktion:  
Fortentwicklung der Stiftung Historische Museen Hamburg (SHMH)  
– Drs 20/1969 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/2099 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der CDU-Fraktion:  
Zukunft der Stiftung Historische Museen Hamburg sichern  
– Drs 20/2099 –]**

Beide Drucksachen möchten die Fraktionen der CDU und der FDP an den Kulturausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Frau Dobusch, Sie haben es.

**Gabi Dobusch SPD:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt Menschen wie Peter Sloterdijk, für die Museen gleichbedeutend sind mit – ich zitiere –:

"[...] Müdigkeit, Schwindelgefühl, [...] Atemnot [...] und panischem Drang zum Ausgang."

Es gibt Gott sei Dank auch noch die anderen, die sich für den Erhalt ihres Museums einsetzen, mit dem sie sich identifizieren, die staunend durch Museen streifen wie durch Wunderkammern oder aktiv mitgestalten wie zum Beispiel jetzt schon im Hafemuseum in Hamburg. Für die einen sind Museen, besonders die historischen, verstaubte Auslaufmodelle, denen höchstens mit spektakulären Sonderausstellungen noch temporär Leben eingehaucht werden kann oder die nur noch als skurrile Eventlocation taugen.

Die anderen aber setzen darauf, dass Museen gerade in unserer schnelllebigen, von Globalisierung und Vereinzelung geprägten Zeit gebraucht werden, und zwar mehr denn je gebraucht werden. Ich hoffe sehr, dass wir alle, die wir hier sitzen, zu den Letzteren gehören.

**(Gabi Dobusch)**

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Stichwort Digitalisierung. Noch ist nicht abgemacht, dass die reale, greifbare Welt der Ausstellungsobjekte in den Museen im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung an Faszination verlieren wird. Vielleicht stehen wir auch, ganz im Gegenteil, am Anfang einer Renaissance des Authentischen, vielleicht siegt das Original noch tatsächlich über das Virtuelle. Die Museen als Orte des Aufstands gegen die sekundäre Welt, so wurde es neulich auf einer Tagung postuliert. Das ist eigentlich eine ganz charmante Idee.

Für die Museen birgt die neue, digitalisierte Welt also durchaus Chancen, die aber auch ergriffen werden müssen. Einiges spricht dafür, dass Museen heute, in Social-Media-Zeiten, in denen Vernetzung und Interaktionen sowie das Sammeln, Ordnen und Strukturieren individuell und doch vernetzt und kooperativ organisiert werden kann, gut beraten wären, sich den großen autoritären Erzählungen von oben herab zu verweigern und stattdessen auf lokales Wissen und Partizipation zu setzen. Spannend wird es doch gerade dann, wenn Museen und Besucherinnen und Besucher, sowohl die alteingesessenen als auch zugewanderte und durchreisende, Jung und Alt, Frauen und Männer gemeinsam daran arbeiten, Bedeutung herzustellen und jeweils ihren Erfahrungsschatz und ihre Sicht der Dinge einbringen.

(Beifall bei der SPD)

In Zeiten, in denen die Informationstechnologie bis in die privatesten Bereiche hineinragt und mit Angeboten wie Timeline oder Slogans wie "Homepage Ihres Lebens" suggeriert, Menschen bei ihrer Verortung in der Welt helfen zu können, sollten die Museen selbstbewusst das Gegenangebot machen, nämlich real an der Gegenwart der Stadt mit ihrer Vergangenheit und Zukunft andocken zu können.

Noch ist das Zukunftsmusik, noch sehen viele die Hauptaufgabe der Museen im Ausstellen, während Forschen, Sammeln und Bewahren bereits fast aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit verschwunden sind. In der Folge beschäftigen wir uns auch hier immer nur mit den Besucherzahlen als Indexindikator für Qualität.

Wir wollen mit unserem Antrag heute dieser, nicht nur in Hamburg geführten Diskussion, Rechnung tragen und erste Impulse für eine Umorientierung geben. Um dem Stiftungsgedanken und der Fachlichkeit wieder mehr zu ihrem Recht zu verhelfen, wollen wir die Änderung des Stiftungsgesetzes von 2010 bezüglich der Zusammensetzung des Stiftungsrats revidieren, da sich das starke Übergewicht von Behördenvertreterinnen- und -vertretern aus unserer Sicht nicht bewährt hat. Es wurde zuletzt ganz vergessen, dass bestimmte Dinge nur im Stiftungsrat entschieden werden können.

Um die Museen besser als bisher in die Lage zu versetzen, ihre Dauerausstellungen zu pflegen, um langfristig planen, aber auch kurzfristig auf aktuelle Bedarfe vor Ort reagieren zu können, soll aus unserer Sicht die Hälfte des Sonderausstellungsfonds, also 1 Million Euro, zukünftig direkt an die Museen gehen.

(Beifall bei der SPD)

Um einerseits die Weiterentwicklung übergreifender Aufgabenfelder wie das Inventarisierungsprojekt voranzutreiben, aber andererseits bessere Voraussetzungen für eine stärkere Öffnung der Häuser gegenüber den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zu schaffen, wollen wir die Stiftung zukünftig auf drei eigenständige Kernhäuser – Hamburgmuseum, Altonaer Museum und Museum der Arbeit – konzentrieren und auf der Managementebene stärken.

Parallel ersuchen wir den Senat, zusammen mit dem Bezirk Bergedorf ein Konzept zur Herauslösung des Museums für Bergedorf und die Vierlande aus der Stiftung zu erarbeiten und zu prüfen, wie das Helms-Museum wieder in den Zustand vor der Gründung der Stiftung zurückgeführt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Dies bedeutet übrigens keineswegs, dass wir die Stiftung ausbluten lassen wollen, ganz im Gegenteil. Wir wollen sie aus ihrer Starre herausholen und dieses zarte Pflänzchen, wie es neulich in einer Versammlung von Mitarbeitern und Freunden hieß, wollen wir pflegen, damit mehr an Teamgeist wächst. Und wir wollen einen wirklich handlungsfähigen Zusammenschluss.

Museen sind kein Selbstzweck, sie sind vor allem für die Bürgerinnen und Bürger da. Attraktive, repräsentative Angebote für Touristen zu haben, ist das eine, was wir brauchen. Das gestiegene Bedürfnis nach Identifikation mit dem Lokalen, nach Einmischung und Mitentscheidung ist das andere. Und das müssen wir aufgreifen.

(Beifall bei der SPD)

Wie die Teilhabe dann aussieht, das wird sich vor Ort entscheiden, je nachdem, welche Zielgruppen eingebunden werden sollen und welche eingebunden werden wollen, auf Augenhöhe die einen, vielleicht an die Hand genommen die anderen, aber auf jeden Fall im Sinne vielfältiger Museen für alle. Das wird in Bergedorf anders aussehen als in Hamburg. Darauf werden die Museen in der Stiftung jeweils eigene Antworten finden. Diese Lebendigkeit in unserer Museumslandschaft ist es, was wir wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Wersich, Sie haben das Wort.

**Dietrich Wersich** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Antrag, Frau Dobusch, den Sie wortreich begründet haben, ist ein kulturpolitisches Armutszeugnis der SPD.

(Beifall bei der CDU und bei *Antje Möller GAL*)

Dieser Antrag löst keine Probleme, sondern schafft neue. Dieser Antrag demontiert die eigene Kultursenatorin, die eigentlich anderes wollte. Und dieser Antrag ignoriert das Gutachten von Frau Professor Baumann, mit deren Analyse und Empfehlungen Sie sich nicht einmal auseinandergesetzt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich will das auch belegen. Der Bezirksversammlung Bergedorf teilte die Kulturbehörde zu dem weiteren Verfahren mit – ich zitiere –:

"Die Kulturbehörde beabsichtigt, die einzelnen Ergebnisse in einem transparenten Prozess mit allen Beteiligten und den politischen Gremien zu diskutieren und abschließend zu bewerten."

Frau Dobusch, mit Ihrem Antrag haben Sie Frau Kisseler bloßgestellt. Frau Kisseler denkt, Frau Dobusch lenkt – das ist die traurige Realität bei den Museen.

(Beifall bei der CDU und bei *Phylliss Demirel* und *Christa Goetsch, beide GAL*)

Deswegen ist es auch konsequent, dass Frau Professor Baumann zurückgetreten ist zum Ende des Jahres von ihrem Amt als Stiftungsvorstand.

Die SPD verpasst hier die Chance, nach dem Kulturgipfel im letzten Herbst Klima und Konsens aufzugreifen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Was war vorher eigentlich?)

– Genau das ist der Punkt. Sie knüpfen an vorher an und Sie knüpfen nicht am Konsens des Kulturgipfels an, sondern hier wird von Ihnen durchregiert, und das schadet der Kultur.

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Konsens! Sie haben einen Scherbenhaufen angerichtet!)

Meine Damen und Herren! Ich sagte, es löst keine Probleme, es schafft neue. Ich will nur drei Beispiele nennen.

Erstens: Die Aufspaltung der Stiftung schafft neuen Verwaltungsaufwand, nicht nur in Harburg, sondern auch in Bergedorf. Nach Ihrem Willen soll aber alles kostenneutral erfolgen, ergo wird weniger Geld für die eigentliche Museumsarbeit da sein.

Zweitens: Noch im Vortext des Antrags sprechen Sie von der wachsenden Bedeutung von Sonderausstellungen. Im Antrag selbst halbieren Sie dann den Etat genau für diese Sonderausstellungen.

Drittens: In Ihrem gesamten Antrag findet sich kein Wort zur überregionalen Bedeutung attraktiver Museen auch für Besucher und Touristen. Stattdessen zeichnen Sie ein Bild, das eher den Geschichtswerkstätten ähnelt oder den Stadtteilkulturzentren.

(Beifall bei der CDU – *Gabi Dobusch SPD*: Bürgernähe!)

Das sind aber nicht die Kernaufgaben von wissenschaftlich geleiteten Museen mit ihrem Auftrag des Bewahrens und Sammelns, des Forschens und Ausstellens.

Richtig schlimm schlägt aber Ihre Ideologie durch, wenn es im Antrag heißt: Museen müssen sich als meinungsbildender gesellschaftspolitischer Faktor begreifen. Dadurch werden sie zu einem wichtigen Handlungsfeld der Kulturpolitik.

Mit dieser intellektuellen Ummantelung verbergen Sie Anklänge an feudale, totalitäre und sozialistische Tradition

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Was bitte? – Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

der staatlichen Instrumentalisierung der Kultur zu politischen Zwecken.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Jetzt blamieren Sie sich endgültig! – *Dora Heyenn DIE LINKE*: Können Sie das wiederholen?)

Es mögen manche in der Fraktion vielleicht nicht erkannt haben, was Frau Dobusch dort hineingeschrieben hat. Aber diese Geisteshaltung ist genau das Gegenteil der hart erkämpften bürgerlichen Werte der Freiheit von Kultur und Kunst.

(Beifall bei der CDU)

Insofern kann ich nur hoffen, dass diese Haltung nicht ein Vorbote oder eine Begründung einer neuen Förderpolitik ist, in der nur das gedeiht, was der SPD gefällt und was ihre Macht in der Stadt zementiert.

(*Jan Quast SPD*: Wir machen das ja nicht wie Sie vor zehn Jahren!)

Meine Damen und Herren! Wir haben heute einen Alternativantrag vorgelegt, weil wir glauben, dass man erst die Folgen bedenken und klären sollte, wenn man eine so weitreichende Entscheidung wie die Teilzerschlagung der Stiftung Historische Museen beschließen will.

Wir haben den Antrag vorgelegt, weil wir glauben, dass Hamburgs Museen sich so entwickeln müssen, dass sie sich mit den bedeutenden europäi-

**(Dietrich Wersich)**

schen Großstädten messen können und nicht mit der Geschichtswerkstatt um die Ecke und weil wir glauben, dass wissenschaftlich starke und für Besucher attraktive Museen ein Publikumsmagnet sowohl für Hamburgerinnen und Hamburger als auch für Besucher aus dem In- und Ausland sein können. Die dafür nötigen und erfolgreichen Schritte auf diesem Weg beschreibt unser Antrag. Er bietet die Chancen, wichtige Konsequenzen vor einer überhasteten Entscheidung in den Blick zu nehmen. Deshalb fordere ich die SPD auf: Wenn Sie unserem Antrag schon nicht zustimmen können, dann überweisen Sie doch bitte beide Anträge an den Kulturausschuss, damit wir sie dort vertieft beraten können.

Ich möchte schließen mit einem Zitat aus der "Süddeutschen Zeitung". Am Anfang des Artikels steht:

"Wenn der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert ist, dann kann man den neuen SPD-Beschluss zur Hamburger Museumsstiftung als Wegbeschreibung nehmen."

Der Artikel endet:

"Die Hölle, in die dieser Beschluss führt, ist die endgültige totale Museumsprovinz. Und das ist eine sehr langweilige Hölle."

– Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GAL* und *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Frau Goetsch, Sie haben das Wort.

**Christa Goetsch GAL:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, Herr Wersich, die SPD und in diesem Fall die kulturpolitische Sprecherin können gar nicht so sozialistisch sein, wenn sie mit einem Sloterdijk-Zitat starten.

(Beifall bei *Antje Möller GAL* und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE* – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Stimmt!)

Frau Dobusch, es gibt den schönen Spruch: Global denken und lokal handeln. Ich glaube, bei Ihnen ist nur das lokale Handeln angekommen, aber Sie haben nicht global gedacht.

Und Sie, lieber Herr Wersich, haben mir das Zitat aus der "Süddeutschen Zeitung" gerade geklaut, mit dem ich starten wollte. Ich komme darauf zurück.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ja, die Senatskollegen verstehen sich gut!)

Herr Briegleb hat recht, diese Kulturpolitik ist langweilig. Dabei ist der Weg, den die Stadt gegangen ist – bis zu diesem Antrag –, nämlich die vier histo-

rischen Museen in einer Stiftung zusammenzufassen, um die Gesamtgeschichte der Stadt zugänglich zu machen, zu erzählen und auch über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt zu machen, richtig. Wir wissen, dass es unnötige Hängepartien gab, das wollen wir auch gar nicht bestreiten.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Hängepartien nennen Sie das!)

Aber dieser Weg wurde durch das hoch kompetente Gutachten und Konzept von Frau Professor Baumann noch gestärkt. Das Konzept, das profundes Know-how verschiedener Experten und Expertinnen und Kunsthistoriker bündelt, wurde dann auch von der Kulturbehörde einschließlich der Kultursenatorin fachlich in einem Eckpunktepapier aufgegriffen. Dort sind wesentliche Punkte, die zukunftsweisend sind – ich zitiere –:

"Die Kulturbehörde empfiehlt, die Stiftung Historische Museen Hamburg als Gesamtstiftung zu erhalten."

– Zitatende.

Die damalige Sicht des SPD-Senats deckt sich mit unseren Einschätzungen, denn nur ein Museumsverbund ermöglicht eine abgestimmte Vermittlung der Geschichte. Wie schon angeführt wurde, haben wir eine ganze Reihe Aufgaben, die die Museen zu erledigen haben. Und die Digitalisierung der Sammlungen ist kein moderner Kram, Frau Dobusch, sondern absolut notwendig, ebenso die Errichtung eines Kulturspeichers und die Koordination von Verwaltungsaufgaben. All das geht nicht ohne Führung, all das ist jedoch schon längst in dem Gutachten beschrieben. Aber jetzt stellen Sie einen Antrag und fordern erneut eine Prüfung. Ich sage als geneigte Leserin, da steht doch schon alles drin.

Ein weiterer Punkt in diesem Eckpunktepapier ist wesentlich das, was von Kulturbehörde und Senatorin empfohlen wurde – Zitat –:

"Die Kulturbehörde empfiehlt, die Stiftungsleitung mit einem Generaldirektor/-direktorin auszustatten."

Die Entwicklung hat doch gezeigt, dass es als Prima inter Pares nicht geht, um jenseits von Partikularinteressen einen Entwicklungsprozess anzustoßen. Es gehört also eine übergeordnete Leitung dazu, um überhaupt so einen Verbund vernünftig zu führen. Auch wenn Sie noch eine Reststiftung mit drei Museen haben, wer soll das denn koordinieren? Sie glauben doch selbst nicht, dass diese Reststiftung sich allein trägt. Es gibt keine Antwort der SPD auf diese Frage.

Weiterhin empfiehlt das Eckpunktepapier auch den umfangreichen, längerfristigen Ausbau des Hafensemuseums. Darauf komme ich noch zurück, aber soweit erst einmal zum Gutachten.

**(Christa Goetsch)**

Und kaum 24 Stunden seit dem Eiertanz, den wir im Kulturausschuss erleben durften, zieht die SPD diesen Antrag aus der Tasche. Er zerschlägt erstens die Stiftung, führt zweitens die Kultursenatorin der gesamten Stadt vor und hat drittens Frau Professor Baumann zum Rücktritt getrieben.

*(Dirk Kienscherf SPD: Ach, Legendenbildung!)*

Sie, meine Damen und Herren von der SPD, haben eine fachlich angesehene, hoch kompetente, mit Vorschusslorbeeren überschüttete Kultursenatorin in die Regierung geholt – es war Ihr Bürgermeister, Sie haben das ja nicht selbst veranlasst –, die fast wie eine Erlöserin in der Kulturszene und in der Stadt Anerkennung erhält. Mir ist es unbegreiflich, wie Sie Ihre Kultursenatorin so düpieren können.

*(Beifall bei der GAL und der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Machen wir doch gar nicht!)*

Ihr bleibt doch nichts anderes übrig, als – Zitat aus der "tageszeitung" –:

"Schnappte ein paar Stunden lang nach Luft und sandte dann ein Statement in die Welt: [...] Verschlangung sei doch eine feine Sache."

Das ist oberpeinlich für die Fraktion.

Was ist an dieser Stelle noch zu retten? Die Leitungsfrage ist ungeklärt, es gibt keinerlei Anhaltspunkte. Es gibt auch keine konkreten Aussagen zur Aufteilung der Mittel. Fachlich ist es absolut falsch, einen Sonderausstellungsfonds nicht völlig für Sonderausstellungen zu verbrauchen. Das ist immer die Triebfeder für die Entwicklung von Museen. Dies jetzt einfach einmal zu verteilen, weil Sie das haushaltsrechtlich auch machen mussten, halte ich für absolut falsch.

Wenn Sie wirklich das Helms-Museum aus bezirklichen Interessenlagen heraus verselbstständigen und in seine eigene Obhut geben wollen, dann lässt sich das nur begründen, wenn das Helms-Museum auch tatsächlich Stadtgeschichte schreibt und es sich auf die Stadtgeschichte Harburgs konzentriert. Aber das tut es gar nicht. Jetzt bleibt wohl ein archäologisches Kindermuseum übrig.

Zur CDU: Der Zusatzantrag hat keine eigene Position, das finde ich bedauerlich.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Da haben Sie mal recht!)*

Es ist im Grunde genommen nur ein Kritisieren des Verfahrens der SPD und es gibt keine neuen Vorschläge. Ich frage Sie, ob Sie jetzt noch für die Stiftung sind oder nicht. Das wird mir nicht deutlich genug. Ich wäre aber auch sehr für eine Überweisung an den Ausschuss.

Ich komme jetzt zum Thema Masterplan Hafenmuseum. In der letzten Sitzung des Kulturausschusses, als uns der Masterplan Hafenmuseum vorgestellt wurde, hat uns Herr Heller die Möglichkeit aufgezeigt, wie man in einem engen Kontext die Weiterentwicklung der historischen Museen, aber auch der anderen Museen der Stadt darstellen kann.

*(Gabi Dobusch SPD: Den Rückbau!)*

Da sind Sie noch nicht einmal bereit, Ihren Antrag zu überweisen und gemeinsam aus fachlicher Sicht Gespräche über die konkreten Vorschläge zum Hafenmuseum im Kontext mit der Entwicklung der Stiftung zu führen.

*(Gabi Dobusch SPD: Das machen wir extra! Da haben wir schon zugestimmt!)*

– Eine Selbstbefassung am Sankt-Nimmerleins-Tag, liebe Frau Dobusch. Sie waren nicht bereit, den Antrag zusammen mit dem Masterplan Hafenmuseum zu diskutieren. Das ist doch kulturpolitisch und fachlich eine Dummheit.

*(Beifall bei Dietrich Wersich CDU, Phylliss Demirel und Antje Möller, beide GAL)*

Dabei wäre es doch eine große Chance, das Hafenmuseum nicht nur als Inbegriff für die Erzählungen der Geschichte Hamburgs zu nehmen, sondern auch, liebe SPD, als Inbegriff der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften. Das ist ein wirklich ureigenes sozialdemokratisches Thema, präsentiert auf dem Silbertablett.

Ich komme zum Schluss. Ich finde, dass Sie die Weiterentwicklung der stadthistorischen Museen mit der Nicht-Überweisung blockieren. Das ist ein kulturpolitisches Armutszeugnis. Ich komme noch einmal auf die Hölle zurück. Sie sollten wenigstens überweisen, um aus der Hölle vielleicht zur Läuterung ins Fegefeuer zu kommen. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der GAL, vereinzelt bei der CDU und bei Dora Heyenn DIE LINKE)*

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Frau Suding, Sie haben das Wort.

**Katja Suding FDP:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kultur hat bekanntermaßen mit Kreativität zu tun, bei Ihnen in der SPD aber offenbar auch mit einem Stück Chaos. Mitglieder des Kulturausschusses, die interessierte Öffentlichkeit und die Kultursenatorin wohl auch wurden von diesem SPD-Antrag sehr überrascht. Nur Stunden vor Beschluss des Antrags durch den SPD-Fraktionsvorstand hatte Senatorin Kisseler noch deutlich ihre grundsätzliche Zustimmung zum Stiftungskonzept von Professor Baumann geäußert. Das Herauslösen einzelner Häuser aus der Stiftung der historischen Museen Hamburgs sollte es nach ihrem

**(Katja Suding)**

Willen nicht geben, so sagte es die Senatorin im Kulturausschuss am 20. September.

Wie Sie, liebe Kollegen von der SPD, mit Ihrer Kultursenatorin umgehen wollen und ob Sie ihr auch in Zukunft weiter derart in den Rücken fallen wollen, ist Ihre Sache, dazu will ich an dieser Stelle nicht mehr sagen. Zum vorliegenden Antrag gibt es zwei grundsätzliche Dinge zu sagen.

Erstens: Es ist gut und richtig, dass Sie erkannt haben, dass die Stiftung der Historischen Museen längst nicht den erhofften Erfolg gebracht hat und deswegen dringend etwas geschehen muss.

Zweitens: Enttäuschend ist, dass Ihr Antrag zwar einige wenige richtige Ansätze enthält, auf die entscheidenden Fragestellungen aber kaum, gar nicht oder sogar falsch eingeht.

(Beifall bei der FDP)

Im Einzelnen. Sie fordern in Punkt 1 Ihres Antrags die Herauslösung eines der vier Häuser der Stiftung. Das Helms-Museum in Harburg soll verselbstständigt werden, das Museum für Bergedorf und die Vierlande sowie das Rieck Haus sollen in die Verantwortung des Bezirks gegeben werden. Ich will nicht sagen, dass es dafür keine guten Gründe geben mag, es kann ein Schritt in die richtige Richtung sein.

Nun sind wir es als Bürger dieser Stadt gewohnt, dass die Politik sich gern mit Strukturfragen beschäftigt und dabei nur allzu gern die wichtigen inhaltlichen Fragen außer Acht lässt. Sehr eindrucksvoll haben wir das im letzten Jahr bei der unsinnigen und lähmenden Schulstruktur-Debatte erlebt. Glücklicherweise haben die Bürger dieser Debatte durch den Volksentscheid ein Ende gesetzt.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl CDU*)

Daraus sollten Sie aber gelernt haben, gerade vor dem Hintergrund der Planung für ein Hafensemuseum, das eine nationale Bedeutung erlangen soll, dass voreilige Festlegungen auf eine Struktur zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht sind.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Uns wurde im Kulturausschuss am letzten Freitag das durchaus beeindruckende Konzept des Büros Heller für ein neues Hafensemuseum präsentiert. Eine Stärke des Konzepts von Herrn Heller, mit der er auch die Ernsthaftigkeit des Vorhabens unterstreicht, ist aus meiner Sicht die Darstellung der Auswirkungen auf die bestehenden Häuser, insbesondere natürlich auf die historischen Museen.

Die berechnete Forderung nach einer Berücksichtigung der Hafensemuseumsplanung bei der Weiterentwicklung der Stiftung der Historischen Museen ist ein Punkt, warum wir dem Zusatzantrag der

CDU zustimmen können, den Antrag der SPD aber ablehnen werden.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Unter Punkt 2 wird eine bessere Zusammenarbeit der einzelnen Häuser der Stiftung gefordert. Dabei werden die Bereiche Profilentwicklung, Marketing, Inventarisierung und der Aufbau des Kulturspeichers als Zentraldepot genannt. Damit benennen Sie wichtige Punkte. Offen bleibt aber auch hier die Frage, warum eine Zusammenarbeit mit der von Ihnen vorweggenommenen neuen Struktur besser funktionieren soll als bisher. Prinzipiell können alle diese Aufgaben auch ohne Stiftungsverbund erfolgen. Die Hamburger Museen und Ausstellungshäuser der bildenden Künste stellen doch jetzt bereits sehr eindrucksvoll unter Beweis, dass Netzwerke zwischen den Häusern auch ohne festen Verbund bestens funktionieren. Ich denke dabei an das Beispiel der Kunstmeile Hamburg, die auch ohne behördliche Mitwirkung zustande gekommen ist.

Doch eines ist unerlässlich. Für eine anspruchsvolle und bessere Aufgabenerfüllung als bisher müssen so oder so mehr Ressourcen, das heißt mehr Mitarbeiter und Haushaltsmittel, zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE – Gabi Dobusch SPD*: Machen wir doch, 1 Million mehr!)

Ihr Bestreben, die dargestellte Organisationsreform der Stiftung haushaltsneutral durchzuführen, ist daher zum Scheitern verurteilt. Eine reine Umschichtung von Geldern innerhalb des Kulturretats ohne klar formulierte und politisch getragene Reorganisationsziele und Maßnahmen lehnen wir ab. Stattdessen muss die Kultursenatorin nun schnell und vor allen Dingen präzise Stellung beziehen, wie die Maßnahmen und Projekte mit welcher Priorität und welcher finanziellen Ausstattung versehen werden und mit welchen Steuerungs- und Kontrollmechanismen diese umgesetzt werden sollen. Und das nicht erst im nächsten Jahr und ohne Beteiligung des Kulturausschusses.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Das betrifft insbesondere auch die Investitionen, die in den einzelnen Häusern notwendig sind, um überhaupt die Grundfunktionen – wissenschaftliche Bearbeitung, Vermittlungstätigkeit und Dauerstellungen – erfüllen zu können. In dieser Richtung ist allerdings kein Land in Sicht.

(Beifall bei der FDP)

An dieser Stelle will ich darauf hinweisen, dass im Doppelhaushalt 2011/2012 eine nicht unerhebliche faktische Kürzung der Mittel für die Museen versteckt wurde. Die Bürgerschaft hat für die Finan-

**(Katja Suding)**

zierung von Sonderausstellungen, die für die Attraktivität der Museen unerlässlich sind, jährlich eine Summe von 2 Millionen Euro bewilligt. Nun mag man sich darüber streiten, ob in Einzelfällen auch bestimmte Dauerausstellungen damit finanziert werden dürfen. Ganz sicher aber hatte die Bürgerschaft nicht beabsichtigt, dass mit den 2 Millionen Euro aus dem Fonds auch bauliche Sanierungsmaßnahmen finanziert werden, nämlich 400 000 Euro für die Renovierung und Neugestaltung der Sammlungsräume alter Meister in der Hamburger Kunsthalle, 473 800 Euro für die Neupräsentation und Neueinrichtung der Moderne im Museum für Kunst und Gewerbe und 50 000 Euro für die Neupräsentation des Hexenarchivs im Museum für Völkerkunde Hamburg. Dies wurde allein in 2011 aus dem zentralen Fonds für Sonderausstellungen finanziert, das können Sie in einer Schriftlichen Kleinen Anfrage der FDP nachlesen. Knapp die Hälfte des Titels wurde also für Renovierungen und bauliche Maßnahmen zweckentfremdet. Dieses Geld fehlt nun aber für die unbedingt notwendigen Sonderausstellungen und das, obwohl wir alle wissen, wie wichtig diese Mittel für die Museen sind.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei *Farid Müller GAL*)

Meine Damen und Herren! So geht der Senat mit den von diesem Haus bewilligten Geldern um. Mein Fazit: Die Weiterentwicklung der Stiftung wegen Erfolglosigkeit ist unerlässlich. Die Ursachen der Museumsmisere lassen sich jedoch mit den im SPD-Antrag dargestellten Eckpunkten nicht abstellen. Im Gegenteil, es bleibt völlig unklar, wie die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen werden sollen, um die grundlegenden Konstruktionsfehler im bisherigen Konzept der historischen Museen zu beheben und den Betrieb auf sichere Füße zu stellen.

Mit der faktischen Kürzung für den Sonderausstellungsfonds wird das sicher nicht gelingen. Wegweisende Hinweise finden sich im SPD-Antrag nicht. Da Sie auch einer vertieften Diskussion im Kulturausschuss aus dem Weg gehen wollen, werden wir Ihren Antrag ablehnen. Wenn Sie demnächst wieder kurzfristig etwas einbringen, raten wir Liberale:

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Was heißt kurzfristig?)

Weniger kreatives Chaos und etwas mehr nachhaltige Zielorientierung helfen auch in der Kulturpolitik.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Hackbusch, Sie haben das Wort.

**Norbert Hackbusch DIE LINKE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Solche Kulturdebatten sind immer ganz spannend, weil man plötzlich völlig neue Koalitionspartner entdeckt. Frau Suding, das gefällt mir sehr, was Sie eben gesagt haben.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Mach' ihr keine Avancen!)

Wir haben eine für uns insgesamt sehr spannende Debatte. Sie alle wissen, dass die Fragestellung der Museen die letzte Regierung erschüttert hat, letztendlich eine der wichtigsten Ursachen dafür war, dass es Neuwahlen gab.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ganz so war es nicht!)

Wir bewegen uns daher in einem nicht ganz unwichtigen politischen Feld. Ich sehe mit großem Interesse den ersten Satz im Antrag der SPD, der da lautet:

"Die Stiftung Historische Museen Hamburg [...] befand sich in den letzten beiden Legislaturperioden in schwerer See."

Das ist völlig richtig. Das Problem, vor dem wir stehen, ist, dass sie sich noch immer in schwerer See befindet und dass es keinen Anhaltspunkt dafür gibt, dass es besser geworden ist. Ich will versuchen, Ihnen das darzustellen, denn es hat sich seitdem nichts verändert. Wieso sagt man – und das ist nur mit der Selbstverliebtheit der SPD zu erklären –, sie befand sich in schwerer See, und eigentlich hat sich nichts verändert?

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ach nee!)

Wieso sagt man so etwas, wenn man dann nicht sagt, wir sind jetzt dran, wir machen zwar alles genauso wie vorher, aber jetzt ist alles in Ordnung. Das nenne ich Arroganz der Macht. Das zeigt sich an diesem Punkt sehr deutlich.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU, der FDP und der GAL)

Noch etwas zu diesem ganzen Antrag und der Art und Weise, wie damit umgegangen wird – Herr Wersich, Frau Suding und Frau Goetsch haben es schon dargestellt –: Wir haben im Kulturausschuss versucht, normal zu diskutieren und auszuwerten, was Frau Professor Baumann uns vorgelegt hat.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Wir auch!)

Kein einziger Ihrer Vorschläge, die jetzt in diesem Antrag stehen, wurde dort von Ihnen präsentiert. In der Kulturpolitik gehen wir sonst anders miteinander um, aber genau das führt man gegenwärtig nicht weiter. Sie setzen jetzt ein i-Tüpfelchen darauf, indem Sie noch nicht einmal auf die Idee kommen, das noch nicht einmal im Kulturausschuss zu diskutieren. Das durchzustimmen und zu sagen, damit haben wir den Stein der Weisen gefunden, halte ich nicht nur für ignorant uns gegenüber, son-

**(Norbert Hackbusch)**

dern auch für politisch falsch; das werde ich Ihnen darstellen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU, der FDP und der GAL)

Das erste Wichtige ist – Frau Suding hat das eben gesagt, das ist im Papier von Frau Professor Baumann genannt und auch von Ihnen in der Debatte in der letzten Legislaturperiode immer wieder betont worden, ebenso von allen Menschen, die diese Museen und die Stiftung gut kennen –, dass diese Museen unterfinanziert sind. Sie selber haben das in Ihrem Parteiprogramm dargestellt. Sie haben damit Wahlkampf gemacht und gesagt, Sie werden das verändern. Es ist Wählerbetrug, wenn Sie heute darüber hinweggehen und sagen, das interessiert uns nicht mehr, wir müssen mit dem Alten zurechtkommen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dietrich Wersich* CDU – *Dirk Kienscherf* SPD: Ganz vorsichtig!)

Sie können durchaus der Meinung gewesen sein, aber Sie hätten damit nicht Wahlkampf machen können. Da akzeptiere ich die Position von Herrn Wersich und von der GAL mehr. Die haben ehrlich gesagt, sie wollten dafür nicht mehr Geld ausgeben und meinten, dass die bisherigen Strukturen ausreichen würden. Sie aber haben mit einem anderen Programm Wahlkampf gemacht und damit eine absolute Mehrheit bekommen und müssen dann dafür geradestehen, dass das kritisiert wird; das ist das eine.

Der zweite Punkt: Wir haben die Situation, dass die Stiftung nicht richtig vom Fleck gekommen ist, das ist durchaus richtig und es ist auch richtig, von schwerer See zu sprechen. Aber noch einmal zur Unterfinanzierung, weil Herr Wersich mich gerade so anschaut und mich an die alten Zeiten erinnert.

(Heiterkeit bei der LINKEN – *Dietrich Wersich* CDU: Da war ich noch jung!)

Was das Wichtige daran ist, will ich noch einmal versuchen deutlich zu machen. Die Schließung des Altonaer Museums, von SPD und uns gemeinsam kräftig bekämpft, war doch nicht irgendein Willkürbeschluss einer Senatorin, sondern es war eine logische Konsequenz aus der Unterfinanzierung. Man hat festgestellt, die Museen kommen mit dem Geld, das man Ihnen bisher zur Verfügung gestellt hat, nicht aus. Deswegen versuchte man, irgendeinen Weg zu finden. Es war ein falscher Weg. Aber diese Logik wird weiterhin existieren, wenn Sie den Punkt mit der Finanzierung nicht verändern.

Versuchen wir die anderen Punkte zu sehen. Was ist denn besser geworden im Zusammenhang mit der Aufstellung der Museen? Sie nennen das Konzentrieren auf drei Häuser. Das ist doch eine völlige Willkürmaßnahme, die Sie hier gemacht haben.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Nee, dann sind Ihre Beschlüsse in den Bezirken ja auch willkürlich!)

Der Grund liegt darin, dass die Bezirke durch die bisherige Situation in Aufruhr sind, was ich gut verstehen kann. In Bergedorf hat die Stiftung Historische Museen Mist gebaut und dementsprechend sind die Bergedorfer auf Zinne. Das Problem ist, dass Sie einen Weg vorgeben und noch nicht einmal wissen, wie. Sie machen keinen Vorschlag, wie das zu lösen ist.

(*Gabi Dobusch* SPD: Doch!)

Sie sagen nicht, mit welchen finanziellen Mitteln, Sie sagen nicht, in welcher Form; selbst bei den Harburgern ist nicht klar, in welcher Form. Sie diskutieren das aber auch nicht mehr im Kulturausschuss und erklären plötzlich als Lösung, dass es jetzt zwei weniger seien und es dadurch besser werde. Das ist politische Scharlatanerie. Was Sie hier vorlegen, ist überhaupt kein Konzept, damit die Museen besser aussehen, sondern Sie haben so etwas wie einen Gesinnungsaufsatz vorgetragen. Einiges davon finde ich richtig und interessant zu diskutieren, aber von den Auswirkungen her ist das wirklich undurchdacht, unklar und zeigt keine Perspektive. Dementsprechend halten wir das für einen falschen Weg, den Sie dort gehen. Ich finde es durchaus wichtig, bestimmte Punkte weiterzuentwickeln, die im Gesinnungsaufsatz vorkommen. Partizipation ist einer der entscheidenden Punkte, um bei den Museen weiterkommen zu können; genau das, was in Bergedorf völlig versäumt worden ist und weswegen wir dort eine ganz schwierige Situation haben. Aber Sie haben noch nicht einmal eine Lösung, wie Partizipation zu organisieren wäre und wie man dort weiterkommt. Insgesamt legen Sie uns ein Konzept vor, das kein Konzept ist. Sie diskutieren es nicht mehr mit uns nach dem Motto: Die schwere See ist weiterhin vorhanden und die SPD zeigt keinen Weg heraus, obwohl sie etwas anderes versprochen hat.

Frau Kisseler muss – das ist auch von meinen Vorgängern angeführt worden – dazu natürlich Stellung nehmen.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Ja, sie meldet sich schon!)

Sie hat selbst etwas völlig anderes dargestellt, auch noch im Kulturausschuss, und ich möchte ihre Meinung dazu hören, damit dieses offen und ehrlich diskutiert wird und wir nicht nur Flurgerüchte hören, warum welcher Antrag wie und wo durchgereicht worden ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Christa Goetsch* GAL)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Frau Senatorin Kisseler hat jetzt das Wort.

**Senatorin Barbara Kisseler:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir, ganz ohne Zitat anzufangen. Die historischen Museen stehen vor einer großen Herausforderung, allerdings keineswegs nur in Hamburg. Sie bilden mit 45 Prozent die zahlenmäßig stärkste Museumsgruppe in Deutschland, generieren aber weniger als 15 Prozent der Gesamtbesucherzahlen. In der Gunst der Besucher, leider aber auch bei Sponsoren, haben historische Museen zurzeit keine Konjunktur. Gleichwohl kommt ihnen in den Städten eine immens große Bedeutung zu. Eine klug konzipierte Stadtgeschichte kann den inneren Zusammenhalt der Stadtbewohner stärken und ist als kulturelles Gedächtnis der Stadt von überaus großem Wert. Diesen Anforderungen können unsere historischen Museen angesichts einer jahrzehntelangen Vernachlässigung nur in begrenztem Maße gerecht werden. Der Vorgängerse-nat hat uns diesbezüglich wahrlich keine leichte Aufgabe hinterlassen.

(Beifall bei der SPD)

Zum 1. Januar 2008 wurden die vier stadtgeschichtlichen Museen zur Stiftung Historische Museen zusammengeschlossen. Darauf folgten diverse Vorstöße zur Ausrichtung dieser Stiftung. Auf Expertenbefragungen folgte mit der Berufung von Frau Kosok eine Prima inter Pares, darauf hat Frau Goetsch gerade noch einmal hingewiesen, und auf die Suche nach einem externen Generaldirektor folgte die Einsetzung von Frau Professor Baumann. Die Hilflosigkeit erreichte ihren Gipfel schließlich in der Androhung, eines der Häuser, das Altonaer Museum, zu schließen. Auf dem Höhepunkt der darauffolgenden Krise, dem sogenannten Kulturgipfel, wurde Frau Professor Baumann schließlich beauftragt, ein Konzept für die Neustrukturierung zu entwickeln. Dieses Konzept lieferte eine gründliche Bestandsaufnahme aller historischen Haupthäuser und ihrer Nebenstellen und trifft im Kern die Aussage, dass der Zusammenschluss dem Grunde nach richtig war und beibehalten werden sollte. Dabei ist jedoch die regionale Verankerung der Museen in den jeweiligen Stadtteilen absolut zu berücksichtigen. Von den Bezirksversammlungen Harburg und Bergedorf wurden übrigens mit den Stimmen der CDU-Fraktion in diesem Zusammenhang Beschlüsse gefasst, die die in ihren Bezirken liegenden Einrichtungen aus dem Stiftungsverbund herauslösen und zum Teil in den eigenen Verantwortungsbereich übertragen wollen. Genau dieses hat die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag aufgegriffen. Einige haben in der Folge eingewandt, dass diese Bestrebungen den Interessen einer starken Gesamtstiftung zunächst entgegenlaufen. Aber eine starke Gesamtstiftung kann auch durch eine sinnvolle Konzentration auf die drei großen Museen erreicht werden.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

**Vizepräsidentin Kersten Artus** (unterbrechend): Frau Senatorin, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung von Herrn Wersich?

**Senatorin Barbara Kisseler** (fortfahrend): – Nein.

Wir sind alle gut beraten – ich möchte, dass Sie sich das alle wirklich ernsthaft durch den Kopf gehen lassen –, auf diesem Weg einen Aderlass bei der Gesamtstiftung zu vermeiden. Den will niemand, das ist gerade mehrfach betont worden, und Frau Dobusch hat es deutlich gemacht.

(Beifall bei der SPD)

In welcher Form die Herauslösung der kleineren Häuser erfolgen kann, welche juristischen und personalrechtlichen Fragen zu klären sind und welche wirtschaftlichen Folgen sich daraus ergeben, wird nun Gegenstand intensiver Prüfungen sein. Unser zentrales Anliegen ist es, alle Häuser so aufzustellen, dass sie ihren Auftrag effizient erfüllen können. Das setzt sowohl für die Stadt Hamburg als Eigentümerin der Sammlungen als auch für die Stiftungen mit den einzelnen Museen und die betroffenen Bezirke voraus, dass die Konsequenzen dieser Umstrukturierung in all ihren Facetten deutlich werden müssen. Dabei werden nicht nur betriebswirtschaftlich-strukturelle Fragen im Mittelpunkt stehen, sondern selbstverständlich auch und gerade die der inhaltlichen Schwerpunktsetzung und der fachlichen Ausgestaltung. Hierfür sollen übergreifende Betrachtungen der auf die einzelnen Häuser verteilten Sammlungen der stadtgeschichtlichen Museen fortgesetzt und ausgebaut werden.

Meine Damen und Herren! Ein Stillstand bei der Fortentwicklung der Stiftung Historische Museen ist schlicht nicht vertretbar.

(Beifall bei der SPD)

Zum einen, weil die jahrelange öffentliche Diskussion dem Ansehen der historischen Museen insgesamt schadet, zum anderen, weil wir den Mitarbeitern der Häuser weitere Jahre der Unsicherheit nicht zumuten können. Der Senat wird deshalb der Bürgerschaft auf dieses Ersuchen hin rechtzeitig zu den kommenden Haushaltsberatungen konkrete Umsetzungswege aufzeigen. Heute allerdings ist es sinnvoll, einen Startschuss zu geben für den Prüfprozess, den mein Haus auf den Weg bringen wird.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion wird der Senat auch aufgefordert, neben der inhaltlichen und organisatorischen Neuordnung eine Verbesserung der Infrastruktur der Museumsarbeit zu schaffen. Senat und Kulturbehörde wollen daher beispielsweise ein so erfolgreiches Projekt wie die Digitalisierung der Sammlungsbestände fortsetzen und auf die Stiftungen Hamburger Kunsthalle, Museum für Kunst und Gewerbe sowie das Muse-

**(Senatorin Barbara Kisseler)**

um für Völkerkunde ausweiten. Entsprechende Mittel in Höhe von 2 Millionen Euro sind im Doppelhaushalt 2011/2012 veranschlagt und sollen auch in 2013/2014 in gleicher Höhe eingestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Auch beim Kulturspeicher beabsichtigt der Senat, zum nächsten Doppelhaushalt eine belastbare Lösung vorzulegen.

(*Dietrich Wersich CDU*: Das hätte man doch vor diesem Schritt machen müssen!)

Die Neugliederung der Stiftung Historische Museen ist noch nicht zu Ende gebracht. Bitte lassen Sie uns die weiteren notwendigen Schritte mit Augenmaß und nach gründlichen Prüfungen vollziehen. Ich bin davon überzeugt, dass es gelingen kann und wird, die großen Museen innerhalb der Stiftung inhaltlich zu profilieren und trotzdem neue Freiräume für eine Stadtteilorientierung bei den kleineren Häusern zu schaffen.

(Beifall bei der SPD – *Farid Müller GAL*: Wenn man dann auch genug Geld zur Verfügung stellt!)

Dann, da bin ich sicher, wird die Stadtgeschichte Hamburgs auch zu einer Erfolgsgeschichte in den Museen.

Meine Damen und Herren! Erlauben Sie mir eine kleine persönliche, fazitorientierte Anmerkung zum Schluss. Es gibt eine Geschichte bei den Peanuts, in der Linus eines Tages zu seinem Freund Charly Brown sagt: "Meinst du nicht, dass wir 'morgen' vergessen und uns ganz aufs 'Heute' konzentrieren sollten? Und Charly Brown antwortet: Das wäre Resignation, ich arbeite immer noch daran, dass gestern besser wird." Das tue ich auch.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Dr. Dressel, Sie haben das Wort.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Jetzt geht es um kleinteilige Politik!)

**Dr. Andreas Dressel SPD:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das scheint die Debatte mit den Zitaten zu sein. Ich habe noch einmal in den Artikel in der "Süddeutschen Zeitung" geschaut, der schon verschiedentlich zitiert wurde. Dort steht zum Beispiel, dass das Helms-Museum, das ein wichtiges Museum in der Museumslandschaft Hamburgs ist, im süderelbischen Vorort Harburg gelegen sei. So sind dann die Formulierungen, wenn die "Süddeutsche Zeitung" sich mit Harburger Themen auseinandersetzt. Das zeigt, dass wir nicht nur der "Süddeutschen Zeitung" zur Beurteilung überlassen sollten, wie die Museumspolitik aussehen soll.

(Beifall bei der SPD)

Einige Punkte sind aus unserer Sicht klarzustellen, weil sich so ein trautes Bild der schwarz-grünen Wiedervereinigung zeigt: Ex-Senator Wersich und Ex-Senatorin Goetsch zu diesem Thema.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Die FDP war auch dabei!)

Wir müssen ein Jahr zurückschauen. Warum ist dieses Thema auf die schiefe Bahn gelangt?

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Die Vergangenheit ist doch erledigt, hat der Bürgermeister gesagt!)

– Ja, aber es ist notwendig, noch einmal zu erwähnen, wer die Schließung des Altonaer Museums beschlossen und auf den Weg gebracht hat. Das waren Sie und Sie wollen sich jetzt als Retter der Museumslandschaft in Hamburg aufspielen? Das ist ziemlich absurd.

(Beifall bei der SPD)

Herr Wersich, zu dem, was Sie gesagt haben. Ganz war das nicht angekommen mit den feudalistischen, sozialistischen und interventionistischen Zügen, die unsere Museumspolitik angeblich tragen soll.

(*Dietrich Wersich CDU*: Das können Sie nachlesen!)

Da frage ich mich, ob Sie den Antrag wirklich gelesen haben, weil wir das Stiftungsgesetz gerade ändern wollen. Wir wollen den behördlichen Einfluss reduzieren, um gesellschaftliche Akteure weiter mit einzubeziehen. Das ist gerade das Gegenteil von dem, was Sie behauptet haben. Auch das muss klargestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

An die Adresse von Herrn Hackbusch: Das zentrale Versprechen, das wir im Wahlkampf gemacht haben, lautete, dass kein Museum in dieser Stadt geschlossen werden darf. Genau das greifen wir in dem Antrag auf, das Museumsstiftungsgesetz so zu ändern, dass wir eine Bestandsgarantie für die Häuser abgeben können. Das ist ein zentraler Fortschritt und da gilt: versprochen – gehalten.

(Beifall bei der SPD)

Zum Thema versprochen – gehalten. Das geht jetzt vor allem an die CDU und GAL, aber durchaus auch an die LINKEN.

(*Katja Suding FDP*: Und wir? – *Ksenija Berkeris SPD*: Sie waren noch nicht dabei!)

Sie sollten gucken, was Sie in Ihren Bezirksversammlungen zum Thema Ausgliederung Helms-Museum und Bergedorf beschlossen haben. Gerade in Bergedorf – das haben wir noch einmal herausgeholt, es ist gar nicht so lange her, 19. Mai 2011 – war Ihre Fraktion auch mit dabei. Das ist ein interfraktioneller Antrag der Bezirksversammlung Bergedorf, da steht sogar FDP/Piraten. Sie

**(Dr. Andreas Dressel)**

bilden eine Fraktion in Bergedorf, auch ganz interessant.

*(Finn-Ole Ritter FDP: Wir sind weltoffen, nicht so wie Sie!)*

– Super.

Lesen Sie sich bitte den Antrag noch einmal durch. Das ist ein ganz zentraler Wunsch aus Bergedorf, den wir konzeptionell eingebunden mit aufgreifen. Hier soll ein Konzept entwickelt werden, wie die Herauslösung von Bergedorf ermöglicht werden kann. Wir setzen also das um, was der Wunsch auch Ihrer Bezirksleute gewesen ist. Insofern kann ich manche Aufregung, die von Ihnen kommt, absolut nicht verstehen.

(Beifall bei der SPD)

In Harburg ist es nicht einmal ein interfraktioneller Antrag von allen Fraktionen wie in Bergedorf, sondern die Harburger CDU und die Harburger GAL waren schon ein bisschen vorher zur Einsicht gekommen. Der Antrag von CDU und GAL – Ralf-Dieter Fischer ist da noch Fraktionsvorsitzender und Herr Preuß von der GAL auch noch – zum Helms-Museum trägt das Datum vom 7. April 2010. Genau diesen Antrag setzen wir eins zu eins politisch um. Das wäre eigentlich Ihre Aufgabe gewesen, wir machen es jetzt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ein paar Harburger und Bergedorfer Abgeordnete gibt es auch in Ihren Fraktionen, vielleicht können die sich dazu äußern, denn die haben sich, wenn man die Lokalpresse durchgeht – das erspare ich Ihnen jetzt –, über die Jahre zu all diesen Fragen auch schon vor Ort positioniert, Herr Gladiator zum Beispiel. Da ist es interessant, wie Sie sich in dieser Abstimmung verhalten. Ich glaube, da schauen auch viele Leute in Ihren Wahlkreisen zu und erwarten konkrete Antworten.

Ich will das nicht nur politisch begründen, sondern auch inhaltlich aufgreifen. Da ist Ihr Antrag, Herr Wersich, sehr verräterisch, weil Sie dann fast anklagend sagen: Wir wollen aus den Museen Geschichtswerkstätten und Stadtkulturzentren machen. Fast hätten Sie das Wort "degradieren" dort hineinschreiben müssen, dann wäre das, was offenbar dahintersteht, besser zum Ausdruck gekommen.

*(Dietrich Wersich CDU: Jeder steht für sich!)*

Das gilt vor allem für Harburg und Bergedorf. Wir finden, dass Stadteilkulturzentren und Geschichtswerkstätten ganz elementare Bausteine der Kulturlandschaft in dieser Stadt sind.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der kulturelle Humus. Es ist gerade in diesen beiden Häusern in Harburg und Bergedorf

ganz wichtig – wir haben mit vielen Akteuren dort gesprochen –, dass diese Stadteilkulturinteraktion vernünftig stattfindet. Das ist bisher nicht überall der Fall, vor allem nicht unter dem Dach dieser Stiftung. Dazu können auch Elemente von Stadteilkultur und Geschichtswerkstätten kommen, das heißt, man bezieht die Bürgerinnen und Bürger in die Arbeit ein, die dort passiert. Das ist ein ganz zentraler Punkt. Deswegen sagen wir, das sollen Häuser sein, die auch Stadteilaufgaben mit erfüllen, die die Kultur des Stadtteils, die Geschichte der Stadtteile mit aufgreifen. Auch das ist unsere Vorstellung von solchen Häusern und deshalb bringen wir diesen Antrag heute auf den Weg.

(Beifall bei der SPD)

Der Prozess ist ausdrücklich offen gestaltet, auch wenn wir heute erst einmal einen Startschuss geben wollen; das hat die Senatorin eben ausgeführt. Natürlich ist das ein Prüfprozess. Der Kulturausschuss hat schon beraten, heute wird der Antrag beschlossen, der mit einer Berichtsfrist an den Senat geht, und dann gibt es eine Drucksache. Natürlich soll diese breit im Kulturausschuss diskutiert werden. Da können Sie Ihre Änderungspunkte mit auf den Weg bringen. Aber ich glaube, dass es auch okay ist, wenn die Regierungsfractionen Maßgaben in einen solchen Prozess mit hineingeben. Das ist eine ganz normale demokratische Selbstverständlichkeit. Dass zwei Ex-Senatoren meinen, uns das absprechen zu dürfen, finde ich ein bisschen aberwitzig. Auch das muss noch einmal gesagt werden.

(Beifall bei der SPD)

Zu guter Letzt vielen Dank für das Lob an die Adresse unserer Kultursenatorin. Diesem Lob schließen wir uns ausdrücklich an.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind stolz, dass es gelungen ist, Barbara Kisseler für diese wichtige Aufgabe nach Hamburg zu holen und dass wir mit ihr zusammen die Kulturpolitik gestalten können. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Herr Gladiator, Sie haben das Wort.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Da sind wir gespannt! Oder sollen wir eine namentliche Abstimmung beantragen?)*

**Dennis Gladiator CDU:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn Herr Dressel das wünscht, dann soll er die Antwort gerne bekommen. Sie haben den Antrag der Bezirksfraktion zu Recht angesprochen. Er ist im Mai dieses Jahres dort beschlossen worden, zu einem Zeitpunkt, als das Gutachten nicht vorlag

**(Dennis Gladiator)**

(*Jan Quast SPD*: Sie wussten nicht, was Sie tun!)

– hören Sie erst bis zum Ende zu –, als eine sehr große Unsicherheit vor Ort herrschte, wie die Bergedorfer Museen gestärkt werden können. Herr Hackbusch hat es angesprochen, es geht in der Tat darum, diese Museen vor Ort mit mehr Eigenständigkeit auszustatten und ihnen mehr Kompetenzen zu geben. Darüber herrscht, glaube ich, in diesem Haus Konsens, auch in der Bezirksversammlung. Das Gutachten wurde vorgelegt und die Bezirksversammlung, zumindest die CDU-Fraktion vor Ort, hat sich dieses auch sehr genau angeschaut. Sie hat die einzelnen Vorschläge geprüft, im Kulturausschuss mit der Stiftung und Frau Baumann diskutiert,

(*Dr. Christel Oldenburg SPD*: Sie haben sich noch nicht mal zu Wort gemeldet! Das ist unglaublich!)

hat die Gespräche mit allen Beteiligten gesucht und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass wir gemeinsam schauen sollten, auf welchem Wege wir eine Stärkung erreichen können – eben nicht mit einer politischen Vorfestlegung, wie Sie sie vorschlagen, sondern indem man gemeinsam mit den Experten schaut, wie wir dieses Ziel am besten erreichen können. Es kann am Ende sein, dass eine Übertragung der beste Weg ist. Ich will gar nicht sagen, dass das nicht richtig sein könnte. Aber Sie verzichten mit Ihrem Antrag auf genau diese offene Prüfung unter fachlichen Aspekten. Diesen Weg halten wir für falsch und nicht nur die CDU-Fraktion in der Bürgerschaft, sondern auch die CDU-Bezirksfraktion. Da sind wir uns mit allen beteiligten Museen vor Ort einig.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben gesagt, Sie haben den Antrag gelesen. Ich hoffe, Sie haben ihn auch verstanden, denn was Sie wiedergegeben haben, lässt mich das nicht glauben. Dieser Antrag im Mai hat ganz konkrete Vorgaben gemacht. Es wird dort nicht gesagt, wir wollen die Museen einfach haben, sondern es werden klare Bedingungen gestellt. Es wird von einem eigenen Etat und einer personellen und finanziellen Ausstattung auf jetzigem Niveau gesprochen; es wird gesagt, dass alle Dienstleistungen, die bisher genutzt werden können, weiter genutzt werden können sollen. Das waren die Bedingungen, die zu dem Zeitpunkt gesagt worden sind. In Ihrem Antrag findet sich kein Wort zur Zukunft der Bergedorfer Museen, weder inhaltlicher noch organisatorischer Natur.

(*Jan Quast SPD*: Sie müssen sich jetzt nicht entschuldigen!)

Sie sagen nicht, ob es ein historisches Museum bleiben soll, das auch wissenschaftlich arbeitet, Sie sagen nichts zur personellen Ausstattung, Sie verstecken sich hinter der Kulturbehörde und ma-

chen keine Vorgaben. Das weicht deutlich von dem Antrag ab.

(Beifall bei der CDU, der GAL und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Wenn ein Landesparlament über die Zerschlagung einer Stiftung spricht – Herr Dr. Dressel sprach eben von Maßnahmen und Vorgaben, die gemacht worden sind, und war ganz stolz, dass die Regierungsfraktion das nicht der Behörde überlässt –, dann wäre es auch notwendig gewesen, etwas zur finanziellen Ausstattung der Museen zu sagen, denn so entsteht eine Verunsicherung vor Ort und die ist nicht klein.

Die Befürchtung, dass, wenn man Ihrem Antrag folgt, die Museen am Ende mit weniger Mitteln auskommen müssen und einem Sparkonzert zum Opfer fallen, haben Sie heute nicht entkräften können. Das ist übrigens keine Position, die die CDU mit den anderen Fraktionen allein vertritt. Sprechen Sie doch bitte mit den Vertretern beider Museen. Genau diesen Ansatz, den wir vorgeschlagen haben und der zum Glück fraktionsübergreifend

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Haben Sie denn mit Herrn Weiß auch schon mal gesprochen?)

in ungewöhnlichen Koalitionen zwischen CDU, GAL, FDP und LINKE Zustimmung findet, teilen alle Beteiligten vor Ort, sowohl die Freundeskreise als auch die Museumsleitungen. Wenn Sie uns schon nicht glauben, dann glauben Sie doch bitte den Fachleuten. Vielleicht kann Sie das dazu bringen, noch einmal Ihr Vorgehen zu überdenken.

(Beifall bei der CDU)

Eines will und kann ich Ihnen nicht ersparen: Sie zitieren den Antrag von Mai dieses Jahres der Bezirksversammlung und fragen sich, wie es sein kann, dass in kürzester Zeit ein Wandel eingetreten ist. Ich habe Ihnen das erklärt. Das Gutachten ist bei uns geprüft worden, wir haben es uns genau angeschaut und sind jetzt zu dem Ergebnis gekommen,

(*Andy Grote SPD*: Dass Sie noch Jahre weiter prüfen!)

dass man ergebnisoffen prüfen soll. Das kann schnell gehen, das muss gar nicht lange dauern. Wenn Sie das kritisieren, dann würde ich gern von der Kultursenatorin wissen, wie sie zwischen Juli dieses Jahres und heute ihre Position so komplett verändern konnte. Im Juli ist als Antwort auf unseren Antrag von der Kulturbehörde mitgeteilt worden – was Herr Wersich zitierte –, dass ein transparenter Prozess gestartet werden soll, in dem über alle denkbaren Möglichkeiten diskutiert werden soll. Das ist verworfen, das passiert nicht mehr. Zum anderen kam die Kulturbehörde zu der klaren Aussage, dass eine Übertragung des Museums für

**(Dennis Gladiator)**

Bergedorf und die Vierlande in eine andere Trägerschaft ausgeschlossen werden kann. Die Kultursekretärin war der festen Überzeugung, dass die Museen nicht übertragen werden und wollte einen transparenten Prozess, um Weiteres zu erörtern. Heute, wenige Monate später, ist die Senatorin von der SPD-Fraktion zurückgepfiffen worden, darf hier noch eine Rede ablesen und von ihrer Überzeugung nichts mehr wissen.

(Beifall bei der CDU und bei *Anja Hajduk GAL* und *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Wenn Sie schon den Antrag ansprechen, gehört das zur Wahrheit dazu und es hätte mich sehr interessiert, Frau Senatorin Kisseler, was bei Ihnen dazu geführt hat, Ihre Meinung um 180 Grad zu drehen, warum Sie jetzt anders darüber denken. Leider haben Sie dazu nichts gesagt, vielleicht weil Sie dann Ihrer eigenen Überzeugung hätten widersprechen müssen.

Herr Dr. Dressel, Sie wollten wissen, wie ich heute abstimme. Ich werde unserem Antrag zustimmen. Ich hoffe, dass Sie zumindest die Größe haben, sich der fachlichen Diskussion im Ausschuss zu stellen. Lassen Sie uns gemeinsam darüber sprechen,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Machen wir später!)

welcher Weg der Beste ist. Wenn Sie heute mit Ihrer Mehrheit Ihren Antrag wider die fachlichen Argumente durchdrücken, werde ich diesen ablehnen.

(Beifall bei der CDU und bei *Anja Hajduk GAL*, *Norbert Hackbusch* und *Christiane Schneider*, beide *DIE LINKE*)

**Vizepräsidentin Kersten Artus:** Frau Goetsch, Sie haben das Wort.

**Christa Goetsch GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dressel, es ist nicht so einfach, von der Hölle ins Fegefeuer zu kommen,

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

wenn man nur über Verfahren und Technik spricht und sich nicht an das Bürgermeisterwort hält, dass man nicht nach hinten gucken sollte, sondern nach vorn, wie wir heute in der Aktuellen Stunde gehört haben. Ich möchte auf den unqualifizierten Kommentar von Ihnen zur "Süddeutschen Zeitung" kommen und dann das "Hamburger Abendblatt" zitieren. Es ist schlimm genug, dass wir unter Ihrer Regierung wieder überregional kulturpolitisch in den Schlagzeilen sind. Herr Dressel, Sie sagten, die "Süddeutsche Zeitung" hätte sich nicht in die Hamburger Kulturpolitik einzumischen, weil sie davon keine Ahnung habe.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Nee, aber der Begriff Süderelbe/Harburg ist ein bisschen schwierig!)

Ich darf einen Kommentar mit der Überschrift "Bundesliga oder Kreisklasse" aus dem "Hamburger Abendblatt" vom 21. Oktober zitieren. Der Autor schreibt:

"Bleibt die Frage, was die Stadt von ihren historischen Museen erwartet: Bundesliga oder Kreisklasse? [...] Schon jetzt blickt man aus Berlin, Frankfurt oder Dresden sprachlos auf das Hamburger Trauerspiel."

Und das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall bei der GAL)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Herr Dr. Duwe.

**Dr. Kurt Duwe FDP:\***

(*Dirk Kienscherf SPD*: Ah, wie ist das mit den Piraten?)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte klarstellen, dass die Harburger FDP-Fraktion in der Bezirksversammlung und auch der Harburger Abgeordnete in der Bürgerschaft natürlich vollkommen davon überzeugt sind, dass das Helms-Museum selbstständig werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin mit der Fraktion in der Bürgerschaft einig, dass wir uns natürlich zuerst die Zahlen von Frau Kisseler geben lassen, bevor wir eine endgültige Entscheidung treffen. Ich bin aber sehr hoffnungsfroh, dass meine Fraktion mir folgen wird, wenn die Zahlen stimmen. Ansonsten werde ich weiter dafür arbeiten, dass wir in Harburg ein zukunftsfähigeres Museum bekommen. Ein bisschen weniger Staub kann allen Museen, von denen wir hier reden, gut tun. Das möchte ich einmal ganz klar sagen: Die Ablehnung des SPD-Antrags heute ist keine Ablehnung einer Veränderung der Museumslandschaft in Hamburg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – *Jan Quast SPD*: Dann stimmen Sie doch zu!)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Herr Hackbusch.

**Norbert Hackbusch DIE LINKE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dressel und Frau Kisseler, das war eine erstaunlich schwache Verteidigung Ihres Antrags.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und einzeln bei der GAL)

Schwach deshalb, weil Sie nicht darüber geredet haben, was beschlossen werden soll, sondern,

**(Norbert Hackbusch)**

Herr Dressel, im Wesentlichen lange erzählt haben, was man prüfen sollte, was man dementsprechend in Auftrag gibt und noch einmal gemeinsam besprechen sollte, doch das ist nicht unser Hauptproblem. Wir könnten damit wunderbar leben, wir würden uns überhaupt nicht aufregen, wenn Sie nicht auf die Idee kämen, bestimmte Dinge jetzt festlegen zu wollen. Das ist der Punkt, um den wir streiten. Dass Frau Kisseler plötzlich ihre Meinung verändert hat, wurde schon deutlich gesagt. Es wäre interessant gewesen, die Gründe für die Veränderung Ihrer Meinung zu hören. Es ist doch interessant, warum Sie zuerst der Meinung sind, man solle nicht, und nun, man solle doch einzelne Museen aus der Stiftung herauslösen. Das Hauptproblem ist für mich – und das ist Ihnen, Herr Dressel, doch auch deutlich geworden, als Sie hier geredet haben –, dass Sie den Bergedorfern und Harburgern nicht sagen können, was sie wirklich bekommen. Bekommen sie die Ausrüstung, die sie brauchen, bekommen sie das Geld? Das steht hier alles nicht.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Das wird doch jetzt genau geprüft!)*

Da steht etwas von Kooperation, die man sich vorstellen könnte, aber alle wichtigen Fragen, die die Grundlage für solche Entscheidungen sind, werden nicht angesprochen. Wie soll man sich ohne Information darüber entscheiden können? Was ist denn das für eine Grundlage, um praktische Entscheidungen treffen zu können? Ich weiß nichts, ich habe keine Argumente, ich habe es noch nicht durchgerechnet,

*(Dietrich Wersich CDU: Und es darf nichts kosten!)*

aber ich entscheide. Was ist denn das für eine faule Politik?

*(Beifall bei der LINKEN, der CDU und der GAL)*

Über alle anderen Dinge gibt es gar keine Aufregung, vieles finde ich interessant. Die Stadtteilorientierung zum Beispiel möchte ich gern noch einmal diskutieren, weil ich glaube, dass sich da spannende Dinge entwickeln können, und ich mich mit Herrn Wersich in dieser Angelegenheit gern ein bisschen streite.

Ein zweiter zentraler Punkt, der Ihnen so wichtig war, wo ich das SPD-Programm genau gelesen habe.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt kommt der demokratische Sozialismus!)*

– Jetzt kommt nicht der demokratische Sozialismus. Ich weiß, dass Sie immer alles Mögliche versprechen, und wir müssen das dann irgendwie reinholen. Das kenne ich schon. In den vergangenen Jahren war das immer so mit der SPD.

*(Beifall bei Dora Heyenn DIE LINKE)*

Sie hat viel Soziales versprochen und wir mussten etliches reinholen. Jetzt hat sie wieder etwas versprochen, ich lese es Ihnen vor. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm einfach und klar geschrieben:

*"Statt Museen schließen zu wollen, wie das Altonaer Museum, müssen die Hamburger Museen auskömmlich finanziert werden."*

Genau das ist die Aussage. Jeder, der sich um die Museen kümmert, weiß, was auskömmlich finanziert bedeutet. Das ist ein Versprechen gewesen, das Sie nicht eingelöst haben, und das Sie im Arbeitsprogramm des Senats unter den Tisch haben fallen lassen. Das ist ein Versprechen, mit dem Sie in der Hamburger Bevölkerung 50 Prozent der Stimmen bekommen haben. Sie begehen hier Wahlbetrug.

*(Beifall bei der LINKEN – Gabi Dobusch SPD: Und erstmal kriegen die Museen 1 Million mehr!)*

Diesen Zwischenruf, sie bekommen 1 Million Euro mehr, muss ich beantworten. Sie haben eine völlig verrückte Konstruktion von Schwarz-Grün übernommen. Alle wussten, dass die Museen nicht auskömmlich finanziert waren, und deshalb musste diese Sonderkonstruktion mit den 2 Millionen Euro gebildet werden. Frau Suding hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass der Senat damit hart am Rand der Legalität agiert hat, weil das Geld für etwas anderes versprochen worden ist als dafür, wozu es letztendlich benutzt wurde. Genau deswegen müssen Sie das verändern.

*(Dr. Andreas Dressel SPD: 1 Million ist 1 Million mehr!)*

Nein, der Sonderfond war vorher da, der ist jetzt um 1 Million Euro gekürzt worden. Das Geld ist nur anders verteilt worden und dementsprechend ist das jetzt geschummelt.

*(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)*

**Präsidentin Carola Veit:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Die Abgeordnete Dr. Oldenburg hat mitgeteilt, dass sie an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Wer stimmt nun einer Überweisung der Drucksachen 20/1969 und 20/2099 an den Kulturausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann sind die Überweisungsbegehren mit Mehrheit abgelehnt, und wir stimmen in der Sache ab.

Zunächst zum Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/2099.

**(Präsidentin Carola Veit)**

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Nun zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/1969.

Wer diesem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist dieser Antrag angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 23, Drucksache 20/1792, Antrag der CDU-Fraktion: Straßenbenennung zur Deutschen Einheit.

Meine Damen und Herren! Sie müssen nicht auf die Straße gehen, um das möglicherweise dort miteinander auszutauschen. Ich würde Sie bitten, Platz zu behalten, wenn Sie der Debatte folgen mögen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:  
Straßenbenennung zur Deutschen Einheit  
– Drs 20/1792 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/2107 ein Antrag der FDP-Fraktion vor.

**[Antrag der FDP-Fraktion:  
Straßenbenennung zur Deutschen Einheit  
– Drs 20/2107 –]**

Beide Drucksachen möchte die SPD-Fraktion an den Kulturausschuss überweisen lassen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Roock, Sie haben es.

**Hans-Detlef Roock** CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gern hätte ich auf die erneute Debatte verzichtet, nicht, weil ich sie für überflüssig halte, im Gegenteil, sie scheint mir wichtiger denn je. Ich hätte mir aber sehr gewünscht, dass sie bereits obsolet wäre und wir im 22. Jahr nach der Wiedervereinigung eine Straße dieses Namens in Hamburg bereits hätten und wenn schon nicht das, dann doch wenigstens einen definitiven Beschluss – aber leider Fehlanzeige. Das ist für mich nicht nur absolut nicht nachvollziehbar, sondern auch beschämend. Seit einigen Jahren fordern meine Fraktion und ich die Benennung einer Straße oder eines Platzes, die an dieses in unserer Geschichte so herausragende Ereignis erinnert.

(Beifall bei der CDU und bei *Robert Bläsing* FDP)

Mir persönlich sind der Widerstand dagegen und mangelnder Wille absolut unverständlich. Wie kann es sein, dass ein verhältnismäßig einfaches und probates Vorhaben so halbherzig betrieben wird.

Die Aussagen und Begründungen, die wir in der Antwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage hörten, sind wenig glaubhaft. Der Senat müsste hier stärker auf die Bezirke Einfluss nehmen, und die dann möglicherweise notwendigen Adressänderungen für Anwohner und Geschäftsleute dürften für mein Verständnis kein Hinderungsgrund sein. Vertretern dieser Auffassung empfehle ich dringend, sich noch einmal der Tragweite und der Bedeutung der friedlichen Revolution und der daraus resultierenden Deutschen Einheit bewusst zu werden. Dann sollte auch ihnen klar werden, wie asymmetrisch ihre Argumentation sich zur Bedeutung des Ereignisses verhält.

(Beifall bei der CDU und bei *Robert Bläsing* FDP)

Als Objekt von Parteiengezänk eignet das Thema sich ebenfalls nicht. Ich könnte mir gut vorstellen, einen so zentralen Platz wie den Rathausmarkt zum Platz der Deutschen Einheit zu machen, aber erschrecken Sie nicht, ich bin Realist genug, um die Aussichtslosigkeit dieser Idee richtig einzuschätzen. Daher fordern wir den Senat auf, zukünftig eine Fläche in der "Neuen Mitte Altona" so zu benennen; dies sollte nun aber wirklich möglich sein. Alles andere würde vom mangelnden politischen Willen zeugen. Wir haben einen konkreten Vorschlag gemacht, verschließen uns aber ausdrücklich nicht, einen anderen Platz oder eine andere Straße umzubenennen, der oder die der Bedeutung dieses geschichtlichen Ereignisses gerecht wird, und insofern sind wir bereit, die Änderungen des Petitums aus dem FDP-Antrag zu übernehmen.

Meine Damen und Herren! Je weiter die Ereignisse zurückliegen, die das Leben in einem vereinten demokratischen und freiheitlichen Europa ermöglichten, desto mehr geraten sie in Vergessenheit. Dem, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen wir auf vielfältige Weise entgegenwirken.

(Beifall bei der CDU und bei *Robert Bläsing* und *Dr. Kurt Duwe*, beide FDP)

Hierbei sind entsprechende Namensgebungen von Straßen nicht nur ein symbolischer Akt, sondern schaffen dauerhafte öffentliche Aufmerksamkeit und halten Erinnerungen wach. Es darf einfach nicht in Vergessenheit geraten, welch ein menschenverachtender Unterdrückungsstaat die DDR war, wie couragierte Männer und Frauen in einer friedlichen Revolution sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker beriefen und so den demokratischen Wandel zur Vereinigung herbeiführten. Wir würdigen mit dem symbolischen Akt nicht zuletzt den Mut und die Demokratieleistung der vielen Namenlosen, die nie einzeln geehrt wurden, deren Namen in den Geschichtsbüchern keine Erwähnung finden. Deshalb stünde es Hamburg gut zu Gesicht, diesen Schritt endlich zu vollziehen.

**(Hans-Detlef Roock)**

Ich bitte daher um breite Zustimmung für diesen Antrag.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Kurt Duwe*  
*FDP*)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun der Abgeordnete Lein.

**Gerhard Lein** SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Tat ein Jahr her, dass die Bürgerschaft der 19. Legislaturperiode einstimmig den Antrag beschlossen hatte, einen herausragenden Ort der Stadt zur Erinnerung an die friedliche Revolution in der DDR und die deutsche Wiedervereinigung zu benennen. Die damalige Regierung ist jedoch offensichtlich nicht tätig geworden. Nebenbei, sie hätte über viele Jahre hinweg tätig sein können bei den vielen Benennungen in der HafenCity – ich will nur daran erinnern.

Wohl aber wurde die neue Regierung gleich im April tätig. Eine Abfrage der Bezirke brachte das Ergebnis, dass dem Erinnerungswert angemessene Flächen derzeit nicht zur Benennung anstünden. Man wolle aber am Ball bleiben. Das ergab Ihre Schriftliche Kleine Anfrage. Es ist gut Herr Roock, ausdrücklich will ich das sagen, dass Sie erinnern und mahnen. Heute soll mit diesem Antrag an den seinerzeit einmütigen Beschluss der Bürgerschaft erinnert werden. Wir stimmen im Ziel mit Ihnen überein und wollen auch die Debatte im Kulturausschuss vertiefen. Hoffentlich geht es dann nicht mehr, wie vor einem Jahr, um gegenseitige Belehrungen über richtige Geschichtsauffassungen, sondern schlicht um die Frage, welcher Ort geeignet ist, an eine friedliche Revolution, die Wiedervereinigung und das Zusammenwachsen nach vierzig Jahren Trennung zu erinnern.

(Beifall bei der SPD)

Seinerzeit gab es eine an Zwischenrufen und Präsidentenermahnungen reiche Debatte, in der von verschiedenen Seiten die jeweiligen Redner der Fraktionen aufgefordert wurden, beim Thema des Antrags zu bleiben. Aber das war nicht so einfach und ist es heute übrigens auch nicht. Denn immer, wenn es um in Symbole gegossene Erinnerungskultur geht, wie Straßennamen zum Beispiel, dann kommen auch problematische Erinnerungen hervor, und die wollen bewältigt werden. Herr Roock, der auch heute für die die CDU zu dem Benennungsgrund spricht, hielt eine zugegebenermaßen recht umfangreiche Vorlesung über die Geschichte der DDR, die Geschichte der Revolution, die Geschichte der Wiedervereinigung und über den Unrechtsstaat DDR, was Frau Schneider von der LINKEN dann missfiel. "Kommen Sie doch mal zur Sache" wandte sie verärgert ein.

(*Robert Bläsing* FDP: Zitieren Sie doch nicht alte Debatten!)

Frau Dr. Oldenburg begründete die Zustimmung der SPD, machte in ihrer Rede auf die vielfältigen Hamburger Bemühungen aufmerksam – unter anderem die Städtepartnerschaft Hamburg/Dresden –, die deutsche Teilung zu überwinden und nach erfolgreicher Grenzöffnung auch praktisch etwas für die Besucher und Umsiedler zu tun, was dann Frau Möller mit dem Zwischenruf kritisierte, was das mit dem Antrag zu tun habe. Herr Gwosdz äußerte nach einem ausdrücklichen Bekenntnis zum Antrag den Wunsch, in diesem Zusammenhang auch für die Änderung von Hamburger Straßennamen mit fragwürdiger Tradition allgemein nachzudenken, was Frau Schneider zum Anlass nahm, sich vorwiegend mit hiesigen Straßennamen kolonialistischer Tradition zu befassen, die geändert werden müssten, dazu an Ereignisse, die tunlichst mit Straßennamen erinnert werden sollten, Morde der jüngeren Vergangenheit und solche Dinge. Dabei hat sie sich um eine Bewertung des Antrags selbst gedrückt, in dem es ausschließlich darum ging, an die Deutsche Einheit zu erinnern. So musste von ihr auch kein Wort mehr über das vergangene Unrechtsregime der DDR geäußert werden, nur zur Erinnerung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Neubenennung von Straßen und Plätzen will vieles bedacht sein, nicht zuletzt,

(*Antje Möller* GAL: Nicht zuletzt alte Protokolle noch einmal vorzulesen!)

ob der Ort die Größe und Ehre des Namens würdig vertreten kann, noch mehr bei der eventuellen Umbenennung von Straßen und Plätzen mit zum Teil erheblichen Folgekosten. Die Antragsteller haben offensichtlich gelernt und einen konkreten Vorschlag gemacht, nämlich die Suche nach einem repräsentativen Ort in der noch nicht existierenden "Neuen Mitte Altona". Wann wird die übrigens zur Namensnennung aufgerufen sein? Haben Sie mal überlegt, wie viel Jahre das noch dauern könnte? Die FDP ist da zumindest angenehmer, indem sie am alten Beschluss festhalten will, einen repräsentativen Ort zu finden. Das ist genau die Aufgabe des Senats und ich glaube, die wird er auch annehmen. Es gibt viel zu bedenken, deshalb ist die Überweisung sinnvoll und vielleicht ist es sogar sinnvoll – so meine persönliche Meinung –, mit zielstrebigem Geduld auf den 25. Jahrestag 2014 zu warten und bis dahin einen wirklich repräsentativen Ort zu finden. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun Frau Goetsch.

**Christa Goetsch GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Roock, es ist sicherlich ein ehrenvolles Anliegen, gerade angesichts der Zäsur in der Geschichte, einen würdigen Platz zu finden. Ich möchte betonen, dass in Wohngebieten oder auch noch zu bauenden Wohngebieten Straßenbenennungen sowieso im Bezirk stattfinden sollten. Das ist Bezirksebene und eine Benennung sollte, um eine hohe Akzeptanz zu haben, möglichst auch mit den entsprechenden Beteiligungsverfahren vorgenommen werden. Deshalb ist mir der FDP-Antrag wesentlich sympathischer, weil er dafür Raum lässt. Stellen Sie sich einmal vor, wir würden einen Antrag stellen, dass in der HafenCity eine Straße nach Störtebeker benannt wird. Dort werden weitere Wohngebiete entstehen, und es steht uns in der Bürgerschaft nicht zu, sie zu benennen, das sollen der Bezirk und die Leute vor Ort machen.

Ich will zum Schluss einen Vorschlag einbringen, den wir im Ausschuss diskutieren können. Es gibt eine Brücke, die in unsere Stadt führt...

*(Zurufe von Andy Grote SPD und Robert Bläsing FDP)*

– Das scheint selbst abends um halb acht ein aufregendes Thema zu sein. Das Ganze geht an den Kulturausschuss, da sind wir uns einig.

Die Brücke, die nach Hamburg führt, heißt Neue Elbbrücke und könnte die Brücke der Deutschen Einheit sein. Das wäre zum Beispiel ein Ort, wie wir ihn diskutieren. Wir überweisen den Antrag.

*(Beifall bei der GAL)*

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Bläsing, Sie haben das Wort.

**Robert Bläsing FDP:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war eben eine grandiose Idee.

Ich habe selbst ostdeutschen Migrationshintergrund ...

*(Andy Grote SPD: Das war aber nach der Wiedervereinigung!)*

– Ich wäre fast noch Jungpionier geworden. Am Wochenende war ich zu Hause, falls Sie ein kleiner Exkurs interessiert.

*(Glocke)*

**Präsidentin Carola Veit (unterbrechend):** Nun lassen Sie ihn doch erst einmal aussprechen. Sie haben alle noch jede Menge Redezeit.

**Robert Bläsing FDP (fortfahrend):** Da wurde mir einmal mehr bewusst, wie der real existierende Sozialismus so war. Mein kleiner Neffe war da, und wir haben auf dem Boden gestöbert und dort einen

alten Karton gefunden. Es war der Karton für meinen alten Spielzeugpanzer, ein T62, der in keinem Kinderzimmer in der DDR fehlen durfte. Soviel zum Pazifismus der SED und ihrer Nachfolgeparteien.

*(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)*

Das wurde mir sehr plastisch vergegenwärtigt. Wir hatten ja nichts anderes zum Spielen.

*(Heiterkeit im Plenum)*

Den Panzer haben wir natürlich zeitnah nach der Wende aus guten Gründen vernichtet.

Aber zurück zum Thema. In der vorigen Legislaturperiode hat dieses Hohe Haus schon einmal beschlossen, dass es zur Erinnerung an die Wiedervereinigung eine Straßenbenennung oder eine Platzbenennung geben soll. Die Unterrichtung der Präsidentin und die Schriftliche Kleine Anfrage des Kollegen Roock haben ergeben, dass zwar alle Behörden stets bemüht waren, allerdings bisher zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis gekommen sind. Das ist sicher nachvollziehbar.

Ich habe mir auch so meine Gedanken gemacht, welche Verkehrsflächen für dieses Vorhaben eventuell geeignet sind, und mir ist der Platz Hohe Bleichen, Große Bleichen, Heuberg in den Sinn gekommen. Er ist zentral gelegen, sehr repräsentativ und man könnte es so gestalten, dass keine Anlieger von der Platzbenennung betroffen wären. Das hätte sicher viele Vorteile.

*(Dirk Kienscherf SPD: Sie haben aber kein Gespräch mit der Presse geführt!)*

Ich habe mich natürlich nicht damit zufrieden gegeben, das einfach nur in der Zeitung stehen zu haben, sondern habe einen Antrag geschrieben, den an die Kolleginnen und Kollegen in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte gegeben, und die sind damit zur SPD gegangen. Die SPD war nicht so richtig begeistert und hat wieder einmal gesagt, wir könnten doch in der HafenCity eine Straße oder einen Platz so benennen. Das ist ja der übliche Schnack, das irgendwie in der HafenCity zu machen. Mich überzeugt das, ehrlich gesagt, nicht, solche Plätze sollten zentral gelegen sein.

Wir sind in einer Stadt mit hoher Flächenverdichtung, weshalb es nicht einfach ist, geeignete Flächen zu finden und man vielleicht wirklich einmal kreativ denken muss. Eine ähnliche Situation gab es in Hamburg-Nord, als der Blinden- und Sehbehindertenverein die Umbenennung des Holsteinischen Kamps zu Ehren von Louis Braille, dem Erfinder der Blindenschrift, wollte. Das fanden wir als FDP-Fraktion in Hamburg-Nord seinerzeit nicht so toll, weil der Holsteinische Kamp eine der ältesten Straßen von Barmbek-Süd ist. Wir haben ange-regt, die Fläche vor der U-Bahn-Station Hamburger Straße entsprechend umzubenennen.

**(Robert Bläsing)**

(Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Verzeihen Sie, Herr Abgeordneter. Ich weiß gar nicht, warum Ihr Beitrag so viele Nebengespräche auslöst.

(Zuruf von *Dr. Till Steffen GAL*)

Damit Sie auch alle unterhaltsamen Pointen mitbekommen, wäre es ratsam, dass Sie alle aufmerksam zuhören. Das Herumstehen in den Ecken können wir vielleicht auch ein bisschen auflösen.

(*Andy Grote SPD*: Der Redner muss ja auch ein Feedback kriegen!)

Herr Abgeordneter, fahren Sie bitte fort.

**Robert Bläsing** FDP (fortfahrend): Die Idee, den Platz vor der U-Bahn-Station Hamburger Straße umzubenennen, ist auf ein positives Echo gestoßen und wurde vor mehr als zwei Jahren umgesetzt. Man muss kreativ nach Bestandsflächen Ausschau halten, die sich zur Umbenennung eignen und deren Lage dem Gedenken angemessen ist. Es gibt auch das Beispiel Heidi-Kabel-Platz. Es ist offensichtlich – wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. In diesem Fall funktionierte es über die Teilumwandlung einer Bestandsfläche in den Heidi-Kabel-Platz. Das ging sehr schnell, man musste nicht bis 2014 oder 2015 warten. Daran sollte man sich ein Beispiel nehmen.

Nach der Wiedervereinigung sind viele Menschen aus den neuen, oder wie es jetzt heißt jüngeren Bundesländern nach Hamburg gezogen, und das sollte man anerkennen. Wir reden immer viel über Integration, diese Integration hat sich fast lautlos vollzogen. Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass wir zeitnah einen Platz finden und benennen. Ich habe einen Vorschlag gemacht und vielleicht sollte man darüber noch einmal nachdenken.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Carola Veit**: Das Wort hat Herr Hackbusch.

**Norbert Hackbusch** DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich schon auf die Debatte im Kulturausschuss, das wird spannend. In Hamburg ist es nicht so sehr üblich, Straßen oder Plätze nach historischen Ereignissen zu benennen, wir beziehen uns eher auf alte Ortsteile oder Namen. Ich glaube, das ist einer der Gründe, warum das so holpert, aber das werden wir uns dann noch einmal genauer ansehen.

Wir haben die Debatte vom letzten Mal von Herrn Lein schon dargestellt bekommen, eigentlich müsste man das nicht noch einmal wiederholen. Ich möchte trotzdem kurz in die ideologische Debatte einsteigen.

(*Olaf Ohlsen CDU*: Fass dich kurz!)

– Kurz? Mach ich doch immer.

Am meisten freuen würde ich mich, wenn wir uns auf den letzten Gedanken von Herrn Roock einigen könnten, gemeinsam einen Platz der Revolution zu feiern.

(Zurufe von der SPD)

– Der friedlichen Revolution in der DDR, das kann man ja dazuschreiben.

Wenn wir den 4. November 1989 gemeinsam feiern könnten, den Tag, an dem es einen Aufstand in der DDR gab und das dort herrschende Unrechtsregime weggefegt wurde – ich finde, eines der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte unseres Landes –, würde mich das unheimlich freuen. Ich wäre einer der ersten und begeistertsten Anhänger davon.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Soweit zur Einheit.

Ich habe etwas mehr Schwierigkeiten zugegebenmaßen – das kann man länger diskutieren – mit einem Platz der Deutschen Einheit.

(Glocke)

**Präsidentin Carola Veit** (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Es wird langsam so laut, dass ich hier vorne einzelne Wortfetzen aus Ihren Gesprächen mitbekomme, das ist eindeutig zu laut. Auf das Eckengestehe hatte ich auch schon hingewiesen, es sind immer noch dieselben Eckensteher wie vor fünf Minuten. Vielleicht können Sie sich langsam wieder hinsetzen. – Fahren Sie fort, Herr Abgeordneter.

**Norbert Hackbusch** DIE LINKE (fortfahrend): Wir haben die Revolution hinter uns gelassen und sind jetzt bei der Frage der Einheit. Sie wissen, dass ich in gewisser Weise skeptisch zu dieser Einheit stehe.

(Heiterkeit bei der CDU)

Mir ist völlig klar, dass das in der CDU mit Begeisterung gesehen wird, aber die blühenden Landschaften, die Sie versprochen haben, sind überhaupt nicht eingelöst worden und Sie wissen auch, dass dort etwas schiefgelaufen ist.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– Damit müssen Sie sich auseinandersetzen, da nützt auch Ihr Geschrei nichts.

Alle ernsthaften Historiker, die dieses Datum beurteilen, sagen, dass wir es weniger mit einer gleichberechtigten Vereinigung zu tun haben, als mehr mit einer Situation des Anschlusses.

**(Norbert Hackbusch)**

(Beifall bei *Christiane Schneider* und *Heike Sudmann*, beide *DIE LINKE*)

Meine Damen und Herren! Auch damit müssen Sie sich auseinandersetzen. Wir können diese Debatte gern im Ausschuss vertiefen, aber diese Meinung vertrete nicht nur ich, sondern sie ist weit verbreitet. Sie werden sich das auch von ernsthaften Historikern sagen lassen müssen. Von daher finde ich das nicht eines der tollsten Ereignisse, das wir zu feiern haben,

(*Karl-Heinz Warnholz CDU*: Traurig!)

auch wenn ich es natürlich akzeptiere

(*Gabi Dobusch SPD*: Das ist aber nett!)

und gut damit zurechtkomme.

Dem Vorschlag von Frau Goetsch, die von Harburg nach Hamburg reichende Brücke nach diesem Ereignis zu benennen, möchte ich widersprechen. Hier hätte unsere Stadt die Pflicht und Schuldigkeit, diese Brücke "Brücke der Befreiung" zu nennen. Wir haben erstaunlicherweise keine Straße oder keinen Platz in dieser Stadt, der den 8. Mai – eines der wichtigsten historischen Daten, die Befreiung vom Hitler-Faschismus – feiert. Über diese Brücke sind damals die britischen Panzer nach Hamburg gefahren;

(Heiterkeit bei der CDU)

das wäre ein richtiges Moment. Das ist wieder mein Anschluss an die FDP, die Panzer.

(*Andy Grote SPD*: Historische Ereignisse ohne Panzer taugen auch nichts!)

– Das nicht, aber ich finde, der 8. Mai ist zu feiern in dieser Stadt.

(Beifall bei der LINKEN)

Vielleicht ist die SPD anderer Meinung, aber bisher war das breiter demokratischer Konsens. Ich bin etwas verwundert über die erstaunten Gesichter hier. Wir sollten diesen Schritt gehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/1792 und 20/2107 an den Kulturausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig überwiesen.

Ich bin sicher, Sie werden dort eine lebhaftere Debatte führen.

Meine Damen und Herren! Uns liegt inzwischen auch das Ergebnis der Wahl eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung vor.

Bei dieser Wahl sind 109 Stimmzetteln abgegeben worden, davon waren drei Stimmen ungültig und somit 106 gültig. Herr Dr. Lühje erhielt 89 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, drei Enthaltungen und ist damit gewählt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 31, Drucksache 20/1952, Antrag der GAL-Fraktion: A 26 auf Hamburger Gebiet sinnvoll vernetzen.

**[Antrag der GAL-Fraktion:  
A 26 auf Hamburger Gebiet sinnvoll vernetzen  
– Drs 20/1952 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Verkehrsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Steffen, Sie haben es.

**Dr. Till Steffen GAL:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei diesem Antrag geht es nicht um Panzer – es ist schon interessant, dass hier bei der Leidenschaft für Panzer Berührungspunkte entstehen –, es geht auch nicht um dröge und schwer vorstellbare verkehrspolitische Themen, wie wir sie vorhin besprochen haben, es geht um den Bau einer Autobahn. Das kann sich jeder vorstellen. Noch besser wäre es, wenn wir hier eine schöne Karte hätten, dann könnten wir die Probleme auch illustrieren, die wir zum Gegenstand unseres Antrags gemacht haben. Es geht um den Bau der A 26, die gerade gebaut wird und irgendwann Stade mit der A 7 verbinden soll, also Stade, Cuxhaven und die ganze Unterelbe mit dem Hamburger Stadtgebiet. Die Besonderheiten, die zu beachten sind, liegen da natürlich im Detail. Wir haben drei dieser Punkte zum Gegenstand unseres Antrags gemacht.

Interessant ist – und das ist es auch, was die Probleme aufwirft –, dass die Autobahn in Teilabschnitten gebaut wird. Sie wird nicht ausgehend von der A 7 gebaut, wo Anschluss an das weitere Autobahnnetz bestünde, sondern nimmt dort ihren Anfang, wo kein Anschluss an weitere Autobahnen ist. Auf einem kurzen Abschnitt ist die A 26 schon in Betrieb genommen und nähert sich langsam aus ihrer Insellage heraus dem allgemeinen Autobahnnetz. Aller Voraussicht nach wird der Fortschritt dieses Autobahnbaus eine Weile an der Landesgrenze verharren. Wir haben in der schwarz-grünen Koalition immer gesagt, dass es nicht die Lösung sein kann, einen Jägerzaun aufzustellen – so wird es in der Praxis auch nicht sein –, aber es kommt sehr darauf an, sich das zu erwartende Szenario im Detail vor Augen zu führen.

Die Autobahn wird relativ nah an Buxtehude – unweit der bestehenden Bundesstraße 73 – und mit etwas mehr Abstand an Neu Wulmstorf vorbeige-

**(Dr. Till Steffen)**

führt bis in die direkte Nachbarschaft des Dörfchens Rübke. Rübke ist in diesem Zusammenhang schon berühmt geworden. Genau neben diesem Dorf ist die Landesgrenze und dort soll die Autobahn einstweilen enden. Zwar ist eine kleine Umgehungsstraße um Neu Wulmstorf herum geplant, die aber erst einmal zurückführen wird und daher nicht besonders attraktiv ist. Wenn die Autobahn dort endet, wird sich ein erheblicher Teil des Verkehrs auf das Straßennetz im Alten Land ergießen, also durch Rübke hindurch und die Orte Neuenfelde, Moorburg und Finkenwerder, sicherlich auch Richtung der dann fertiggestellten Ortsumgehung Finkenwerder. Das Straßennetz, insbesondere in Neuenfelde, ist aber überhaupt nicht darauf ausgelegt, solche großen Verkehrsmengen aufzunehmen. Wenn es tatsächlich dazu kommen sollte, dass die Autobahn geraume Zeit an der Landesgrenze endet, dann wäre es fatal, wenn sie schon soweit in Betrieb genommen würde.

Es ist nichts Neues – das hat es bei anderen Autobahnprojekten auch gegeben –, dass fertiggestellte Teilabschnitte nicht in Betrieb genommen werden, bis der passende Anschluss da ist. Es wäre ausgesprochen vernünftig, wenn die Autobahn, solange der Anschluss an die A 7 nicht vorhanden ist, einstweilen in Buxtehude enden würde, dann mit einer Verbindung an die leistungsfähige B 73. Da wäre die Situation natürlich auch nicht ganz einfach, aber die B 73 ist in ihrer Leistungsfähigkeit überhaupt nicht zu vergleichen mit den kleinen Straßen im Alten Land, insbesondere in den Ortslagen von Neuenfelde.

Das ist also unser Punkt 1: Wir meinen, wenn die Autobahn an der Landesgrenze endet, darf das allerletzte Stück einstweilen nicht in Betrieb genommen werden.

(Beifall bei *Anja Hajduk* und *Antje Möller*, beide GAL)

Das ist gar nichts Besonderes, das gibt es bei vielen anderen Autobahnbauten auch, dass Teilabschnitte einstweilen noch nicht in Betrieb sind.

Zu unserem zweiten Punkt. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Rübke haben natürlich erkannt, dass, wenn die A 26 irgendwann fertiggestellt ist, die direkte Nachbarschaft einer Autobahn auch bei ihrer Fortführung bis zur A 7 Probleme schaffen kann. Es soll eine Anschlussstelle bei Rübke entstehen, die zur Folge haben wird, dass sich Verkehre von der Autobahn aus auch in andere Richtungen bewegen können, nicht nur nach Süden Richtung B 73 über die neu zu bauende Umgehungsstraße um Neu Wulmstorf herum, sondern auch nach Norden in Richtung Umgehung Finkenwerder und Airbuswerk. Es könnte durchaus für viele interessant sein, diese Richtung einzuschlagen über die kleinen, dörflich geprägten Straßen. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Rübke wollen das Problem für sich mit einer Umgehung um

ihr Dorf herum lösen. Dabei ist es ihnen herzlich egal, dass man dann im weiteren Verlauf dieser Verkehrsanbindung auf noch engeren Straßen in Neuenfelde landet, in denen die Häuser tatsächlich bis unmittelbar an die Straße gebaut sind. Es kann nicht sinnvoll sein, im ersten Abschnitt eine leistungsfähige Anbindung an die Autobahn zu bauen, um dann in einem deutlich kleineren Straßennetz zu enden. Man leitet den zusätzlichen Verkehr unmittelbar in die Ortslagen der Hamburger Stadtteile im Alten Land. Das ist nicht sinnvoll, da muss es andere Lösungen geben. Es muss entsprechende Beschränkungen dieser Verbindungen geben, damit das nicht zum Hauptschleichweg für größere Verkehrsmengen einschließlich Lkw wird. Da finde ich die Signale, die zwischenzeitlich auch von Hamburger Politikerinnen und Politikern gegeben wurden, ganz falsch. Es kann nicht sein, dass das eine Dorf zulasten der anderen Dorflagen auf Hamburger Stadtgebiet seine Probleme löst.

(Beifall bei *Dr. Stefanie von Berg*, *Anja Hajduk* und *Antje Möller*, alle GAL)

Auch unser dritter Punkt betrifft den noch nicht abgeschlossenen Planungsprozess, nämlich die Frage, wie genau eigentlich die A 26 an die A 7 anschließt. Da gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, auch die Überlegung, die A 26 so an die A 7 anschließen zu lassen, dass ein ganz bestimmter Verlauf der Hafenuferspange schon vorgezeichnet ist. Wir meinen, dass es sinnvoller ist, sich die weitere Entwicklung offenzuhalten. Wir wissen überhaupt nicht, ob es je eine Verbindung in Form der Hafenuferspange bis zur A 1 geben wird,

(*Klaus-Peter Hesse* CDU: Natürlich!)

und wenn ja, wie die Rahmenbedingungen dann sein werden und ob man bei der gleichen Planungsidee landen wird, wie sie zuletzt verfolgt wurde.

Was auf keinen Fall passieren darf, ist eine provisorische Verlängerung der A 26 über die A 7 hinaus bis an den östlichen Teil von Moorburg mit Anschluss an den Straßenzug Moorburger Bogen/Seehafenstraße. Es gibt diese Überlegung, weil die Hafenuferspange dann als Restprojekt nicht mehr so groß und vielleicht leichter durchzusetzen wäre. Wenn wir bei einem solchen Zwischenschritt stehen bleiben würden, hätten wir eine massive zusätzliche Belastung des Kerns von Harburg. Das kann nicht sinnvoll sein. Deswegen muss ganz klar sein: Die A 26 muss an der A 7 enden und darf auch nicht eine bestimmte Fortführung unmittelbar voraussetzen.

Wir haben unseren Antrag bewusst in drei Punkte aufgeteilt, weil er auf unterschiedliche Facetten eingeht, die aber alle den jetzt stattfindenden Planungsprozess betreffen und die Frage, wie genau mit der A 26 weitergemacht wird. Wir meinen, dieser Frage sollten wir uns ausführlich widmen, des-

**(Dr. Till Steffen)**

wegen haben wir auch ganz bewusst die Überweisung an den Verkehrsausschuss beantragt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort erhält nun Herr Wiesner.

**Frank Wiesner** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit diesem Antrag greifen die Kolleginnen und Kollegen von der GAL ein für den Raum Süderelbe durchaus wichtiges Thema auf. Leider vermengen Sie richtige Fragestellungen mit untauglichen Ideen zur Lösung. Im Grunde ist der Antrag wieder einmal eine Bankrotterklärung Ihrer eigenen Regierungspolitik.

(*Olaf Ohlsen* CDU: Junge, Junge!)

– Sie können sich auch zu Wort melden.

Ich weiß, dass die Platte einen Sprung hat, aber während Ihrer Regierungszeit ist eindeutig zu wenig geschehen, um den Bau der A 26 voranzubringen. Im September 2010 – ich saß damals noch im Harburger Stadtplanungsausschuss – hat uns ein BSU-Vertreter zu genau der von Herrn Steffen treffend geschilderten Problematik erzählt...

(Zuruf von *Anja Hajduk* GAL)

– Sie können sich auch zu Wort melden, Frau Möller oder Frau Hajduk; ist mir egal. Ich hab's heute ein bisschen mit den Ohren,

(*Olaf Ohlsen* CDU: Nicht nur mit den Ohren!)

ich bin erkältet.

Der Vertreter der BSU erzählte uns, das Problem sei, Niedersachsen werde die A 26 bis 2018 bis Rübke fertigstellen. Auf unsere Nachfrage hin, was dann passieren werde, sagte er, auch Hamburg strebe eine Fertigstellung bis dahin an.

Um noch einmal Ihre Punkte im Einzelnen durchzugehen: Unsere Einflussmöglichkeiten auf den Bund oder auf Niedersachsen, fertige Autobahnabschnitte nicht in Betrieb zu nehmen, sind sehr gering. Diese Problematik ist von den Niedersachsen schon geprüft worden, die dasselbe Problem bei Buxtehude in Bezug auf den zweiten Bauabschnitt – der im Bau ist – und den noch nicht im Bau befindlichen dritten Abschnitt haben. Buxtehude trifft genau die Problematik, die Herr Steffen auch auf Rübke zukommen sieht; auch dort gibt es nur kleine, dünne Straßen, die dann zur B 73 führen. Da ist ganz eindeutig gesagt worden: Was fertig ist, geht auch in Betrieb, Punkt, aus, Feierabend.

Zum zweiten Punkt, der in der Tat von einer völligen Unkenntnis der örtlichen Lage und den Realitäten zeugt, Herr Steffen. Eine Ortsumgehung Rübke ist überhaupt nicht in der Planung, das ist nur eine Idee der Ortspolitik in Neu Wulmstorf. Die-

se Umgehung soll auf Hamburger Gebiet verlaufen und wir haben auch zugesagt, das im Bedarfsfall zu prüfen. Aber diese Straße wird dann in Neuenfelde auf dem Nincoper Deich enden, eine dieser kleinen, dünnen Deichstraßen – da haben Sie völlig recht –, über die dann der Verkehr zum neuen Airbus-Tor geführt werden wird. Ich frage mich aber allen Ernstes, wie Sie diesen Verkehrsfluss in den Norden verhindern wollen. Soll da eine Sackgasse hin? Dann bräuchte man diese Umgehung gar nicht erst zu bauen. Oder soll die Fluchttrasse gleich mitgebaut werden? Eine uralte Planung aus den tiefsten Sechzigern, die festgelegt, aber baulich nie umgesetzt wurde und von der der Senat sich nach den neusten Beschlüssen und Vereinbarungen zum Thema Altes Land und Straßenneubau bereits verabschiedet hat. Die andere Variante, nämlich gar keinen Verkehr nach Norden zu leiten – das heißt, man baut eine Anschlussstelle, die das nicht vorsieht –, kann ich mir ehrlicherweise überhaupt nicht vorstellen.

Zum dritten Punkt. Wenn Sie jetzt noch einmal anfangen, geänderte Trassen im Anschlussbereich der A 7 des Autobahnkreuzes Süderelbe zu diskutieren, dann verzögern Sie die Planungen für die A 26 noch weiter. Wenn das alles nicht so traurig wäre, könnte man nur noch lachen. Es war doch Schwarz-Grün mit Frau Hajduk als Senatorin, die genau diese Südtrasse der Hafenuferspanne festgelegt hat, und zwar inklusive des Autobahnkreuzes, das Sie jetzt kritisieren als nicht richtig geplant oder wo Sie irgendwelche naturrechtlichen Bedenken haben. Das ist auch wieder ein Armutszeugnis Ihrer Regierungspolitik.

Ich fasse also zusammen: Wenn man will, dass die A 26 in Hamburg auf jeden Fall nicht rechtzeitig fertig wird, dann muss man Ihrem Antrag zustimmen. Genau das werden wir nicht tun, sondern diesen ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort hat nun Herr Hecht.

**Heiko Hecht** CDU:\* Sehr geehrte Damen und Herren, Frau Präsidentin! Der Kollege Wiesner hat hier einiges nicht richtig dargestellt. Uns ein Versagen vorzuwerfen, wo wir als CDU in den letzten zehn Jahren die strittigen Verkehrsprojekte überhaupt erst einmal in Angriff genommen haben, ist nicht in Ordnung, das muss ganz klar gesagt werden.

(Beifall bei der CDU)

Natürlich sieht in der Rückschau vieles anders aus. Den letzten Verkehrsentwicklungsplan hat es aber 1976 gegeben und danach ist gar nichts gekommen. Wir als CDU mussten darauf mühsam aufbauen und haben die A 26, die Hafenuferspanne und die Ortsumgehung Finkenwerder angeschos-

**(Heiko Hecht)**

ben – das waren wir und nicht Sie, mit dieser Wahrheit müssen Sie leben.

*(Dirk Kienscherf SPD: Die Hafenuferspange könnte doch schon fertig sein!)*

Lassen Sie uns doch einmal über Details sprechen. Wenn wir über Autobahnbau sprechen, dann müssen wir uns auch anschauen, was es zwischen 1991 und 2008 an Zuwachs des motorisierten Individualverkehrs gegeben hat, nämlich 25 Prozent. Da brauchen wir jeden Verkehrsträger, auch die Autobahn. Es ist verdienstvoll, was der Kollege Steffen mit seiner Fraktion auf den Weg gebracht hat. Die A 26 ist ein wichtiges Thema und wir müssen uns auch mit den Anschlüssen beschäftigen. Ich hoffe, dass Senator Horch sich mit seinen Überlegungen zu diesem Thema ergänzend in die Debatte einbringen wird. Wir werden jedoch den Punkt 1 Ihres Antrags ablehnen. Kollege Wiesner hat es bereits richtig ausgeführt. Ich selber fahre regelmäßig nach Stade zu Gerichtsterminen, da kommt man flott voran. Jede freie Strecke Autobahn, die wir haben, ist gut und wird in Deutschland gebraucht. Es geht gar nicht ohne.

Kommen wir zu Punkt 2, da haben wir eine etwas andere Meinung: Ortsumgehungen sind grundsätzlich wichtig und nützlich. Wir als CDU haben mit der Ortsumgehung Finkenwerder vorgemacht, wie man so etwas anschiebt. Wir haben am 31. Juli 2012, also in weniger als acht Monaten, die Verkehrsfreigabe auf der Ortsumgehung. Das wird auch im Raum Süderelbe zu einer Entlastung beitragen. Wir als CDU haben uns auch um den Raum Süderelbe gekümmert und dort ein Verkehrskonzept auf den Weg gebracht. Das ist das, woran wir auch den Senat messen.

Auch Punkt 3 Ihres Petitions müssen wir ablehnen, weil wir uns auf die südliche Variante des Anschlusses der Hafenuferspange an die A 7 festgelegt haben. Wir wollen einen Ringschluss. Wir möchten die A 26 an die A 7 dort anknüpfen, wo es auch mit der Hafenuferspange weitergehen soll. Wir wollen keine weiteren Autobahnauffahrten und -abfahrten haben, sondern wir möchten, dass es in einem Rutsch durchgeht, damit wir den größtmöglichen Entlastungseffekt haben – für die Menschen, aber auch für unsere wachsende Wirtschaft.

Ich fordere den Senat auf, heute klar zu bekennen, was bezüglich der A 7 wie und wo stattfinden soll und wie dafür Sorge getragen wird, dass die A 26 jetzt schnell gebaut wird und wir in Hamburg die verkehrliche Entlastung bekommen, die wir brauchen. – Danke.

*(Beifall bei der CDU)*

**Präsidentin Carola Veit:** Das Wort bekommt Herr Dr. Schinnenburg.

**Dr. Wieland Schinnenburg** FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat zur Frage A 26 und Hafenuferspange eine klare Agenda.

Erstens: Wir wollen die A 26 und die Hafenuferspange so schnell wie möglich.

*(Beifall bei der FDP und bei Thomas Völsch SPD, Klaus-Peter Hesse und Birgit Stöver, beide CDU)*

Zweitens: Wir wollen eine Trasse für die Hafenuferspange, die soweit nördlich wie möglich verläuft. Wir halten es für sehr falsch, was CDU und GAL beschlossen haben; nördlich ist besser. Was Sie beschlossen haben, ist keine Hafenuferspange, sondern eine Hafenumfahrung, meine Damen und Herren. Das lehnen wir ab.

*(Beifall bei der FDP)*

Drittens: Wir wollen, dass die Bürger im Alten Land geschützt werden. Dafür brauchen wir unter anderem auch die A 26. Im Einzelfall muss man in der Tat berücksichtigen, welche Umgehungsfahrten möglicherweise vermieden werden können. Das ist das, was wir wollen.

Jetzt kommt das, was wir nicht wollen: Wir wollen genau das nicht, was die GAL in Wirklichkeit mit ihrem Antrag bezweckt, nämlich eine Verzögerung der A 26. Die GAL mag vielleicht einen Skateboardweg von Buxtehude nach Neuenfelde bevorzugen, aber die A 26 und die Hafenuferspange – wir haben es gerade gehört – wollen Sie nicht. Wir stimmen damit nicht überein und wir wollen auch keine Einzelfallentscheidung, sondern ein Gesamtkonzept. Es hat keinen Sinn, einzelne Punkte einer größeren Problemlage in einem Antrag herauszugreifen und über Zustimmung oder Ablehnung zu beschließen.

Wir sind für eine Überweisung an den Verkehrsausschuss, weil das Thema in der Tat diskussionswürdig ist. Sollte es zu der Überweisung nicht kommen, werden wir uns bei dem Antrag enthalten. – Vielen Dank.

*(Beifall bei der FDP)*

**Präsidentin Carola Veit:** Frau Sudmann, Sie haben das Wort.

*(Heiko Hecht CDU: Die LINKE will doch die A 2026!)*

**Heike Sudmann** DIE LINKE: – Das mit 2000 müssen Sie noch einmal erklären.

Ich glaube, Herr Schinnenburg, dass Sie der GAL mit dem Skateboardweg gerade sehr unrecht tun; sie hat sich doch, anders als früher, schon vor einigen Jahren zur A 26 bekannt. Da kann ich mich nur fragen: Was heißt grüne Verkehrspolitik?

**(Heike Sudmann)**

Herr Steffen, Sie haben jetzt genau das Problem, das wir seit Jahren als Salami taktik der Verkehrspolitik beschreiben: Ist die Salami erst einmal angeschnitten, soll sie auch ganz aufgegessen werden. Hier haben wir nun Teilabschnitt für Teilabschnitt und jetzt heißt es: Wenn es denn schon gebaut ist, muss es auch weitergehen.

Was Sie abliefern, ist meiner Wahrnehmung nach ein Rumgeeiere. Eigentlich wollen Sie die A 26 doch nicht mehr, warten aber, bis alle Anschlüsse da sind. Die Geister, die Sie gerufen haben, sind jetzt da und Sie werden sie nicht mehr los.

Sie haben gemeinsam mit der CDU ein Gesamtmobilitätskonzept für den Hamburger Süden in Auftrag gegeben, aber von vornherein festgelegt: Die A 26 steht fest, die Hafenspanne steht fest und so weiter. Das ist kein Mobilitätskonzept, das ist ein Straßenbaukonzept und so etwas brauchen wir heutzutage nicht.

Wir werden den Antrag der GAL ablehnen.

(Beifall bei der LINKEN)

**Präsidentin Carola Veit:** Herr Dr. Steffen, bitte.

(*Heiko Hecht CDU:* Also doch die A 2026!)

**Dr. Till Steffen GAL:** Es ist doch erstaunlich, wie große Kurven gemacht werden können, wenn es um die Lösung konkreter Probleme geht. Wir werden trotz aller Bemühungen, die Sie hier unterstellen, zeitnah zu einem Weiterbau zu kommen, bei der Fortführung der A 26 eine Unterbrechungssituation und infolgedessen absolut unerträgliche Belastungen der Ortslagen im Alten Land haben. Sie tragen die Verantwortung dafür, wenn konkret machbare Lösungen nicht ergriffen werden. Genau um diese konkreten Fragen geht es und nicht um allgemeine Fragen wie die, ob man die A 26 will oder nicht will – das ist der Drops von gestern, der ist gelutscht. Es geht um die Frage, wie wir mit den konkreten Problemen der Bürgerinnen und Bürger im Alten Land umgehen. Davor haben Sie sich in dieser Debatte gedrückt.

(Beifall bei der GAL)

**Präsidentin Carola Veit:** Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/1952 an den Verkehrsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Dann stimmen wir in der Sache ab. Die CDU-Fraktion möchte den Antrag der GAL-Fraktion aus Drucksache 20/1952 zifferweise abstimmen lassen.

Wer möchte Ziffer 1 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 2 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch das mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 3 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch das mit großer Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 37, Drucksache 20/1971, Antrag der FDP-Fraktion: Recht der Hamburger auf Informationszugang stärken.

**[Antrag der FDP-Fraktion:  
Recht der Hamburger auf Informationszugang stärken  
– Drs 20/1971 –]**

Die SPD-Fraktion möchte diese Drucksache an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung überweisen.

Herr Ritter, Sie wünschen das Wort und Sie haben es.

**Finn-Ole Ritter FDP:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie in der letzten Sitzung versprochen, legt die FDP-Fraktion Ihnen heute einen Antrag zum Thema Informationsfreiheit vor. Dieser beinhaltet exemplarisch Bereiche, in denen wir Liberale noch Verbesserungsbedarf im Hamburgischen Informationsfreiheitsgesetz sehen. Wir verstehen unseren Antrag als einen ersten Schritt, um sich im parlamentarischen Raum mit dem Thema Zukunft und Fortentwicklungsmöglichkeiten bei der Informationsfreiheit zu befassen und zeitnah erste Erfolge zu erzielen. Wir Liberale erkennen an, dass in Hamburg bereits gute Vorarbeit geleistet wurde, doch das zurzeit geltende Hamburgische Informationsfreiheitsgesetz weist auch noch Schwachpunkte auf. Hierzu zählen vor allem das Fehlen von Veröffentlichungspflichten beziehungsweise -geboten und die Ablehnungsfiktion in Paragraph 7 Absatz 4.

Darüber hinaus sollte sich die Bürgerschaft aber auch mit den in den Fachkreisen derzeit diskutierten grundsätzlichen Fragen der Weiterentwicklung des Rechts der Bürger auf Informationszugang befassen. Hierbei sind vor allem die folgenden beiden Stichworte zu benennen: Zusammenführung der gesetzlichen Regelungen und der Verwaltungsverfahren hinsichtlich unterschiedlicher Ansprüche auf Informationszugang sowie die Themen Open Data und Open Government. Beide Themen werden seit Jahren in der Fachwelt und durch die Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten diskutiert und propagiert – ich zitiere –:

**(Finn-Ole Ritter)**

"Ein Schlüssel für eine zukunftsfeste Verwaltung liegt daher in der übergreifenden Vernetzung und Zusammenarbeit der Behörden sowie in Transparenz, Teilhabe und Zusammenarbeit mit Bürgern und Unternehmen."

"Öffentliche Daten gehören zur öffentlichen Infrastruktur eines Landes. Soweit nicht rechtliche Gründe entgegenstehen, wollen wir diese Daten in leicht zugänglicher und standardisierter Form öffentlich bereitstellen, damit neue Angebote und Dienste, Arbeitsplätze und Einkommen entstehen können. Der Apps-Wettbewerb soll beispielhaft zeigen, welche Innovationen auf Basis öffentlicher Daten möglich sind."

(Beifall bei der FDP)

Es wird Frau Spethmann ein bisschen überraschen, wer das gesagt hat, das war nämlich der Bundesinnenminister bei der gestrigen Eröffnung der Messe "Moderner Staat" Berlin, auf der gleichzeitig der Wettbewerb "Apps für Deutschland" gestartet wurde.

Meine Damen und Herren von der CDU, diese offene Herangehensweise an das Thema würde ich mir auch von Ihrer Fraktion wünschen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, Frau Spethmann, waren Sie bei der Debatte des Themas in der Aktuellen Stunde der letzten Bürgerschaftssitzung die Einzige, die keine Notwendigkeit zur Diskussion sah.

Meine Damen und Herren! Das Thema Informationsfreiheit beziehungsweise Transparenz für die öffentliche Verwaltung in Hamburg hat in den letzten Wochen durch die Volksinitiative "Transparenz schafft Vertrauen" deutlich an Fahrt aufgenommen.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Wir Liberalen sehen das sportlich. In Berlin hat bereits zu Beginn des letzten Jahres das Volksbegehren "Schluss mit den Geheimverträgen – Wir Berliner wollen unser Wasser zurück" zu einer Anpassung des Berliner Informationsfreiheitsgesetzes im Bereich Verträge über Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge geführt. Es kann also nicht schaden, dass ein ohne Zweifel sehr weitreichender Gesetzentwurf uns Parlamentarier motiviert, uns umfassend, aber ergebnisoffen mit Chancen, Risiken und auch Kosten möglicher Ausweitungen beziehungsweise Verbesserungen des Informationsfreiheitsgesetzes zu befassen. Wir stimmen deshalb dem Überweisungsansinnen der SPD-Fraktion an den Justizausschuss zu.

Eines lassen Sie mich noch anfügen: Ich würde es sehr begrüßen, wenn sich die Mitglieder des Unterausschusses Datenschutz und Informationsfreiheit

endlich auf einen ersten Sitzungstermin einigen könnten,

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

damit wir uns unter anderem auch mit dem Tätigkeitsbericht unseres Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit sowie letztendlich auch mit unserem Antrag befassen könnten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Tabbert.

(*Dr. Till Steffen GAL:* Jetzt kommt der Termin!)

**Urs Tabbert SPD:** – Den Termin machen wir bald, das ist versprochen. Wir mussten erst einmal den Unterausschuss einsetzen, Herr Kollege.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Das haben Sie ja sehr lange verzögert!)

– Dazu haben Sie mit beigetragen. Wir machen den Termin bald.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nachdem Sie sich beim letzten Mal praktisch mit leeren Händen zum Thema Informationsfreiheitsgesetz in die Aktuelle Stunde begeben haben,

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Wir liefern!)

liefern Sie jetzt mit der Drucksache 20/1971, die Sie offensichtlich noch fleißig am selben Tag nach der Aktuellen Stunde eingereicht haben, etwas zu einem Thema, mit dem die FDP bisher auf Bundes- und Landesebene nicht so viel zu tun hatte. Auf Bundesebene, in Bundestag und Bundesrat, haben Sie sich bei der Abstimmung zum Informationsfreiheitsgesetz enthalten. Auf Landesebene und auch, was sonstige eigene Gesetzesinitiativen anbelangt, war dazu bisher nichts von Ihnen zu hören. Jetzt kommen Sie immerhin mit einem Antrag.

Die FDP stellt in dem Antrag fest, dass sie mit dem Status quo – mit dem sie bisher gar nichts zu tun hatte, weder im Guten noch im Schlechten – unzufrieden ist. Und wohin soll die Reise gehen? In Richtung Bremen und Berlin, zwei SPD-regierte Länder, und das lässt hoffen. Beide Länder haben, wie Sie richtig gesagt haben, Informationsfreiheitsgesetze entwickelt, die in Richtung eines Informationsveröffentlichungsgesetzes gehen, das heißt, dass öffentliche Informationen über Organisations-, Geschäftsverteilungspläne, Verwaltungsvorschriften und so weiter einer Veröffentlichungspflicht unterliegen. Diesem Ansinnen stehen wir grundsätzlich positiv gegenüber. Wir als SPD halten Transparenz in der Verwaltung sowieso für ein hohes Gut,

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Interessant!)

**(Urs Tabbert)**

was wir mit der Fortführung des PUA Elbphilharmonie ständig unter Beweis stellen.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings, und deswegen plädieren wir für eine Überweisung des Antrags an den Justizausschuss, sind gegebenenfalls mehr Punkte prüf- und regelungsbedürftig, als Sie in Ihrem Antrag fordern. Ein Beispiel: In Ihrem letzten Beitrag, Herr Kollege Ritter, haben Sie noch die unbeschränkte Veröffentlichung von Verträgen der Freien und Hansestadt Hamburg mit privatwirtschaftlichen Unternehmen gefordert, in Ihrem Antrag vom selben Tag wiederum – ich nehme an, nach der Aktuellen Stunde – ist davon bereits keine Rede mehr. Man fragt sich, was nun gilt.

*(Finn-Ole Ritter FDP: Das haben Sie falsch verstanden! Jetzt haben wir einen Antrag eingereicht!)*

– Gut, wir werden das im Unterausschuss diskutieren.

Bei diesem und anderen kritischen Punkten, etwa der Frage des Rechtsschutzes, ist es unseres Erachtens des Schweißes der Edlen wert, dass wir uns in dem dafür zuständigen Fachausschuss damit befassen. Herr Kollege Ritter, Sie können kritisieren, dass der Unterausschuss Datenschutz noch nicht eingerichtet ist, aber Voraussetzung dafür, dass Ihr Antrag an den Unterausschuss Datenschutz geht, ist doch erst einmal, dass er an den Justizausschuss geht. Das machen wir heute, früher hätten wir das gar nicht machen können.

*(Finn-Ole Ritter FDP: Tätigkeitsbericht auch!)*

Erwecken Sie hier nicht den Eindruck, wir würden etwas verzögern, was in der Sache überhaupt nicht zutrifft.

*(Finn-Ole Ritter FDP: Das ist so!)*

Zu guter Letzt weise ich Sie noch darauf hin – auch die Kollegin Schneider meinte, wir müssten dringend den Bericht des Datenschutzbeauftragten diskutieren –, dass wir diese Gelegenheit auch dazu nutzen sollten, den Informationsfreiheitsbericht, der demnächst vom Hamburgischen Datenschutzbeauftragten vorgestellt wird, mitzudiskutieren. Insofern macht es doppelt Sinn, wenn wir das noch abwarten, um die Erkenntnisse und Informationen des Hamburgischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit in die Debatte einzubeziehen. Was spricht denn dagegen? Es ist doch seine Aufgabe, uns mit diesen Informationen und Erkenntnissen zu versorgen.

Ich kann verstehen, dass die FDP, weil sie sich vielleicht im Themenwettstreit mit der Piratenpartei befindet oder weil sie auf ihre Umfragewerte schaut, meint, es sei vielleicht hilfreich, sich an ei-

ne Volksinitiative zu hängen, und hier ganz eilig vorgehen will.

*(Finn-Ole Ritter FDP: Können Sie sich mal auf das Thema konzentrieren!)*

– Ich konzentriere mich die ganze Zeit darauf.

Wir sollten eher schauen, dass wir ein vernünftiges Gesetz gründlich beraten. Wir Sozialdemokraten stehen dem offen gegenüber und stimmen deswegen einer Überweisung an den zuständigen Justizausschuss zu. Und ich bin zuversichtlich, dass wir das dann von dort aus an den bald einzuberufenden Unterausschuss Datenschutz weiterleiten werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Spethmann.

**Viviane Spethmann CDU:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Tabbert, es wäre schön, wenn dieser Unterausschuss tatsächlich tagen würde. Ich möchte den werten Kollegen nur erläutern, dass es inzwischen schon sieben oder acht Tagesordnungspunkte für diesen Unterausschuss gibt,

*(Jan Quast SPD: Dann lohnt sich das ja!)*

weil die SPD erst einmal monatelang darüber verhandelt hat, wie viele Mitglieder dieser weltbewegende Unterausschuss Datenschutz bekommen soll. Es muss halt unbedingt das Mehrheitsverhältnis in diesem Arbeitsausschuss abgebildet werden – das zu dem Thema, Hamburg will gut regiert werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf von *Andy Grote SPD*)

Herr Tabbert, ich hoffe, dass Sie sich in der ersten Ausschusssitzung nicht übernehmen angesichts der vielen Themen, die sich da angesammelt haben, und dass Sie das ein bisschen strukturiert bekommen.

Ich bin etwas verwirrt darüber, was die FDP eigentlich mit ihrem Antrag bezweckt. Was für eine Partei sind Sie eigentlich? Sind Sie eine wirtschaftsfreundliche Partei? Sind Sie eine Bürgerrechtspartei?

*(Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Beides, Frau Spethmann! Wir sind eine Bürgerrechtspartei!)*

Herr Tabbert hat das eben angesprochen: Wollen Sie den Piraten Konkurrenz machen?

Dieser Antrag ist ein bisschen verwirrend und es würde uns allen sehr helfen, wenn Sie im Ausschuss deutlich machen würden, wofür Sie stehen, denn hier laufen durchaus zwei Interessen gegeneinander. Tatsächlich vertritt die Bürgerinitiative

**(Viviane Spethmann)**

andere Ansätze als Ihr Antrag. Sie haben beim letzten Mal in der Aktuellen Stunde die Offenlegung von Geschäftsgeheimnissen propagiert.

*(Finn-Ole Ritter FDP: Das stimmt nicht! Schauen Sie in den Antrag hinein!)*

Ich glaube nicht, dass die wirtschaftsfreundlichen Kollegen in Ihrer Partei das so gut finden würden. Auch da sind Sie sehr verwirrend. Entscheiden Sie sich, was Sie wollen, liebe FDP.

Die CDU hat im Jahr 2006 den Paradigmenwechsel eingeleitet. Wir sind vom Amtsgeheimnis weggegangen und zur kompletten Transparenz übergegangen, mit nur geringen Ausnahmen. Das heißt, die CDU steht für Transparenz und Bürgerorientierung. Und das muss hier einmal deutlich gesagt werden, diesen Paradigmenwechsel hat es im Jahr 2006 unter der Alleinregierung der CDU gegeben.

Die Forderungen, die Sie stellen und die die Bürgerinitiative stellt, muss man prüfen. In manchen Bereichen wird die Veröffentlichungspflicht zu viel Bürokratie führen. Das alles werden wir im Unterausschuss weiter prüfen. Alles Weitere würde die Kollegen hier überfordern. Insoweit werden wir uns dieser Arbeit im Unterausschuss widmen, wenn er denn endlich arbeitsfähig ist. – Danke.

*(Beifall bei der CDU)*

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Müller.

**Farid Müller GAL:**\* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Tabbert, so ergeht es einem, wenn man Ausschussvorsitzender ist. Dann wird man getrieben, den Ausschuss einzurufen. Aber ich bin sicher, das bekommen wir hin.

Wir Grünen sehen die Zielrichtung des Antrags der FDP positiv und freuen uns auch, dass die Mehrheit in diesem Hause so gnädig war, uns zu erlauben, ihn im Ausschuss zu diskutieren.

*(Katja Suding FDP: Das ist doch schon mal was!)*

Wir gehen davon aus, dass diese Diskussion dann auch ein Ergebnis hat, das tatsächlich zu einer Verbesserung führen könnte. Wir haben zu einzelnen Punkten sicherlich noch etwas zu sagen, zu einem ganz bestimmten komme ich noch. Wir sollten aber auch im Hinterkopf haben – wir hatten die Debatte in der Aktuellen Stunde vor zwei Wochen –, dass zurzeit in der Stadt eine Unterschriftensammlung für ein Transparenzgesetz läuft, das noch ein größerer Schritt nach vorne wäre als die Vorschläge der FDP. Wir Grünen haben gesagt, dass mehr Transparenz, als wir sie heute haben, wichtig ist, aber kein Selbstzweck. Deswegen sehen wir den Ansatz, den die FDP gewählt hat, durchaus positiv, dass man nämlich nicht nur ir-

gendwelche Daten ins Netz stellt, sondern eine Plattform schafft, auf der man diese Informationen besser verständlich präsentieren kann für die Menschen, die sich nicht tagtäglich mit solchen Informationen auseinandersetzen, aber dennoch interessiert sind. Das könnte der Einstieg in das neue Transparenzgesetz sein, man muss das nicht alles von heute auf morgen machen. Wichtig ist, dass die Transparenz überhaupt wächst.

Es ist richtig, dass die CDU das in der Zeit ihrer Alleinregierung eingeführt hat. Wir würden uns aber auch freuen, wenn die CDU uns weiterhin auf dem Weg zu mehr Transparenz begleiten würde. Das bedeutet nicht automatisch Wirtschaftsfeindlichkeit.

*(Katja Suding FDP: Richtig!)*

Das ist ein platter Begriff, da muss man aufpassen. Wenn das Gemeinwohl in der Stadt gefährdet wäre, würden wir sicherlich mehrheitlich sagen, dann eher nicht. Wenn die Interessen der Wirtschaft beleuchtet werden, muss man abwägen, inwieweit es tatsächlich um Geschäftsgeheimnisse geht oder ob es nicht, wenn wir Dienstleistungen der freien Wirtschaft für die öffentliche Hand einkaufen, trotzdem einer gewissen Transparenz bedarf, ohne dass die Unternehmen Schaden nehmen. Diese Abwägung müssen wir uns zumuten, wie auch in vielen anderen Fällen, in denen wir diese Abwägung zu treffen haben.

Bei Punkt 5 Ihres Antrags bin ich allerdings weniger abwägungsfreudig. Vielleicht ist das auch nur ein Missverständnis, darüber können wir im Ausschuss noch einmal diskutieren. Dieser Punkt betrifft Paragraf 7. Für diejenigen, die das nicht wissen: Das bedeutet, wenn man heute eine Frage an die Verwaltung stellt, dann hat diese vier Wochen Zeit, die Frage zu beantworten. Beantwortet sie die Frage nicht, gilt sie als abgelehnt. Das ist die Ablehnungsfunktion, die die FDP gern herausnehmen möchte, weil sie der Meinung ist, dies sei nicht bürgerfreundlich. Wir haben sie damals gerade deswegen eingeführt, weil wir sie für bürgerfreundlich halten, und ich sage Ihnen gern warum. Weil nämlich der Bürger, wenn es gar keine Reaktion gibt, Schwierigkeiten hat, seiner Frage Nachdruck zu verleihen, denn es gibt keinen Verwaltungsvorgang, gegen den er Einspruch erheben kann. Er kann die Verwaltung nur auf Untätigkeit verklagen; da kann man ihm viel Spaß auf dem Weg wünschen. Wir haben mit der Einführung dieser Vier-Wochen-Frist beabsichtigt, dass der Bürger dann Einspruch erheben kann. Und die Erfahrungen, dass sich die Rechtsabteilungen in den Behörden dann mit diesen Einsprüchen befassen, sind eher positiv. Sie sagen vielleicht, die Entscheidung, nichts zu veröffentlichen, war doch ein bisschen übervorsichtig. Deswegen würden wir Grünen diese Funktion nicht abschaffen wollen, wenn wir in der bisherigen Logik des Informationsfreiheitsge-

**(Farid Müller)**

setzes bleiben und nicht sowieso alle Informationen veröffentlichen.

Wir werden uns das alles im Ausschuss noch einmal genauer ansehen und uns dann vielleicht auch schon mit dem ersten Entwurf des Transparenzgesetzes der Volksinitiative befassen, wenn sie erfolgreich ist. Und ich könnte mir vorstellen, dass wir ein paar Experten einladen, die uns etwas zu den Bedenken der CDU hinsichtlich des Geschäftsgeheimnisses und anderer datenschutzrechtlicher Fragen, die natürlich eine Rolle spielen, sagen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Schneider.

**Christiane Schneider DIE LINKE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kann es ganz kurz machen: Uns ist nicht ganz klar geworden, was Sie mit Ihrem Antrag bezwecken. Ist Ihnen die Initiative für das Transparenzgesetz zuvorgekommen oder wollen Sie das irgendwie auffangen? Das haben wir nicht genau verstanden.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Das ist unsere Meinung!)

– Okay, aber der Zeitpunkt des Einbringens spielt meistens auch eine Rolle. Und Sie haben das eingebracht, nachdem die Initiative auf den Weg gebracht worden ist.

Wir halten die einzelnen Punkte, die Sie aufgeführt haben, nicht für falsch, das sind Schritte in die richtige Richtung und damit würde manche Schwäche des Informationsfreiheitsgesetzes behoben werden. Andererseits kann man feststellen, dass Ihr Antrag deutlich hinter dem Entwurf der Initiative für ein Transparenzgesetz zurückbleibt, also viele Punkte nicht regelt. Warum verzichten Sie beispielsweise auf die Forderung, dass auch Senatsbeschlüsse der Veröffentlichungspflicht unterliegen sollten? Ich halte es sowieso für sehr erstaunlich, dass selbst die Tagesordnung des Senats vertraulich ist. Das ist übrigens nicht durch Gesetz geregelt, sondern durch die Geschäftsordnung des Senats. Der Senat legt in seiner Geschäftsordnung fest, dass selbst die Tagesordnung vertraulich ist,

(*Andy Grote SPD:* Das ist dasselbe wie Tagesordnungen für Fraktionssitzungen! – *Dirk Kienscherf SPD:* Die werden jetzt ins Netz gestellt!)

und es sind auch alle Senatsdrucksachen geheim zu halten, selbst wenn sie nicht den exekutiven Kernbereich betreffen. Aber Sie haben die Frage solcher Senatsdrucksachen gar nicht aufgeworfen.

Noch problematischer ist für uns, dass Sie an die Sache mit den Verträgen gar nicht herangehen. Gerade die Erfahrung mit der Elbphilharmonie, mit

den Konstruktionsfehlern und den Hintertüren dieses Vertrags und den sehr kostspieligen Folgerungen, die das hat, zeigt uns, wie wichtig es ist, an die Verträge heranzugehen. Hier geht es tatsächlich um öffentliche Gelder, das heißt Steuergelder der Bürgerinnen und Bürger. Deswegen halten wir die Forderung im Entwurf für ein Transparenzgesetz, dass auch Verträge der Veröffentlichungspflicht unterliegen sollen, für sinnvoll.

Sie haben recht mit Ihrem Anliegen, dass das Informationsfreiheitsgesetz deutlich überarbeitet und verbessert werden muss. Ich frage mich allerdings, warum Sie das nicht selbst machen, also keinen eigenen Gesetzentwurf vorlegen – das wäre eigentlich konsequent gewesen –, sondern ausgerechnet dem Senat, der eher zurückhaltend mit Veröffentlichungen ist, übertragen wollen, einen solchen Gesetzentwurf auszuarbeiten. Wir hätten es besser gefunden, wenn Sie das selbst gemacht hätten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir finden es schön, dass das überwiesen wird, und wir werden es dort ausgiebig diskutieren. Am schönsten würden wir es finden, wenn sich auch die FDP der Volksinitiative anschließen und sie mit unterstützen würde. Aber Stoff für die Debatte haben wir auf jeden Fall. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/1971 an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum Punkt 15 der Tagesordnung, Drucksache 20/1901, Bericht des Schulausschusses: Wirtschaftsplan Schulbau Hamburg.

**[Bericht des Schulausschusses zum Thema: Wirtschaftsplan Schulbau Hamburg (Selbstbefassungsangelegenheit) – Drs 20/1901 –]**

Wird das Wort gewünscht? – Frau Heyenn, bitte.

**Dora Heyenn DIE LINKE:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Thema Schulbau ist in der Stadt ein Thema, das hat auch seine Gründe. Durch die rot-grüne Bundesregierung und fortgesetzt durch die Große Koalition sind die öffentlichen Haushalte geschrumpft.

**(Dora Heyenn)**

(Glocke)

**Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Entschuldigung, Frau Heyenn, aber das hört sich für uns hier oben so an, als ob das Informationsfreiheitsgesetz unten noch einmal ausführlich diskutiert wird. Das dringt mit unheimlicher Lautstärke zu uns herauf. Alle, die das noch nacharbeiten möchten, können hinausgehen, und die, die zuhören möchten, bleiben sitzen und lauschen dem Thema Schulbau. – Frau Heyenn hat das Wort.

**Dora Heyenn** DIE LINKE (fortfahrend): Wir sind der Auffassung, dass beim Schulbau nachgearbeitet werden muss, darum haben wir dieses Thema zur Debatte angemeldet. Die öffentlichen Haushalte sind stark geschrumpft. Eine der Auswirkungen ist der Verfall der öffentlichen Gebäude, so auch in Hamburg. Die Hochschul- und die Schulbauten wurden senatsoffiziell für marode erklärt. Zum 1. Januar 2010 wurde der Landesbetrieb Schulbau Hamburg gegründet und damit sollte Abhilfe geschaffen werden. Es sollte alles besser werden, der Sanierungsstau sollte schnell beseitigt und die Neubauten sollten zügig vorangebracht werden.

Mit 252 Mitarbeitern in den Abteilungen Objektmanagement, Baumanagement und Service/Finanzen hat Schulbau Hamburg im Jahr 2011 insgesamt 81 Maßnahmen im Gesamtumfang von 150 Millionen Euro fertiggestellt. Dennoch mussten zum Schuljahresbeginn im August dieses Jahres 168 mobile Klassenräume neu aufgestellt werden. Die neuen Container kamen keineswegs pünktlich zum Schulbeginn und einige Schulen mussten einen Notfallplan aufstellen, damit kein Kind, wie es so schön im Ausschuss hieß, auf der Straße oder im Freien unterrichtet werden musste; die letzten Container wurden im Oktober geliefert.

Es vergeht keine Woche, in der sich nicht Schulleiter mit Beschwerden über die mangelnde Kommunikation zwischen Schulbau Hamburg und den Schulen selbst an Abgeordnete der Bürgerschaft wenden. Offenkundig wird über den Kopf der Schulleitungen hinweg geplant und gebaut, ohne die Bedürfnisse der Schulen und ihre pädagogische Entwicklung zu berücksichtigen. Die Zuständigkeiten haben gewechselt, von der Schulbehörde in die Finanzbehörde, und es gibt insbesondere in zwei Bereichen Probleme.

So sollen in den nächsten drei Jahren über 100 Grundschulen zu Ganztagschulen umgewandelt werden und das bedeutet in der Konsequenz, dass 100 Schulkantinen eingerichtet werden müssen. Nun gibt es in der Grundschule schon lange ein Konzept für einen pädagogischen Mittagstisch und der erfordert zusätzliche Räume. Nach dem neuesten Raumkonzept von Schulbau Hamburg soll dieses Konzept nicht mehr gelten und es sollen Klassenräume genutzt werden. Dieses Billig-

modell der Multifunktionsräume wird nicht nur nach unserer Auffassung nicht funktionieren. Es gibt bereits in einigen Schulen solche Multifunktionsräume, also Klassenräume, die nachmittags für etwas anderes genutzt werden können. Sie schaffen ein Klima des Misstrauens. Viele Lehrerinnen und Lehrer berichten, dass sie in einem solchen Fall alles abschließen müssen und dass der Klassenraum morgens häufig nicht wiederzuerkennen ist.

Ganz brisant ist die Raumplanung von Schulbau Hamburg im Zusammenhang mit der Umsetzung des Paragraphen 12 des Schulgesetzes. Die allgemeinbildenden Schulen sind weder mit Personal – darüber haben wir heute Mittag schon diskutiert – noch mit Räumen so ausgestattet, dass eine Beschulung von behinderten Kindern sich reibungslos in den Unterricht einfügt. Schulen mit Integrationsklassen klagen ganz aktuell darüber, dass Schulbau Hamburg ihnen ein Raumkonzept präsentiert hat, in dem 30 Prozent ihrer Räume, die sie eigentlich dringend brauchen, um ihrem pädagogischen Auftrag gerecht zu werden, schlicht weggeplant wurden. Die Schulen konnten vorher nicht einmal Stellung dazu nehmen. Von Schulbau Hamburg wurde nach dem Motto "Friss, Vogel oder stirb" einfach ein Konzept vorgelegt und danach fehlen plötzlich 30 Prozent der Räume. Schulen mit integrativer und inklusiver Beschulung oder auch mit KESS-1-Status benötigen dringend zusätzliche Räume für Differenzierung und Kleingruppenarbeit; auch das haben wir heute Mittag schon gestreift.

Es stellt sich die Frage, ob ein von der Schulbehörde abgetrennter Landesbetrieb den vierten Pädagogen, nämlich den Raum, den Anforderungen entsprechend vorhalten kann. Genau das war der Anspruch der Drucksache 19/4208: "Gründung des Sondervermögens Schule – Bau und Betrieb". Im Schulausschuss hat Senator Rabe gesagt, der Schulentwicklungsplan habe nichts mit dem Schulbauprogramm zu tun; die Mitarbeiter der Behörde und auch er seien keine Architekten. Nun hat er ein bisschen Feuer von der CDU bekommen, die mit sehr interessanten Argumenten darauf hinweist, dass der Schulentwicklungsplan gar nicht zu diskutieren ist, weil zum Beispiel die Prognosen zu den Schülerzahlen fehlen. Darüber kann man ernsthaft nachdenken, das machen wir auch. Und heute hat er nun erklärt, erst wenn der Schulentwicklungsplan im Februar 2012 beschlossen sei, dann könnten die Baumaßnahmen konkretisiert und genauere Prioritäten festgelegt werden. Aber schon jetzt taucht Schulbau Hamburg an vielen Schulen auf und stellt ein Raumkonzept vor, aus dem hervorgeht, dass ganz viele Räume gestrichen werden, ohne dass der Schulentwicklungsplan wirklich schon beschlossen ist und ohne dass es verlässliche Angaben über die zu erwartenden Schülerzahlen gibt.

**(Dora Heyenn)**

Im Jahr 2009 wurde nur mit Mühe verhindert, dass Schulbau Hamburg ein öffentlich-öffentliches Partnerschaftsprojekt wird. Die LINKE hat damals einen Zwischenbericht des ÖÖP-Modells Hamburg Süd gefordert, bevor überhaupt darüber geredet wird. Sie werden sich daran erinnern, dass wir den Antrag mehrfach stellen mussten. Wir haben immer argumentiert, bevor ein Sondervermögen Schulbau aufgelegt werde, möchten wir über die Erfahrungen mit Hamburg Süd informiert werden. Erst im dritten Anlauf, und zwar exakt an dem Tag, als die Drucksache für Schulbau Hamburg im Ausschuss vorgestellt wurde, lag der Zwischenbericht vor.

Dieser Zwischenbericht Hamburg Süd wird heute immer so dargestellt, als ob er die Ergebnisse einer Evaluation wiedergibt. Das ist nicht der Fall, er beinhaltet nur gefühlte Werte, dass sich alle wohlfühlen, dass die Hausmeister sich nicht beschweren, dass alles ganz gut läuft. Aber er macht keine Aussagen über quantifizierbare Merkmale und kann auch nicht an objektiven Kriterien darlegen, ob der formulierte Anspruch an Hamburg Süd auch wirklich umgesetzt ist.

Nun hat Schulbau Hamburg in der Selbstbefassung im Schulausschuss angekündigt, das Modell Hamburg Süd solle arrondiert werden, das heißt, es soll vervollständigt werden. Konkret heißt das, dass zusätzlich zu den 32 Schulen, die SAGA GWG betreibt, weitere Standorte in das Projekt eingebunden werden sollen. Wir sind der Auffassung, dass zunächst eine Evaluation des Modells Hamburg Süd vorgelegt werden muss. Und wir werden auch in Zukunft im Schulausschuss dafür sorgen, dass Schulbau Hamburg immer wieder darlegen muss, ob die Bauaktivitäten die Schulen und den Unterricht voranbringen und ob sie die pädagogischen Konzepte fördern oder eher behindern.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir sind der ganz klaren Auffassung, dass Schulbau und Schulentwicklungsplan zusammengehören und dass beides jetzt dringend auf den Weg gebracht werden muss.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Rugbarth.

**Andrea Rugbarth SPD:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Heyenn, Sie haben sehr viele Probleme völlig korrekt beschrieben. Aber Sie beschreiben von Schwarz-Grün hausgemachte Probleme

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

und schreien jetzt nach dem sozialdemokratischen Arzt. Das muss man ganz einfach einmal feststel-

len, denn das, was Sie zu Recht beschrieben haben, haben wir seinerzeit auch kritisiert. Sie werden sich entsinnen, dass wir durchaus nicht der Meinung waren, dass man ein Sondervermögen gründen muss. Vor dem Hintergrund der Schuldenbremse ging es lediglich darum, die Kredite aus dem Kernhaushalt auszulagern. Das hatte nichts damit zu tun, dass das anschließend effektiver laufen könnte.

Aber es ist natürlich klar, dass sich eine neue Organisationsstruktur, wie wir sie im Sondervermögen Schulbau haben, erst einmal zurechtzuckeln muss. Es handelt sich um eine Firmengründung, es werden Neueinstellungen vorgenommen und es geht um ein völlig neues Modell, ein Vermieter-Mieter-Modell. Wir wissen, dass es dort Anfangsschwierigkeiten gab; die Beschwerden aus den Schulen sind uns durchaus bekannt. Aber die ganze Planung – das muss ich leider sagen – war aus den Schuldiskussionen des letzten Jahres heraus eine völlig andere, das gilt auch für die Etatplanung. Unter anderem aus dem Schulfrieden resultierte dann die Problematik, dass wir mit Containern und dergleichen anfangen mussten.

Es ist pragmatisch entschieden worden, Frau Heyenn, dass man Container aufstellt. Man kann auf keinen Fall erwarten, dass ein Sanierungsstau und ein Zubaubedarf, der über Jahrzehnte entstanden ist, urplötzlich über Nacht behoben werden kann. Das Sondervermögen Schulbau wurde gegründet mit der Perspektive, bis zum Jahr 2025 3 Milliarden Euro zu investieren. Auf diesem Pfad bewegen wir uns. Sie haben zwar recht, dass die Einsetzungsverfügung für das Sondervermögen Schulbau vom 1. Januar 2010 datiert, aber tatsächlich wurde die Arbeit erst im August 2010 aufgenommen. Insofern arbeitet Schulbau Hamburg jetzt gerade einmal ein Jahr. Es ist klar, dass das noch nicht so ganz funktioniert. Es wäre schöner gewesen, wenn es besser funktioniert hätte, da möchte ich Ihnen recht geben, aber wir müssen jetzt ganz einfach schauen, dass die Schwierigkeiten Stück für Stück ausgeräumt werden.

Sie hatten noch die Multifunktionsräume kritisiert. Ich denke, wir müssen für einen gewissen Zeitraum pragmatische Lösungen in Kauf nehmen, eben aus dem Grund, dass man das nicht alles sofort und über Nacht machen kann.

Ich glaube nicht, dass das so ein großes Problem ist, denn wir haben trotz allem im Schulbau gewaltige Summen investiert. Inklusive des Modells Hamburg Süd sind im Jahr 2010 Investitionen in Höhe von 164 Millionen Euro geflossen, das ist in Ordnung. Und in den kommenden Jahren werden wir wesentlich höhere Größenordnungen erreichen, geplant sind bis zu 300 Millionen Euro.

Das wird natürlich konkretisiert werden müssen, wenn der Schulentwicklungsplan dann tatsächlich beschlossen ist. Über die Gewichtung, ob mehr in

**(Andrea Rugbarth)**

die Sanierung fließen soll oder zunächst einmal in den Zubau, werden wir sicherlich noch des Öfteren diskutieren.

*(Thomas Kreuzmann CDU: Sowohl als auch!)*

– Sowohl als auch, sagt Herr Kreuzmann, genauso sehe ich das auch.

Ansonsten hatten wir in der letzten Legislaturperiode eine sehr schöne Diskussion über ÖPP und PPP. Die wollen wir an dieser Stelle nicht wiederholen, denn damals habe ich eine gefühlte halbe Stunde dazu gesprochen. Das erspare ich uns jetzt. – Danke schön.

*(Beifall bei der SPD)*

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Dr. Scheuerl.

**Dr. Walter Scheuerl CDU:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Als parteiloses Mitglied dieses Hohen Hauses möchte ich doch einmal eines klarstellen, weil wir das heute in fast jeder Debatte von den SPD-Vertretern zu hören bekommen haben: Die Platte, dass das alles Themen sind, die der schwarz-grünen Vorgängerregierung anzulasten sind, hat einen Knacks und zählt nicht mehr.

*(Andy Grote SPD: Das können Sie doch gar nicht beurteilen!)*

Wenn wir heute im Zusammenhang mit dem Thema Schulbau von Ihnen, Frau Rugbarth, zu hören bekommen, dass Herr Rabe und der Schulbau unter Leitung von Herrn Teichert in acht Monaten – so lange arbeiten beide jetzt zusammen – nicht in der Lage gewesen seien, eine vernünftige Planung vorzunehmen, weil das alles Planungen von anno dazumal seien, dann ist das falsch. Schulbau Hamburg hat nach den Zahlen, die uns Herr Teichert vorgestellt hat, über 200 Mitarbeiter allein in der Verwaltung und Steuerung; das ist ein Team, das die Schulen kennt. Herr Rabe ist in den letzten Jahren Ausschussvorsitzender gewesen und kennt die Schulen ebenfalls. Und wenn Sie für Herrn Rabe, der nicht mehr anwesend ist, auftreten und sagen, die armen Mitarbeiter von Schulbau Hamburg, die arme Schulbehörde, sie weiß gar nicht, wo ihr der Kopf steht, und die Planung kann so schnell gar nicht funktionieren, dann ist das unseriös und grenzt an griechische Verhältnisse.

*(Beifall bei der CDU und der FDP – Andy Grote SPD: Lassen Sie mal die armen Griechen da raus!)*

Wir wissen aus der Schulausschusssitzung, dass erhebliche Kreditaufnahmen geplant sind. In den Jahren 2011 und 2012 ist vorgesehen, über Schulbau Hamburg Kredite im Umfang von 450 Millionen Euro für Sanierung, Schulausbau und so weiter

aufzunehmen. Wenn die vernünftig eingesetzt werden, dann ist das sinnvoll. Wir haben aber zum Beispiel aus den Antworten auf die Schriftliche Kleine Anfrage von Herrn Heinemann erfahren, dass Herr Rabe und die Behörde einen solchen konkreten Plan eben nicht haben. Frau Heyenn, Sie haben völlig zu Recht gesagt, dass der Schulentwicklungsplan und Schulbau Hamburg zusammengehören. Und wenn Kredite in Höhe von 450 Millionen Euro aufgenommen werden sollen, von Steuerzahlern finanziert, dann muss das auf einer vernünftigen Planung basieren und wir als Abgeordnete müssen wissen, wofür das Geld denn bitte ausgegeben werden soll. Wir haben bisher nur einen Schulentwicklungsplan, aus dem wir zwar Versprechungen für praktisch alle Schulen entnehmen können – die einen bekommen Container, obwohl sie vielleicht lieber richtige Klassenräume haben möchten, die anderen bekommen Schulbaumaßnahmen versprochen –, aber durchgerechnet hat das offenbar keiner. Das ist schlicht unseriös, so kann man das nicht machen und das ist kein ordentliches Regieren.

*(Beifall bei der CDU und der FDP)*

Ich habe selbst im August ebenfalls zum Schulbau Hamburg eine Schriftliche Kleine Anfrage gestellt, Drucksache 20/1291. Konkret habe ich gefragt, welche Baumaßnahmen in den Jahren 2011 und 2012 denn angesetzt und in Auftrag gegeben worden sind. In der Antwort fand sich eine Angabe zum Gymnasium Hamm, dort seien 11 000 Euro für die Modernisierung der Essensausgabe vorgesehen – die Eltern haben sich nach der Veröffentlichung gefreut. Sie haben ihren Schulleiter danach gefragt, aber der wusste nichts davon. Dann haben sie bei Schulbau Hamburg angerufen und was kam heraus? Schulbau Hamburg sagte, das tut uns furchtbar leid, diese 11 000 Euro in der Anlage zur Schriftlichen Kleinen Anfrage waren im Jahr 2006 schon einmal angesetzt und sind geflossen, sie sind nur aufgrund eines EDV-Eingabefehlers immer noch in dieser Anlage. Wenn aber diese Angabe falsch ist, weil die 11 000 Euro schon längst ausgegeben wurden, dann fragen wir uns, was sonst noch alles falsch ist und wie solide die Planung ist. De facto wissen wir eigentlich überhaupt nichts. Insofern drohen erhebliche Fehlinvestitionen.

Wenn jemand Kredite in Höhe von 450 Millionen Euro aufnehmen will und sagt, er habe ganz viele Pläne – bei einer Kalkulation der Vorhaben im Schulentwicklungsplan kämen wir wahrscheinlich auf einige Milliarden Euro –, wenn an verschiedenen Stellen Mittel ausgegeben werden, es aber keine Planungen für die Ganztagschulen und die dafür erforderlichen Essensausgaben, für die Umsetzung eines Inklusionskonzepts und vieles andere mehr gibt, dann läuft das Ganze, ich prophezeie es Ihnen, in den nächsten Jahren auf ein finanzielles Desaster hinaus. Herr Rabe hat in der Antwort

**(Dr. Walter Scheuerl)**

auf die Schriftliche Kleine Anfrage von Herrn Heinemann gerade in der letzten Woche kalkuliert, er möchte bis 2017 30 Prozent mehr Oberstufenzüge in den Stadtteilschulen haben, an welchen Stadtteilschulen, das weiß er auch nicht und Schulbau Hamburg weiß es noch weniger. Wir werden Kredite in Höhe von Hunderten Millionen Euro aufnehmen und diese Mittel werden in die falschen Projekte und Bauvorhaben fließen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Frau Dr. von Berg.

**Dr. Stefanie von Berg GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass diese Platte vom Vorgängersensat wirklich alt ist; auch ich kann sie allmählich nicht mehr hören. Nach fast einem Jahr muss man einmal zu dem stehen, was man vorgefunden hat.

(Beifall bei *Farid Müller GAL – Andy Grote SPD*: Ich habe noch die 44 Jahre im Ohr!)

– Ich wusste gar nicht, dass die GAL zehn Jahre regiert hat, aber da ist etwas an mir vorbeigegangen.

Es ist in der Debatte etwas untergegangen, warum Schulbau Hamburg überhaupt gegründet wurde. Zum Zeitpunkt der Gründung bestand ein absoluter Notstand. Wir hatten einen Sanierungsstau im Umfang von 3 Milliarden Euro. Ich sage jetzt nicht, er wurde durch die CDU oder die SPD so und so viele Jahre lang aufgebaut. Es ist so gewesen, es sind Fehler gemacht worden und man musste diese Fehler beheben. Damals ist man kreativ gewesen und hat Schulbau Hamburg gegründet und wir von der GAL stehen nach wie vor fest zu Schulbau Hamburg; das muss ganz deutlich gesagt werden.

Hamburg ist auf einem guten Weg und ich warne davor, mitten in der Sanierung und im Neubau eine Vollbremsung bei der Kreditaufnahme vorzunehmen. Das wäre wirklich dumm und würde alles das wieder umstoßen, was in den letzten Jahren auf den Weg gebracht wurde.

(Beifall bei der GAL)

Schulbau Hamburg ist verantwortlich für Bewirtschaftung, Erhaltung und Sanierung im Auftrag der BSB – so weit, so gut. Jetzt kommen wir zu den Problemen, und die haben nichts mit der Struktur zu tun, sondern mit der Steuerung und der Führung von Schulbau Hamburg und mit der praktischen Umsetzung. Das betrifft zum Beispiel das Problem der Schnittstellen – Frau Heyenn sagte es bereits –, dass es offensichtlich keine Kommunikation gibt zwischen den Schulen, Schulbau Hamburg und auch der BSB. Das beste Beispiel ist das

mit den 11 000 Euro, das Herr Scheuerl vorgebracht hat. Auch das, was Frau Heyenn berichtete, ist offensichtlich ein Problem der Schnittstellen. Und wir warten heute noch auf die Zufriedenheitsumfrage, die uns versprochen worden ist, um zu prüfen, wie zufrieden die Schulleitungen und die Betroffenen mit Schulbau Hamburg eigentlich sind. Auch das ist ein Problem der Steuerung. Was im Moment unserer Wahrnehmung nach passiert, ist, dass Schulbau Hamburg sich verselbstständigt, sozusagen ein "loose canon" ist und schwer steuerbar. Und dann kommt es eben zu den beschriebenen Problemen.

Abschließend ist noch auf das Problem des Zusammenhangs von Schulbau Hamburg und dem SEPL hinzuweisen. Das ist in der Tat – das haben wir auch gleich gesagt, als der Schulentwicklungsplan herausgegeben wurde, weil weder die Finanzierung klar ist, noch was überhaupt auf uns zukommt – ein Plan ohne Plan. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Bläsing.

**Robert Bläsing FDP:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als FDP-Fraktion sehen wir den Schulbau Hamburg in dieser Debatte zunächst einmal unter haushaltspolitischen Gesichtspunkten, wenn auch das Ganze natürlich eng mit den bildungspolitischen Fragen verknüpft ist.

Zunächst einmal möchte ich die damalige Situation darlegen. Es gab zwei wesentliche Gründe für die Gründung von Schulbau Hamburg: Zum einen wollte man die Planungs- und die Hochbaukompetenz an einer Stelle bündeln, statt sie zwischen der Schulbehörde und den Hochbaudienststellen aufzuteilen, zum anderen wurde eine Teilrechtsfähigkeit und damit die Möglichkeit geschaffen, Kredite aufzunehmen – so weit, so gut. Damit hatten wir folgende Konstruktion: Die Schulbehörde bestellt, Schulbau Hamburg als Eigentümer lässt planen und bauen, die Finanzbehörde besorgt auf dem Markt die Kredite und die Kosten werden über Mieten refinanziert. Allerdings ist das natürlich nicht ganz problemlos.

Erstens gibt es – auch nach der Gründungsphase – immer noch Kommunikationsdefizite im Viereck zwischen Schulbehörde, den Schulen, Schulbau Hamburg und nicht zuletzt auch dem Immobilienmanagement in der Finanzbehörde. Es ist noch immer Sand und Frust im Getriebe und das lässt sich auch nicht durch solche schönen Folien und Power-Point-Vorträge verdecken, wie sie uns von Schulbau Hamburg präsentiert wurden.

(Beifall bei der FDP – *Dora Heyenn DIE LINKE*: Richtig! und Beifall)

**(Robert Bläsing)**

Zweitens stellt diese Konstruktion aus finanzpolitischer Sicht, das muss man so offen sagen, natürlich einen Schattenhaushalt dar, der dazu dient, Kredite zu schöpfen mit dem Ziel, Schulen schneller und effizienter zu bauen. Die Rechtfertigung für diesen Schritt ergibt sich aus dem Ziel, den aufgelaufenen Sanierungsstau abzubauen, und den kann man nun wirklich nicht von der Hand weisen. Wer daran in den letzten Jahrzehnten schuld war,

(Dr. Till Steffen GAL: Herr Lange natürlich!)

ist eine müßige Debatte. Dass der Senat eine schwere Kindheit hatte, haben wir mittlerweile wirklich bis zum Abwinken gehört; das kann man so hinnehmen oder auch nicht, das ist halt so. Jedenfalls sollte der Sanierungsstau schneller abgebaut und insoweit auch das öffentliche Vermögen an Grund und Boden in Ordnung gebracht werden.

Drittens leidet Schulbau Hamburg natürlich an der noch nicht erfolgten, aber notwendigen Umorientierung nach dem Scheitern der schwarz-grünen Schulreform. Schulbau Hamburg muss sich auf belastbare Planungsprozesse verlassen können. Ein Entwurf der Schulentwicklungsplanung wurde nun durch Herrn Rabe vor nicht allzu langer Zeit vorgelegt, allerdings nur für einen Teilbereich des Schulwesens. Ob er verlässlich und belastbar ist, wird sich in den kommenden Jahren erst noch erweisen müssen.

Des Weiteren ist natürlich auch die Frage aufzuwerfen, ob diese Konstruktion des Schulbaus auf Dauer erfolgreich sein wird, also ob die Schulen kostengünstiger und schneller gebaut und damit dann auch wirtschaftlicher betrieben werden können und ob das tatsächlich auf Dauer ein finanziell tragfähiges Modell sein wird. Das bleibt tatsächlich abzuwarten, es mehren sich mittlerweile durchaus die Zweifel. – Sie grinsen mich so freundlich an, Herr Bürgermeister,

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

fast schon sybillinisch. Die Zeit wird natürlich zeigen, inwieweit die Zweifel berechtigt sind, ob sie

zunehmen werden oder ob sie vielleicht auch abgebaut werden können. Wir sind da sehr gespannt.

Das Fazit, das ich an dieser Stelle ziehen möchte, damit Sie dann auch nach Hause gehen können, ist, dass die verantwortlichen Senatoren – Schulsenator Rabe und Finanzsenator Dr. Tschent-scher, die heute zu dem Punkt gar nicht mehr anwesend sind – gut beraten sind, die Bürgerschaft umfassend zu informieren.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

– Entschuldigen Sie, Herr Rabe, da hat die FDP-Fraktion Sie heute zum zweiten Mal übersehen, das tut mir wirklich leid.

Herr Rabe, Sie sind gut beraten, der Bürgerschaft regelmäßig, fortlaufend und umfassend zu berichten, damit die Entwicklungen beobachtet werden können. Und natürlich muss man an der Stelle auch sagen, dass die SPD hier wirklich einen abrupten Paradigmenwechsel hingelegt hat. Was hat man in den letzten Jahren alles gehört – Schulbau Hamburg, böser Schattenhaushalt. Dem stimmen wir natürlich zum Teil zu. Aber jetzt, nach der Wahl, ist das alles plötzlich eigentlich doch nicht so schlecht und wird einfach so eins zu eins übernommen. Da muss sich die SPD vielleicht doch die Frage gefallen lassen, inwieweit das glaubwürdig ist.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Barbara Duden:** Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 20/1901 Kenntnis genommen hat.

Wir haben noch ganz viel Redezeit, aber uns sind die Tagesordnungspunkte ausgegangen, deshalb beende ich den heutigen Sitzungstag und wir sehen uns morgen wieder.

**Ende: 20.47 Uhr**

---

*Hinweis:* Die mit \* gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

---

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Dr. Joachim Bischoff, Christiane Blömeke, Robert Heinemann, Frank Schira, Heidrun Schmitt und Mehmet Yildiz